



VON DER FAMILIENFÖRDERUNG IN DIE KITA: WIE GELINGT EIN FRÜHER EINSTIEG IN DIE FRÜHKINDLICHE BILDUNG FÜR ALLE KINDER IN BERLIN?

Dr. Britta Hecking, Willi Imhof, Dr. Sarah Riese, Victoria Schwenzer

BERLIN 2025



CAMINO

Gefördert von der Auridis Stiftung



**CAMINO
WERKSTATT FÜR FORTBILDUNG,
PRAXISBEGLEITUNG UND
FORSCHUNG IM SOZIALEN
BEREICH GGMBH**

MAHLOWER STR. 24 • 12049 BERLIN
TEL +49(0)30 610 73 72-0
FAX +49(0)30 610 73 72-29
MAIL@CAMINO-WERKSTATT.DE
WWW.CAMINO-WERKSTATT.DE

KURZZUSAMMENFASSUNG	5
1 EINLEITUNG	8
2 METHODISCHES VORGEHEN UND FRAGESTELLUNGEN	10
3 ÜBERBLICK ÜBER DEN FORSCHUNGSSTAND	13
3.1 Hoffnungsträger frühkindliche Bildung	13
3.2 Ungleiche Zugänge zu frühkindlicher Bildung	15
3.3 Abbau von Zugangsbarrieren	18
3.4 Fazit	19
4 ERGEBNISSE DER KITA-BEFragung UND AUSLASTUNGSSTATISTIK	20
4.1 Statistiken zur Kita-Auslastung	20
4.2 Ergebnisse der Onlinebefragung	21
5 ELTERNPERSPEKTIVEN: FALLBEISPIELE UND ANALYSEN	32
5.1 Samplebeschreibung	32
5.2 Betreuungswünsche und -bedarfe der Eltern	32
5.3 Sorgen und Ängste der befragten Eltern	34
5.4 Fallbeispiele	35
5.5 Fazit	41
6 HÜRDEN IM KITASYSTEM	42
6.1 Komplexität des mehrschrittigen Anmeldeverfahrens	42
6.2 Uneinheitlicher Bewerbungsprozess und fehlende Transparenz	43
6.3 Unzureichende Rahmenbedingungen für besondere Bedarfe	44
6.4 Benachteiligungen von Kindern in herausfordernden Lebenslagen	45
6.5 Geografische Lage der Kita und Sanierungsrückstau	47
6.6 Personalmangel	48
6.7 Fazit	48
7 FAMILIÄRE UND GESELLSCHAFTLICHE HÜRDEN	50
7.1 Fehlendes Orientierungswissen und sprachliche Barrieren	50
7.2 Missverständnisse über die Bedeutung der Kita	51
7.3 Logistische Herausforderungen	52
7.4 Ängste, Unsicherheiten und negative Erfahrungen	53
7.5 Mangelnde technische Ausstattung und Techniknutzung	54
7.6 Multiple Problemlagen von Familien	54
7.7 Wunsch nach Betreuung zu Hause	55
7.8 Fazit	55
8 FÖRDERLICHE FAKTOREN UND STRATEGIEN	57
8.1 Aufsuchende Strategien, persönliche Begleitung und die Bedeutung informeller Netzwerke	57
8.2 Mehrsprachigkeit und Haltung	58
8.3 Frühe Aufklärung und Vernetzung	60
8.4 Bündelung von Informationen und räumliche Nähe von Angeboten	61

8.5	Fazit	61
9	ZUSAMMENFASSUNG ZENTRALER BEFUNDE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	63
10	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN ZUM ABBAU VON ZUGANGSHÜRDEN ZUR FRÜHKINDLICHEN BILDUNG	65
10.1	Empfehlungen zum Abbau von strukturellen Hürden im Kitasystem	65
10.2	Empfehlungen zum Abbau von familiären und gesellschaftlichen Hürden	69
11	LITERATUR	73

KURZZUSAMMENFASSUNG

Die hier vorliegende Studie zum Thema Kitaplatzzugänge in Berlin wurde von der Auridis Stiftung beauftragt und von dem Berliner Praxisforschungsinstitut Camino von November 2024 bis September 2025 umgesetzt. Die Umsetzung erfolgte in enger Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie.

Fragestellung und Forschungsdesign

Die Studie ging zentral der Frage nach, welche Hürden – vor dem Hintergrund von Kostenfreiheit und einer zunehmend besseren Verfügbarkeit von Kitaplätzen – Familien in herausfordernden Lebenslagen die Inanspruchnahme frühkindlicher Bildungsangebote in Kitas und Kindertagespflegen erschweren. Weiterhin hatte die Studie das Ziel, auf Basis der empirischen Untersuchungen Handlungsempfehlungen zu entwickeln, um Familien in herausfordernden Lebenslagen den Zugang zu frühkindlicher Bildung zu erleichtern.

Im Rahmen des multiperspektivischen Forschungsdesigns wurden Familien in herausfordernden Lebenslagen mit und ohne Kitaplatz, Kitaleitungen, Mitarbeitende der Jugendämter sowie weitere Fachkräfte aus den Bereichen frühkindliche Bildung, Familienförderung und Nachbarschaftskoordination einbezogen. Die Studie umfasste eine standardisierte Befragung der Berliner Kitaleitungen, Expert*inneninterviews sowie Kurzinterviews mit Eltern. Ein Schwerpunkt der Studie lag auf den Perspektiven und Erfahrungen von Eltern bei der Kitaplatzsuche.

Der Forschungsüberblick zeigt, dass gerade Kinder in herausfordernden Lebenslagen – etwa geprägt durch Armut, beengte Wohnverhältnisse, gesundheitliche Belastungen oder Diskriminierung – besonders von frühkindlicher Bildung profitieren könnten. Zugleich zeigen Untersuchungen, dass sie seltener oder später Zugang zu Angeboten erhalten und ihre Familien auf zusätzliche Hürden stoßen, wodurch Ungleichheiten verstärkt werden können.

Strukturelle Hürden und Bedeutung der wohnortnahen Versorgung

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen Barrieren auf, die den Zugang für Familien in herausfordernden Lebenslagen erschweren. In der Regel ist es nicht eine Hürde, die den Zugang erschwert, sondern eine Kombination von verschiedenen Faktoren. Strukturelle Hürden wie das komplexe Anmelde- und Vergabeverfahren, unzureichende Transparenz über verfügbare Plätze, uneinheitliche Bewerbungsverfahren bei den Kitas, intransparente Auswahlkriterien sowie mangelnde Informationen zum System der Kindertagesbetreuung und seiner Bedeutung für die kindliche Entwicklung erschweren den Zugang.

Die Ergebnisse zeigen auch, dass die wohnortnahe Versorgung mit Kitaplätzen für Familien in herausfordernden Lebenslagen besonders wichtig ist, da eine größere Entfernung zwischen Wohnort und Kita insbesondere bei Mehrkindfamilien ein logistisches Problem darstellt. Darüber hinaus erschweren Unsicherheiten von (neu zugewanderten) Eltern bei der Nutzung des ÖPNV, u.a. aufgrund sprachlicher Schwierigkeiten, die Inanspruchnahme von Kitaplätzen, die nicht fußläufig erreichbar sind.

Personalmangel, fehlende Räumlichkeiten sowie Sanierungsrückstände in bestehenden Einrichtungen können zu Engpässen in der wohnortnahen Versorgung führen. Defizite bestehen zudem in der Versorgung von Kindern mit besonderen Bedarfen aufgrund fehlender Facherzieher*innen oder ungeeigneter Räumlichkeiten. Hinweise auf Benachteiligungen von Familien mit Migrationshintergrund deuten darüber hinaus auf diskriminierende Vergabepaxen sowie auf Überforderungen der Kitas in der Kommunikation mit den Familien und in der Sprachförderung von Kindern mit einer anderen Herkunftssprache hin.

Familiäre und gesellschaftliche Faktoren

Ergänzend lassen sich familiäre und gesellschaftliche Faktoren identifizieren: Eingeschränkte Deutschkenntnisse, mangelndes Orientierungswissen sowie logistische Herausforderungen (s.o.), insbesondere bei neu zugewanderten Familien und Familien mit mehreren Kindern, können als zentrale Hürden benannt werden. Unsicherheiten und Ängste hinsichtlich der Behandlung des Kindes in der Kita, Diskriminierungserfahrungen, die auf die Kita übertragen werden, sowie multiple Problemlagen wie Arbeitslosigkeit oder Armut tragen zusätzlich dazu bei, dass Familien ein vorhandenes Kitaplatzangebot nicht annehmen. Auch können fehlende technische Kompetenzen oder fehlende Techniknutzung das Anmeldeverfahren erschweren.

Weiterhin zeigen die Befunde aus den Expert*inneninterviews, dass es bei einigen Eltern unzureichende Kenntnisse über die Bedeutung der Kita als Bildungsinstitution gibt und dass Bildung vorrangig mit dem Schulbesuch des Kindes assoziiert wird. Gleichzeitig zeigt sich, dass nahezu alle befragten Eltern ihre Kinder in die Kita geben wollen und deren Bedeutung als Einrichtung frühkindlicher Bildung schätzen, insbesondere auch im Hinblick auf den Spracherwerb.

Förderliche Faktoren und Strategien

Die Studie zeigt auf, dass Familien an verschiedenen Stellen im Prozess des Kitaeinstiegs verloren gehen können: Sie können bereits an der Beantragung des Kita-Gutscheins scheitern und/oder daran, keine passende (vor allem wohnortnahe) Kita für ihr Kind zu finden. Der Einstieg in die Sprachfördergruppen kann ebenfalls an verschiedenen Stellen scheitern: Die Eltern müssen das Anschreiben zur Testung verstehen, den Weg zur Testung finden, den Sprachfördergutschein, der separat per Post eintrifft, als solchen erkennen sowie den Weg in die Sprachfördergruppen bzw. in die Sprachförder-Kita finden.

Gerade deswegen erweisen sich aufsuchende, niedrigschwellige Unterstützungsangebote als besonders wirksam, etwa die Hilfe bei sprachlichen und administrativen Hürden sowie die Aufklärung über die Bedeutung der Kita für die frühkindliche Bildung und Schulvorbereitung. Das Nutzen und gegebenenfalls der Aufbau von informellen Elternnetzwerken sind ein guter Ansatzpunkt, um Informationen zu verbreiten. Die frühzeitige Ansprache von Eltern nach der Geburt ist sinnvoll. Eine diversitäts- und armutssensible Haltung der Fachkräfte fördert zusätzlich Vertrauen und Teilhabe. Erfolgreich sind zudem vernetzte Strukturen zwischen Kitas, Jugendämtern und Projekten sowie zentrale Informations- und Beratungsangebote in wohnortnaher Lage, wie Familienservicebüros zeigen.

Handlungsempfehlungen

Die Studie hat auf Basis dieser empirischen Ergebnisse Handlungsempfehlungen entwickelt, die sowohl die strukturellen als auch die familiären und gesellschaftlichen Hürden adressieren und zu deren Abbau beitragen sollen.

Dies umfasst Empfehlungen zur Erleichterung des Anmelde- und Vergabeverfahrens, u.a. durch die frühzeitige Versendung des Willkommensgutscheins, seine zielgruppenorientierte Gestaltung, eine verlässliche Transparenz über freie Plätze, die bürokratische Vereinfachung und Beschleunigung von Sprachstandfeststellungen sowie Maßnahmen, die der Benachteiligung von Familien in herausfordernden Lebenslagen bei der Bewerbung in den Kitas entgegenwirken. Darüber hinaus werden Empfehlungen formuliert, die die Themen Qualifizierung und Personal umfassen, u.a. durch die Förderung einer diskriminierungskritischen und armutssensiblen Ausrichtung der Kitas und die Erhöhung der Attraktivität der Zusatzausbildung als Facherzieher*in für Teilhabe und Inklusion. Weiterhin spielt auch die Verbesserung der räumlichen Situation in den Kitas (insbesondere für Kinder mit besonderen Förderbedarfen) sowie die wohnortnahe Kitaplanung beim Abbau von Zugangshürden eine Rolle.

Während die oben genannten Empfehlungen strukturelle Barrieren reduzieren sollen, formuliert die Studie außerdem Empfehlungen, die die familiären und gesellschaftlichen Hürden

adressieren. Hier gilt es vor allem, aufsuchende und begleitende Ansätze auszubauen, u.a. durch die gezielte Stärkung des Landesprogramms Stadtteilmütter und seine stärkere Nutzung für die Erleichterung des Kitazugangs, durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Stadtteilmüttern und Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD) sowie durch die Nutzung der positiven Vorbildfunktion von Eltern für Eltern, z.B. im Rahmen von Elterngruppen zum Übergang Familie–Kita in Familienzentren. Weiterhin werden Empfehlungen benannt, die die frühzeitige Aufklärung und Information von Familien in herausfordernden Lebenslagen stärken, z.B. durch eine verstärkte Kooperation mit Kinderärzt*innen und Frühen Hilfen sowie durch die Sichtbarmachung von Kita als Bildungsort. Schließlich zielen die Empfehlungen auch darauf ab, das Thema Kitazugang stärker in strategische sozialräumliche bezirkliche Ansätze zu integrieren, z.B. in die lokalen Strategien gegen Kinderarmut oder die Bildungsverbünde.

1 EINLEITUNG

Familien in herausfordernden Lebenslagen nehmen im gesamtgesellschaftlichen Vergleich deutlich seltener frühkindliche Bildungsangebote in Anspruch. Vergleichsweise aktuell dokumentiert das mit Blick auf das gesamte Bundesgebiet etwa der Kinderbetreuungsreport 2023 des Deutschen Jugendinstituts (Kayed/Wieschke/Kuger 2024). Dabei wäre gerade für diese Kinder der Besuch einer Einrichtung frühkindlicher Bildung wichtig, um bestehende Nachteile für Bildungsweg und Bildungserfolg auszugleichen. So sind die Ausgangsbedingungen von Kindern aus armen Familien (hier gemessen anhand von SGB II-Bezug) in schulisch relevanten Entwicklungsbereichen – etwa Visuomotorik, Körperkoordination, Aufmerksamkeit, Sprachentwicklung, Umgang mit Zahlen – häufig schlechter als die von Kindern, deren Familien keine Leistungen nach SGB II beziehen (Groos/Jehles 2015).

Ein früher Kitabesuch kann diesen Herausforderungen entgegenwirken (ebd.). In Berlin ist der Kitabesuch seit August 2018 für alle Kinder kostenfrei, lediglich der Verpflegungsanteil muss übernommen werden. Zuzahlungen für Extra-Leistungen, wie Bio-Essen oder Sportangebote, sind zwar begrenzt zulässig (bis max. 100 Euro), es besteht jedoch der Anspruch der Eltern auf einen zuzahlungsfreien Platz. Angesichts des deutlichen Ausbaus von Kitaplätzen in den vergangenen Jahren bei kleiner werdenden Geburtsjahrgängen hat sich die Kitaplatzsituation in Berlin zuletzt – regional unterschiedlich stark – entspannt (Kiesel 2024). Es stellt sich also die Frage, welche Zugangshürden abseits von Kosten und fehlenden Kitaplätzen in Berlin ausschlaggebend dafür sind, dass die Kinder von Familien in herausfordernden Lebenslagen nicht oder erst spät eine Kita besuchen. Auf Grundlage identifizierter Zugangshürden können Ansatzpunkte zur Förderung des Kitabesuchs herausgearbeitet und Handlungsempfehlungen formuliert werden.

Die hier vorliegende Studie zum Thema Kitaplatzzugänge in Berlin wurde von der Auridis Stiftung beauftragt und von dem Berliner Praxisforschungsinstitut Camino von November 2024 bis September 2025 umgesetzt. Die Umsetzung erfolgte in enger Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie.

Die Studie ging zentral der Frage nach, was – vor dem Hintergrund von Kostenfreiheit und einer zunehmend besseren Verfügbarkeit von Kitaplätzen in Berlin – Hürden sind, die Familien in herausfordernden Lebenslagen die Inanspruchnahme frühkindlicher Bildungsangebote in Kitas und Kindertagespflegen erschweren. Dabei sollte analysiert werden, an welchen Punkten auf dem Weg in das System frühkindlicher Bildung (bspw. Information, Ansprache, Beantragung von Kita-Gutscheinen, Kitaplatzsuche) sich Hürden identifizieren lassen. Weiterhin hatte die Studie das Ziel, auf Basis der empirischen Untersuchungen Handlungsempfehlungen abzuleiten, um Familien in herausfordernden Lebenslagen den Zugang zu frühkindlicher Bildung zu erleichtern. Hierbei sollten sowohl strukturelle Faktoren als auch die Schaffung neuer bzw. die Weiterentwicklung bestehender Angebote der Begleitung und Unterstützung von Familien im Fokus stehen.

Ein Schwerpunkt der Studie lag auf den Perspektiven und Erfahrungen von Eltern bei der Kitaplatzsuche.

Im Folgenden werden zunächst das methodische Vorgehen und die detaillierten Fragestellungen vorgestellt (Kap. 2). Es folgt ein kurzer Überblick über den Forschungsstand (Kap. 3). Anschließend werden die Ergebnisse der Befragung der Berliner Kitas präsentiert (Kap. 4). In Kapitel 5 werden die Elternperspektiven anhand von Fallbeispielen und übergreifenden Analysen der qualitativen Kurzinterviews mit Eltern dargestellt. Kapitel 6 und 7 beschäftigen sich mit den zentralen Hürden im Kitazugang, die die Studie identifiziert hat – dabei handelt es sich zum einen um Hürden im Kitasystem (Kap. 6), zum anderen um familiäre und gesellschaftliche Hürden (Kap. 7). Kapitel acht beschreibt, welche Zugangswege sich bislang schon als erfolgreich erwiesen haben. Kapitel neun fasst die zentralen empirischen Ergebnisse der Studie zusammen.

Die Studie endet mit Handlungsempfehlungen, die dazu beitragen können, die anhand der empirischen Befunde identifizierten Hürden zu überwinden (Kap. 10).

2 METHODISCHES VORGEHEN UND FRAGESTELLUNGEN

Die Studie wählte ein mehrperspektivisches und multimethodisches Forschungsdesign. Es wurden zum einen unterschiedliche Perspektiven einbezogen, nämlich Familien in herausfordernden Lebenslagen mit und ohne Kitaplatz, Kitaleitungen, Jugendämter sowie weitere Fachkräfte aus den Bereichen frühkindliche Bildung, Familienförderung und Nachbarschaftskoordination. Dabei konzentrierte sich das methodische Vorgehen auf die Perspektive der Familien. Zum anderen wurden unterschiedliche anerkannte Erhebungs- und Auswertungsverfahren der empirischen Sozialforschung eingesetzt. Im Mittelpunkt standen qualitative Forschungsmethoden, die tiefere und aussagekräftigere Ergebnisse ermöglichen.

Die Ergebnisse der unterschiedlichen Erhebungen und Analysen wurden zusammengeführt und orientiert an den verschiedenen Fragestellungen verknüpft. Die so stattfindende daten- und ergebnisbasierte Triangulation gewährleistet eine Validierung der Befunde und ermöglicht belastbare Aussagen zu den Ziel- und Fragestellungen der Studie.

Folgende Fragestellungen waren forschungsleitend:

Fragestellungen in Hinblick auf Familien

Sind Familien in herausfordernden Lebenslagen ausreichend über Angebote und Zugangswege in die frühkindliche Bildung sowie über Voraussetzungen und Rahmenbedingungen informiert? Welche Informationswege haben sich in der Vergangenheit als erfolgreich erwiesen, welche weniger?

Möchten Familien Kindertagesbetreuung in Anspruch nehmen, und wenn ja, ab welchem Alter? Welche Erfahrungen haben Familien bei der Kitaplatzsuche gemacht, insbesondere hinsichtlich der Verfügbarkeit von Kitaplätzen, der Eignung angebotener Kitaplätze und der zur Beurteilung zur Verfügung gestellten Informationen, außerdem bezüglich formaler Hürden bei der Kitaplatzsuche sowie Ausschlüssen und Diskriminierungserfahrungen?

Welche Unterstützungsangebote sind den Familien bekannt und welche Angebote werden genutzt?

Fragestellungen in Hinblick auf Träger und Kitaleitungen

Welche Kriterien legt die Einrichtung bei der Platzvergabe an?

Welche Faktoren sind aus Sicht der Träger und Kitaleitungen entscheidend, damit Familien in herausfordernden Lebenslagen einen Kitaplatz in Anspruch nehmen? Welche Zugangshürden bestehen aus Sicht der Träger und Kitaleitungen?

Welche Maßnahmen ergreifen Träger und Einrichtungen, um Platzangebote gezielt auch bei Familien in herausfordernden Lebenslagen und/oder migrantischen Communitys bekannt zu machen?

Fragestellungen in Hinblick auf Jugendämter

Welche Faktoren sind aus Sicht der Jugendämter entscheidend, damit Familien in herausfordernden Lebenslagen einen Kitaplatz in Anspruch nehmen? Welche Zugangshürden bestehen aus Sicht der Jugendämter?

Welche Unterstützungsmaßnahmen werden aktuell geleistet? Reichen bestehende Unterstützungsmaßnahmen aus und sind sie in ihrer Ausgestaltung bedarfsgerecht?

Welche Zugangswege und weiteren Unterstützungsangebote sind Familien in herausfordernden Lebenslagen aus Sicht der Jugendämter bekannt? Welche werden genutzt? Welche bestehenden oder vielversprechenden Ansätze gibt es, um diese Familien besser zu erreichen?

Zunächst wurden der Forschungsstand sowie vorliegende Zahlen zur Versorgungssituation ausgewertet. Um die Perspektiven möglichst vieler Kitaleitungen in Berlin zu erheben, wurden alle

Berliner Kitas angeschrieben, dafür wurde ein standardisierter Onlinefragebogen entwickelt und eingesetzt. Das Sample umfasste 327 vollständige Antworten.

Fachkräfte aus den Jugendämtern und weitere Expert*innen aus den Bereichen frühkindliche Bildung, Familienförderung und Nachbarschaftskoordination wurden mittels leitfadengestützter qualitativer Interviews erreicht. Insgesamt konnten so 13 Fachkräfte in zehn Interviews befragt werden. Darunter waren Fachkräfte der Jugendämter, der Sprachberaterteams, aus den Familienservicebüros, aus Sprachfördergruppen, aus einem Modellprojekt zur Inklusion von Geflüchteten sowie aus dem Quartiersmanagement.

Das Zentrum der Studie bildeten Kurzinterviews mit Eltern, vorrangig mit Eltern in herausfordernden Lebenslagen, deren Kinder in der Kita sind oder deren Kinder (noch) keine Kita besuchen. Dazu wurden mehrere, von Armut betroffene Bezirksregionen¹ ausgewählt, in denen bereits Kontakte zu Familienzentren, Stadtteilmüttern und niedrigschwelligen Elternprojekten bestanden. Mit diesen Eltern wurden anhand eines Fragerasters Kurzinterviews in einem dialogischen Gesprächsformat geführt. Es stellte eine besondere Herausforderung dar, Eltern zu erreichen, die sich bereit erklärten, solche Gespräche zu führen. Dank der Vermittlung von Stadtteilmüttern und eines Familienzentrums konnten einige Gespräche geführt werden. Eine weitere erfolgreiche Strategie war es, Eltern am Vormittag zu den Kita-Betreuungszeiten auf Spielplätzen anzusprechen und um ein Gespräch zu bitten. Eine Vielzahl von Elterninterviews wurde direkt von den Stadtteilmüttern in drei Bezirksregionen geführt. Dazu fanden kurze Einführungen in die Gesprächsführung und das Interviewraster in Form von Online-Briefings mit den Stadtteilmüttern statt, die daraufhin ihre Interviews vorrangig in der Herkunftssprache führten und sie in deutscher Sprache dokumentierten. Im Anschluss fanden mit den Stadtteilmüttern, die die Interviews geführt hatten, Reflexionsgespräche statt, bei denen auch die Möglichkeit genutzt wurde, inhaltliche Nachfragen zu den Dokumentationen zu stellen. Insgesamt wurden so 52 Eltern in Einzelinterviews und acht weitere Eltern in einem Gruppeninterview erreicht.

Darüber hinaus wurden Gruppeninterviews mit 26 Stadtteilmüttern sowie Auswertungsgespräche zu den Interviews mit vier weiteren Stadtteilmüttern geführt. In diesen Interviews berichteten die Stadtteilmütter sowohl aus Perspektive ihrer Rolle im Landesprogramm als auch aus Perspektive der eigenen Elternrolle über Schwierigkeiten und Strategien beim Kitazugang.

Die Interviews wurden transkribiert bzw. – im Falle der Elterninterviews – schriftlich dokumentiert und inhaltsanalytisch ausgewertet. Zwischenergebnisse der Studie wurden daraufhin in einem Werkstattgespräch mit Vertreter*innen der Auftraggeberin, der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, des Berliner Beirats für Familienfragen, der Wissenschaft sowie Vertreter*innen der Stadtteilmütter diskutiert. In dieser Diskussion wurden auf Basis der empirischen Daten und erster Vorschläge weitere Impulse für Handlungsempfehlungen entwickelt, die dann im Nachgang noch differenzierter ausgearbeitet wurden.

Eine Übersicht über die Erhebungen und die Befragten zeigt diese Tabelle:

¹ Eine Auswahl erfolgte in Orientierung an Gebieten der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative (GI-Gebiete). Dabei handelt es sich um sozial benachteiligte Stadtquartiere in Berlin, in denen ressortübergreifende Maßnahmen zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen umgesetzt werden. <https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/quartiersentwicklung/programme/ressortuebergreifende-gemeinschaftsinitiative/>, 03.09.2025.

Wie gelingt ein früher Einstieg in die frühkindliche Bildung für alle Kinder in Berlin?

Methode	Zielgruppe	Anzahl (= n)	Abkürzung
Standardisierte Befragung aller Berliner Kitas	Kitaleitungen	327	–
Leitfadengestützte Expert*inneninterviews	Expert*innen aus den bezirklichen Jugendämtern und weitere Expert*innen aus den Bereichen frühkindliche Bildung, Familienförderung und Nachbarschaftskoordination	10 Interviews mit insgesamt 13 Fachkräften	EXP 1–10
Kurzinterviews/Gruppengespräch	Eltern mit und ohne Kitaplatz in herausfordernden Lebenslagen	52 Kurzinterviews und 1 Gruppengespräch mit 8 Frauen	EI 1–52 und G-EI
Gruppendiskussionen	Stadtteilmütter	3 Gruppendiskussionen mit 12, 8 und 6 Teilnehmer*innen	G-Stm 1–3
Auswertungsgespräche	Stadtteilmütter	5 Auswertungsgespräche mit insgesamt 21 Stadtteilmüttern	Stm 1–5
Werkstattgespräch	Expert*innen (u.a. Senatsverwaltung, Wissenschaft, Kitaträger, Berliner Beirat für Familienfragen)	1 Werkstattgespräch mit insgesamt 15 Teilnehmer*innen	WKG

3 ÜBERBLICK ÜBER DEN FORSCHUNGSSTAND

Frühkindliche Bildung kann wesentlich dazu beitragen, ungleiche Startbedingungen von Kindern auszugleichen. Besonders für Familien in herausfordernden Lebenslagen sind Kitaangebote ein zentrales Förderinstrument – gleichzeitig stoßen sie jedoch überdurchschnittlich häufig auf Hürden beim Zugang. Trotz des Rechtsanspruchs zeigen Studien, dass strukturelle Engpässe, organisatorische Verfahren und Diskriminierung dazu führen, dass gerade die Kinder, die am meisten profitieren würden, seltener teilhaben. Weiterhin spielen auch innerfamiliäre Hürden beim frühen Kitazugang eine Rolle, wie z.B. Sprachbarrieren. Der Forschungsüberblick stellt sowohl das Potenzial frühkindlicher Bildung als auch die bestehenden Barrieren für chancengerechten Zugang in den Mittelpunkt.

3.1 HOFFNUNGSTRÄGER FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Bildungschancen hängen in Deutschland eng mit der sozialen Herkunft zusammen. Besonders Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind im Bildungssystem doppelt benachteiligt: Sie starten mit schlechteren Voraussetzungen und werden bei gleicher Leistung seltener gefördert, erhalten z.B. seltener eine Gymnasialempfehlung (El-Mafaalani 2020, 76).

Soziale Benachteiligung bezeichnet die ungleiche Verteilung von Ressourcen, Rechten und Chancen in einer Gesellschaft, die dazu führt, dass bestimmte Gruppen nur eingeschränkten Zugang zu zentralen Bereichen wie Bildung, Einkommen, Wohnraum, Gesundheit oder politischer Mitgestaltung haben. In dieser Studie richten wir den Blick auf Benachteiligungen im Zugang zu frühkindlicher Bildung von Familien in herausfordernden Lebenslagen, die durch eine Kombination verschiedener Faktoren geprägt sind. Dazu zählen insbesondere ein niedriger sozioökonomischer Status, geringe oder fehlende Bildungsabschlüsse der Eltern, gesundheitliche Beeinträchtigungen, Diskriminierungserfahrungen, prekäre Wohnsituationen sowie marginalisierte Familienkonstellationen. Diese Faktoren können sich bereits einzeln negativ auf Bildungschancen auswirken, verstärken sich jedoch häufig gegenseitig und erschweren die Bewältigung des Alltags in besonderem Maße. Die Wirkungen der einzelnen Faktoren auf die Bildungschancen für Kinder lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Armut / sozioökonomischer Status: Ein niedriger Lebensstandard schränkt Zugänge zu Lernmaterialien, außerschulischen Aktivitäten und stabilen Wohn- und Lebensbedingungen ein. Armut wirkt sich sowohl direkt (z.B. durch fehlende Lernanreize) als auch indirekt (z.B. über ungesunde Ernährung oder hohen Medienkonsum) negativ auf die Entwicklung von Kindern aus (Gross/Jehles 2015, 17).

Bildungsniveau der Eltern: Kinder von Eltern mit niedrigen Bildungsabschlüssen haben statistisch ein deutlich höheres Risiko, selbst geringere Bildungsabschlüsse zu erzielen. Studien zeigen, dass die Bildungsaspirationen der Eltern, ihre Sprachkompetenzen und ihre Unterstützung beim Lernen entscheidend sind (El-Mafaalani 2020, 66ff.).

Prekäre Wohnsituationen: Beengte Wohnverhältnisse schränken den Raum von Kindern fürs Spielen und Lernen ein (Schad/Riese 2024, 18), und häufige Umzüge beeinträchtigen die Möglichkeit von Kindern, sich in stabilen sozialen und schulischen Kontexten zu verankern. Fehlende Rückzugs- und Bewegungsräume wirken sich negativ auf Konzentrationsfähigkeit, Lernmotivation und exploratives Verhalten aus.

Diskriminierungserfahrungen: Rassismus, Klassismus und institutionelle Diskriminierung führen zu Ausschlusserfahrungen im Bildungssystem. Kinder, die bereits früh negative Erfahrungen mit Ablehnung machen, entwickeln weniger häufig Vertrauen in pädagogische Institutionen (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2019). Bostancı und Wirth (2024, 58f.) zeigen, dass bereits bei der Vergabe von Kitaplätzen, die oftmals von den Kitaleitungen nach bestimmten Kriterien

vorgenommen wird, Spielräume für Diskriminierung entstehen und Diskriminierung den Zugang zu Einrichtungen frühkindlicher Bildung somit erschweren kann (Hermes et al. 2023).

Gesundheitsbeeinträchtigungen: Chronische Erkrankungen oder Entwicklungsverzögerungen können die Lern- und Teilhabechancen von Kindern stark einschränken. Gerade in benachteiligten Familien bleiben solche Bedarfe oft länger unerkannt oder können mangels Ressourcen nicht ausreichend ohne Unterstützung kompensiert werden (Richter-Kornweitz 2012). Gesundheitliche Belastungen der Eltern verringern deren Ressourcen, die Kinder auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen.

Marginalisierte Familienkonstellationen: Alleinerziehende oder Familien mit vielen Kindern stehen vor zusätzlichen organisatorischen und zeitlichen Belastungen, die sich auf die Bildungsbeteiligung der Kinder auswirken können (Vandenbroeck et al. 2008, in Betz/Bollig 2023, 8).

Der Fokus dieser Studie auf Familien in herausfordernden Lebenslagen ist deshalb zentral, da diese Familien einerseits am stärksten von Bildungsungleichheiten betroffen sind und andererseits unter bestimmten Voraussetzungen am meisten von frühkindlicher Förderung profitieren können (Dohmen/Karrmann/Bayreuther 2021, 19; Ghirardi et al. 2023; Schmitz/Spiess/Huebener 2023). Allerdings zeigen empirische Studien, dass die kompensatorischen Effekte frühkindlicher Förderung nicht in allen Untersuchungen gleichermaßen nachweisbar sind (zusammenfassend dazu Betz/Bollig 2023, 7; Scholz/Lochner/Menzel 2023, 31). Positiv wirkt sich vor allem die Gesamtdauer des Kitabesuchs (länger als ein Jahr), sowie die Qualität der Betreuung auf die Entwicklung von Kindern aus (Betz/Bollig 2023, 7).

Unabhängig davon gilt: Nur wenn gleiche Zugangsbedingungen gewährleistet sind, können Kinder tatsächlich von den Chancen früher Förderung profitieren. Frühkindliche Bildung kann in diesem Kontext also eine wichtige Rolle spielen, um ungleiche Startbedingungen zu kompensieren: Sie bietet Kindern Zugang zu stabilen sozialen Beziehungen außerhalb der Familie, fördert Sprachentwicklung und kognitive Fähigkeiten durch alltagsintegriertes Lernen und eröffnet Erfahrungsräume, die in prekären Lebenslagen oft fehlen (El-Mafaalani 2020, 78f.). Besonders bedeutsam ist die frühe Sprachförderung, da sie zentrale Voraussetzung für späteres schulisches Lernen ist (Roth/Klein 2018; Dohmen/Karrmann/Bayreuther 2021, 19). Hochwertige frühpädagogische Angebote können Entwicklungsrückstände verringern und tragen damit wesentlich dazu bei, dass Kinder beim Schuleintritt vergleichbarere Ausgangsbedingungen haben (Groos/Jehles 2015, 36). Zudem entlasten Kitas Eltern in herausfordernden Lebenslagen, indem sie Betreuungsaufgaben übernehmen und so Teilhabe der Eltern an Bildung, Arbeit oder Sprachkursen ermöglichen. Damit können nicht nur Bildungsungleichheiten der Kinder, sondern auch Teilhabechancen der Familien insgesamt verbessert werden (Richter-Kornweitz 2012, 119).

Zum Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen aus dem „Gemeinsamen Rahmen der Länder für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen“ (Beschluss der JMK vom 13./14.05.2004 und Beschluss der KMK vom 03./04.06.2004 i.d.F. vom 06.05.2021 (JFMK) und 24.03.2022 (KMK):

„Unter Berücksichtigung entwicklungspsychologischer Erkenntnisse sind Kindertageseinrichtungen mit ihrem ganzheitlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag, ihrer lebensweltorientierten Arbeit und ihren guten Beteiligungsmöglichkeiten geeignete Orte für Bildungsprozesse für junge Kinder und Schulkinder. Der Schwerpunkt des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Kindertageseinrichtungen liegt in der frühzeitigen Stärkung individueller Kompetenzen und Lerndispositionen, der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung, der Erweiterung, Unterstützung sowie Herausforderung des kindlichen Forscherdranges, in der Wertebildung und -erziehung, in der Förderung, das Lernen zu lernen und in der Weltaneignung in sozialen Kontexten. Kindertageseinrichtungen haben darüber hinaus den Auftrag, Inklusion als pädagogisch umfassendes Prinzip

zu leben und allen Kindern gute Startmöglichkeiten und Entwicklungsbedingungen zu bieten. Ziel ist es, Teilhabe zu ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben zu befördern und alle Kinder in die Lage zu versetzen, in den unterschiedlichen Lebensbereichen zu kommunizieren und zu interagieren.“

Trotz dieser umfangreichen empirischen Hinweise darauf, dass frühe Bildungsangebote besonders für Kinder, die unter prekären Bedingungen aufwachsen, entwicklungsförderlich sind, haben aber gerade Kinder aus Familien in herausfordernden Lebenslagen deutlich seltener als andere Kinder an diesen Angeboten teil (El-Mafaalani 2020, 78). In Bezug auf Familien mit niedrigem Bildungsstatus lässt sich dies durch Daten des Mikrozensus belegen:

„Auswertungen des Mikrozensus 2020 belegen, dass in Deutschland der Anteil an Kindern in institutioneller Tagesbetreuung sowohl bei den unter 3-Jährigen als auch bei den 3- bis unter 6-Jährigen stark variiert, je nachdem, ob die Eltern einen niedrigen oder hohen Bildungsabschluss haben“ (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2022, in Scholz/Lochner/Menzel 2023, 30).

Die bestehende Bildungsungleichheit wird damit nicht automatisch durch die Institution Kita aufgehoben, sondern kann sogar verstärkt werden – eine Erkenntnis, die sich in bildungssoziologischen Analysen seit Langem findet (El-Mafaalani 2020, 77; Betz/Bollig 2023, 9).

Diese Kritik richtet sich nicht gegen die Bildungsangebote selbst, sondern gegen ihre strukturelle Organisation: Zugang, Inhalte, Erwartungen und Bewertungen orientieren sich häufig an den Normen bildungsnaher Mehrheitsgruppen. Das Bildungssystem kann daher einerseits ungleiche Voraussetzungen ausgleichen, andererseits aber auch soziale Ungleichheit reproduzieren, wenn es ausschließend oder selektiv wirkt. Für die Fragestellung der vorliegenden Studie ist daher besonders relevant, wie sich Zugangsbarrieren in der frühkindlichen Bildung auswirken.

3.2 UNGLEICHE ZUGÄNGE ZU FRÜHKINDLICHER BILDUNG

Scholz, Lochner und Menzel (2023) verweisen darauf, dass die Europäische Union im Qualitätsrahmen für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) den Zugang zu Kita-Plätzen als zentrales Kriterium für ein gutes Betreuungssystem hervorhebt. Damit wird betont, dass ein qualitativ hochwertiges System nur dann wirksam sein kann, wenn es auch tatsächlich allen Kindern offensteht. Ein System, das hohe pädagogische Qualität bietet, aber sozial benachteiligte oder zugewanderte Familien vom Zugang ausschließt, trägt nicht zur Verringerung von Ungleichheiten bei, sondern verstärkt diese (ebd., 29).

Ein Rechtsanspruch auf einen Platz und die nachgewiesenen positiven Effekte frühkindlicher Bildung für Kinder aus benachteiligten Gruppen bedeuten nicht automatisch, dass diese Plätze nach ungleichheitssensiblen Kriterien und (Förder-)Bedarfen verteilt werden (ebd., 31f.). In der Praxis profitieren häufig Kinder aus ressourcenstärkeren Familien überproportional, während Kinder in herausfordernden Lebenslagen weiterhin unterrepräsentiert sind (ebd.; Kayed/Wieschke/Kuger 2025, 6). Dabei spielen nicht nur die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Plätzen eine Rolle, sondern auch die Zugänglichkeit und Bedarfsgerechtigkeit (Scholz/Lochner/Menzel 2023). Diese Faktoren machen deutlich, dass sich formale Rechtsansprüche in der Praxis nicht automatisch in chancengerechten Zugang übersetzen. Im Folgenden werden daher die in der Literatur identifizierten zentralen Zugangshürden genauer betrachtet, die Familien beim Eintritt in frühkindliche Bildungseinrichtungen überwinden müssen.

3.2.1 Elterliche Entscheidungen

Der jährlich erscheinende Kinderbetreuungsreport des Deutschen Jugendinstituts (DJI) basiert auf der bundesweit repräsentativen DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) mit rund 33.000 befragten Eltern. Er liefert zentrale Daten zu Nutzung, Bedarf und Umfang von Betreuungsangeboten und beleuchtet zudem jährlich wechselnde Themenschwerpunkte.

Elterliche Entscheidungen gegen eine Betreuung werden vor allem mit dem Alter des Kindes (U3) und dem Wunsch der Eigenbetreuung begründet. Ab dem vierten Lebensjahr fällt dieser Faktor dagegen nicht mehr so sehr ins Gewicht:

„Während viele Eltern ihr Kind gerade im sehr jungen Alter (U3) nicht außerfamiliär betreuen lassen wollen und sich beispielsweise selbst um die Betreuung kümmern möchten (vgl. Lippert/Hüsken/Kuger 2022), ist die Akzeptanz für eine außerfamiliäre Betreuung im U6-Bereich in den letzten Jahrzehnten nicht nur angestiegen (vgl. Berth 2019), sondern gehört inzwischen darüber hinaus zur Normalbiografie von Kindern (vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung 2006)“ (Kayed/Wieschke/Kuger 2023, 40).

Die Ergebnisse des DJI-Kinderbetreuungsreports 2020 (Lippert/Hüsken/Kuger 2022) zeigen, dass vor allem die Erwerbstätigkeit der Mutter entscheidend dafür ist, dass ein Kitaplatz genutzt wird. Auch die Verfügbarkeit von U3-Plätzen in der jeweiligen Region spielt eine wichtige Rolle.

Die Annahme, dass Familien mit Migrationshintergrund kulturell bedingt Vorurteile gegenüber frühkindlicher Betreuung haben, lässt sich anhand der von uns ausgewerteten Literatur nicht bestätigen. Dohmen, Karrmann und Bayreuther (2021, 3) zeigen, dass es zwischen Familien mit und ohne Migrationsgeschichte überwiegend keine Unterschiede in der Einstellung zur frühkindlichen Betreuung gibt. Sie stellen daher fest, dass beide Gruppen gleichermaßen um Kitaplatze bemüht sind, jedoch mit unterschiedlichem Erfolg (vgl. auch Schmitz/Spieß/Huebener 2023). Auch im Kinderbetreuungsreport 2025 des DJI fassen Kayed, Wieschke und Kuger (2025) diesen Befund wie folgt zusammen:

„Familien mit Migrationsgeschichte (Kind und/oder beide Eltern im Ausland geboren), mit Bezug von Transferleistungen und Familien, in denen der höchste Schulabschluss im Haushalt maximal ein mittlerer Schulabschluss ist, nutzen trotz vorhandenem Bedarf seltener einen Platz als Familien ohne diese Merkmale oder Familien mit einem höheren Schulabschluss im Haushalt. Dies war nicht nur im Jahr 2024 der Fall, sondern in allen Befragungsjahren seit 2016. Die Ungleichheit beim Zugang zu FBBE hat sich demnach in den letzten Jahren kaum verbessert.“ (Kayed/Wieschke/Kuger 2025, 8).

3.2.2 Kitaplatzvergabe

Die Entscheidung über die Kitaplatzvergabe obliegt in Deutschland oft den Einrichtungen selbst, Kommunen haben nur wenig Einfluss auf die Vergabe von Plätzen in Einrichtungen nicht-kommunaler Träger (Scholz/Lochner/Menzel 2023, 32). Die Vergabe von Kitaplätzen wird durch eine Vielzahl an Faktoren beeinflusst. Dazu gehört die Bevorzugung von Geschwisterkindern oder Kindern von Mitarbeitenden, wodurch sich der Kreis der Begünstigten weiter verengt (Dohmen/Karrmann/Bayreuther 2021, 17).

Ein weiteres Problem stellt die benachteiligte Position von einkommensschwachen oder alleinerziehenden Eltern dar, die häufiger nicht oder in Teilzeit arbeiten und dann aufgrund der bevorzugten Aufnahme von voll berufstätigen Eltern auf den unteren Wartelistenplätzen landen (Vandenbroeck et al. 2008, in Betz/Bollig 2023, 8).

Schließlich spielen auch diskriminierende Zuschreibungen gegenüber Familien mit Migrationsgeschichte eine Rolle beim Zugang. Bostancı und Wirth (2024) legen offen, dass Selektionsprozesse und implizite Abwertungen insbesondere bei der Platzvergabe auftreten. Sie zeigen, dass Kitas nicht nur strukturell, sondern auch durch implizite Vorstellungen von „Passung“ Ungleichheiten reproduzieren. Eltern berichten in Interviews, dass sie mit rassifizierten Zuschreibungen häufiger Ablehnungen erhalten oder bei Besichtigungen und Platzanfragen unfreundlich behandelt werden. Intransparente Aufnahmeverfahren erschweren die Möglichkeiten, Diskriminierung sichtbar zu machen. Auch die Studie von Hermes et al. (2023), die ein Feldexperiment mit fiktiven Namen von Kitaplatzbewerbungen durchgeführt hat, zeigt auf, dass in Deutschland als migrantisch gelesene Familien zu 4,4 % seltener eine Antwort auf eine Kitaplatzbewerbung erhalten als deutsch gelesene Familien. Wenn sie eine Antwort erhalten, enthält diese seltener

Platzangebote, ist kürzer und weniger ermutigend. Diese Effekte zeigen sich stärker in Regionen, in denen der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in der Kindertagesbetreuung geringer ist und der regionale Einfluss rechter Parteien stärker.

3.2.3 Räumliche Ungleichverteilung von Einrichtungen der frühkindlichen Bildung

Strukturelle Barrieren gibt es z.B. durch die räumliche Ungleichverteilung von Einrichtungen frühkindlicher Bildung. Trotz des bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz zeigt der IW-Kurzbericht 2025 vom Institut der deutschen Wirtschaft, dass die tatsächliche Versorgung mit Kindertagesstätten innerhalb deutscher Städte stark ungleich verteilt ist. Insbesondere sozial benachteiligte Stadtteile sind deutlich schlechter mit Kitas versorgt als wohlhabendere Gegenden. Der Unterschied zwischen den sozioökonomisch am besten und am schlechtesten gestellten Quartieren (gemessen an der SGB II-Quote), die in die Untersuchung einbezogen wurden, beträgt laut Analyse mehr als ein Drittel (Diermeier et al. 2025, 2).

Diese Ungleichheit entsteht vor allem dadurch, dass freie Träger ihre Einrichtungen überdurchschnittlich häufig in einkommensstarken Quartieren ansiedeln und öffentliche Träger die Versorgungslücken nicht vollständig ausgleichen können (ebd.). Damit besteht die Gefahr, dass Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien nicht nur schlechtere Startbedingungen haben, sondern auch geringere Chancen auf frühkindliche Förderung. Die Autor*innen fordern daher eine gezieltere kommunale Steuerung, um die soziale Infrastruktur gerechter zu verteilen und Bildungsungleichheiten frühzeitig entgegenzuwirken (ebd., 7f.)

3.2.4 Sprachbarrieren und weitere Hürden

Eine weitere wesentliche Hürde sind Sprachbarrieren, die sowohl im Kitaalltag als auch bereits bei der Informationsbeschaffung eine Rolle spielen (Scholz/Lochner/Menzel 2023, 32; vgl. dazu die empirischen Befunde in Kap. 7.1). Auch digitale Verfahren sind ohne deutsche Sprachkenntnisse schwer zugänglich (vgl. Dohmen/Karrmann/Bayreuther 2021, 16; vgl. dazu die empirischen Befunde in Kap. 6.2). Sprachliche Barrieren wirken sich nicht nur auf den formalen Zugang, sondern auch auf den erfolgreichen Verlauf der Eingewöhnung aus, wenn Eltern ihre Sorgen oder Fragen nicht ausdrücken können.

Barrieren entstehen häufig nicht durch einen einzelnen Faktor, sondern durch ein komplexes Zusammenspiel lokaler, organisatorischer und familiärer Bedingungen (Betz/Bollig 2023, 7). So kann etwa eine Mutter mit geringen Deutschkenntnissen, die keinen Internetzugang hat, in einem Stadtteil mit sehr hoher Nachfrage nach Plätzen lebt und zugleich mehrere Kinder mit unterschiedlichen Betreuungsbedarfen hat, auf eine kumulative Hürde stoßen: Sie erhält keine Informationen über freie Plätze, versteht das Schreiben vom Jugendamt nicht, muss weite Wege zurücklegen und ist organisatorisch überfordert. In solchen Fällen verstärken sich Sprachprobleme, strukturelle Engpässe und familiäre Belastungen gegenseitig – mit der Folge, dass ein Rechtsanspruch praktisch nicht eingelöst werden kann.

Es ist also wichtig, strukturelle, gesellschaftliche und familiäre Faktoren zusammenzudenken. Nicht nur die „Hilflosigkeit“ der Eltern, sondern auch Ausschlüsse und Diskriminierung bei der Kitaplatzvergabe spielen eine Rolle – vor allem für Kinder aus armen Familien und mit Migrationshintergrund (vgl. Kap. 6.4). Diese strukturellen Hürden verstärken die Ungleichheit im Zugang zu Bildung und erfordern gezielte Maßnahmen, um benachteiligte Kinder zu unterstützen und ungleiche Chancen zu verringern (Groos/Jehles 2015, 52; Schmitz/Spieß/Huebener 2023). Die Zugangsbarrieren, die die vorliegende Studie identifiziert hat, werden in den Kapiteln 6 und 7 ausführlich beschrieben.

3.3 ABBAU VON ZUGANGSBARRIEREN

Deutschland schneidet im europäischen Vergleich gut ab, wenn es um den Zugang zu frühkindlicher Bildung und Betreuung (Early Childhood Education and Care, ECEC) geht. Kinder ab dem ersten Lebensjahr haben einen gesetzlichen Anspruch auf einen öffentlich geförderten Betreuungsplatz, unabhängig von ihrer sozialen oder familiären Situation. Es gibt gezielte Maßnahmen, um den Zugang für Kinder aus benachteiligten Familien zu erleichtern, wie etwa Sprachförderprogramme, spezielle Integrationsmaßnahmen und finanzielle Unterstützung, einschließlich der Reduzierung oder des Erlasses von Gebühren für einkommensschwache Familien. Trotz dieser starken gesetzlichen Grundlage bestehen Herausforderungen wie Platzmangel in einigen Regionen, Fachkräftemangel (Elsago 2025) und Qualitätsunterschiede bei der Betreuung. Deutschland zeigt jedoch insgesamt eine starke Verpflichtung zur Förderung von Chancengleichheit und zur Bekämpfung von Diskriminierung im Zugang zu frühkindlichen Bildungsinstitutionen (Europäische Kommission/EACEA/Eurydice 2025).

Der Ausbau von Kitaplätzen wurde in Deutschland zwar stark vorangetrieben, dennoch bestehen weiterhin Defizite, insbesondere hinsichtlich regionaler und innerstädtischer Verteilung (Diermeier et al. 2025). Sozialräumlich ungleiche Angebote tragen dazu bei, dass Kinder aus benachteiligten oder migrantisierten Familien seltener einen Platz erhalten. Beispiele aus Belgien zeigen, wie gezielte Investitionen in benachteiligten Vierteln und zentrale Aufnahmesysteme die Teilhabe erhöhen können (Vandenbroeck 2023). Auch die Gestaltung der Beiträge beeinflusst den Zugang (Groos/Jehles 2015, 52). In Berlin etwa wurde durch die Abschaffung der Kitabeiträge der Zugang für einkommensschwache Familien erleichtert.

Lösungen könnten eine proaktivere Ansprache der Familien oder ein zentrales Vergabeverfahren sein: „Unter Berücksichtigung heterogenitätsrelevanter Kriterien und Verteilungsmechanismen böte eine Zentralisierung die Chance, institutioneller Diskriminierung vorzubeugen“ (Scholz/Lochner/Menzel 2023, 33).

Auch die gezielte Unterstützung durch multiprofessionelle Teams in regionalen Zentren kann helfen, Familien beim Zugang zu begleiten und Kooperationen zwischen Kitas, Schulen und sozialen Diensten zu stärken (Groos/Jehles 2015, 52). Bedarfsorientierte Förderung ist zudem notwendig, etwa in Kitas mit besonders vielen Kindern mit Förderbedarf, die eine gute Ressourcenausstattung und diversitätssensible Ansätze benötigen: „Der professionelle Umgang mit Vielfalt in frühkindlichen Bildungsprozessen gewinnt vor diesem Hintergrund den Status einer fachlichen Kompetenz der Erzieher*innen“ (Brilling/Gregull 2012, 2; vgl. dazu auch Olszenka/Riedel 2020).

Kitas haben die Aufgabe, Besonderheiten zu erkennen und zu berücksichtigen, ohne Kinder zu stigmatisieren. Dies erfordert Vertrauen, Zeit und Teamarbeit (Richter-Kornweitz 2012, 123f.). Studien zeigen, dass Einrichtungen, die die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen aktiv einbeziehen, besonders erfolgreich sind: „Insofern sollte das Personal einen pädagogischen Ansatz wählen, der unterschiedliche Familienkulturen willkommen heißt und eine Vertrauenskultur auf gleicher Ebene aufbaut“ (Koch 2021, o.S.). Eggers (2012) betont dabei die Wichtigkeit, den Aspekt der Ungleichheit in Diversity-Ansätzen zu berücksichtigen.

Eine Möglichkeit, Ressourcen zu bündeln, sind regionale Familienzentren, die Kindertagesbetreuung mit Beratung und Gesundheitsdiensten kombinieren: „Diese bündeln vielfältige Angebote für Familien an einem Ort, [...] um gezielt Zugänge für Familien in benachteiligten Sozialräumen zu verbessern“ (Scholz/Lochner/Menzel 2023, 33). Solche Konzepte erfordern jedoch Zeit und finanzielle Mittel (Dohmen/Karrmann/Bayreuther 2021, 39).

In Kapitel 8 der vorliegenden Studie werden positive Erfahrungen und erfolgreiche Strategien beschrieben, die den Zugang erleichtern.

3.4 FAZIT

Frühkindliche Bildung wird als Hoffnungsträger gesehen, um ungleiche Startbedingungen im Kontext sozialer Ungleichheit auszugleichen. Gerade Kinder in herausfordernden Lebenslagen – etwa geprägt durch Armut, beengte Wohnverhältnisse, gesundheitliche Belastungen oder Diskriminierung – könnten besonders profitieren. Zugleich zeigen Studien, dass sie seltener oder später Zugang zu Angeboten erhalten und ihre Familien auf zusätzliche Hürden stoßen, wodurch Ungleichheiten verstärkt werden können.

Auch Kitas unterliegen in Deutschland Mechanismen sozialer Selektion: Einrichtungen in benachteiligten Quartieren verfügen teils über ungünstigere strukturelle Bedingungen – etwa größere Gruppen, belasteteres Personal und geringere räumliche und materielle Ausstattung (Schieler/Menzel 2024). Dies verstärkt die Segregation, da freie Träger Standorte in wohlhabenderen Gebieten bevorzugen (Diermeier et al. 2025). Gleichzeitig gibt es gezielte Förderansätze, die Kitas in sozial belasteten Lagen – in Berlin künftig vor allem solche mit vielen BuT-berechtigten Kindern, d.h. Kindern mit Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe – zusätzliche Ressourcen zuführen, um strukturelle Nachteile zumindest begrenzt ausgleichen zu können.

Zugangshürden lassen sich abbauen, wenn Einrichtungen strukturell gestärkt und gezielt auf benachteiligte Familien ausgerichtet werden. Wichtige Faktoren sind mehrsprachige Informationen, niedrighschwellige Kontaktformate, kultursensible Begleitung durch Vertrauenspersonen, transparente Vergabeverfahren sowie ausreichend Personalressourcen und Fortbildungen zu Diversität und Rassismuskritik (Eggers 2012; Dohmen/Karmann/Bayreuther 2021; Scholz/Lochner/Menzel 2023). Nur wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kann frühkindliche Bildung zu mehr Teilhabe beitragen, statt soziale Ungleichheiten zu reproduzieren.

4 ERGEBNISSE DER KITA-BEFragung UND AUSLASTUNGSSTATISTIK

In diesem Kapitel wird zunächst die Auslastung der Berliner Kitas im Jahresvergleich von 2019 bis 2024 und im Bezirksvergleich dargestellt, wobei Veränderungen deutlich werden, die die aktuelle Situation charakterisieren.

Im Mittelpunkt des Kapitels steht die Darstellung der zentralen Ergebnisse der standardisierten Befragung der Berliner Kitas anhand von ausgewählten Grafiken. Das Kapitel endet mit einem kurzen Fazit im Hinblick auf die Zugangshürden, die sich aus den Ergebnissen ableiten lassen.

4.1 STATISTIKEN ZUR KITA-AUSLASTUNG

Tabelle 1: Platzangebot und Auslastung von Kindertageseinrichtungen in Berlin 2019 bis 2024

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kindertageseinrichtungen						
Erlaubte Plätze	182.184	185.945	190.339	193.972	197.313	198.928
Angebotene Plätze	167.836	170.518	177.100	181.177	180.949	182.237
Belegte Plätze	163.959	165.396	167.372	167.623	165.147	161.283
Ausschöpfungsquote	92,1 %	91,7 %	93,0 %	93,4 %	91,7 %	91,6 %
Auslastungsquote	95,5 %	97,0 %	94,5 %	92,5 %	91,3 %	88,5 %

Quelle: ISBJ-Kita, Berechnung: SenBJF

Anhand der von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) bereitgestellten Statistiken kann für Berlin insgesamt in den letzten Jahren eine kontinuierlich sinkende Auslastungsquote festgestellt werden. Diese Quote gibt Auskunft über den Anteil belegter Plätze gemessen an der Anzahl angebotener Kitaplätze. Die höchste Auslastung wurde 2020 dokumentiert, als 97 % der angebotenen Plätze belegt waren. Die Auslastung hat sich in der Folge bis 2024 auf 88,5 % reduziert, was durch die gestiegene Zahl angebotener Plätze – insbesondere von 2019 bis 2022 – bei gleichzeitig rückläufiger Zahl von in Anspruch genommenen Plätzen von 2022 bis 2024 erklärt werden kann. Kitaplätze sind in Berlin also aktuell weniger knapp als das noch vor einigen Jahren der Fall war.

In den Jahren 2023 und 2024 ist außerdem eine gestiegene Diskrepanz zwischen erlaubten Plätzen (also denjenigen Plätzen, die Kitas gemäß ihrer Betriebserlaubnis maximal anbieten dürfen) und den tatsächlich angebotenen Plätzen zu beobachten. Die Gründe für diese gestiegene Diskrepanz können auf Baumaßnahmen oder personelle Engpässe zurückzuführen sein.

In allen Bezirken hat sich die Auslastungsquote im Vergleich der Jahre 2019 und 2023 verringert – bezirkswelt sind also größere Kapazitäten verfügbar. Diese Rückgänge fallen aber unterschiedlich stark aus. Während die Spanne 2019 noch zwischen 95,8 % und 99,6 % lag, betrug der geringste Wert im Jahr 2023 in Pankow 88,3 %. Der höchste Wert wurde mit 94,5 % in Spandau gemessen, einem Bezirk der 2019 noch gemeinsam mit Marzahn-Hellersdorf die zweitniedrigste Auslastung aufwies. Die verhältnismäßig hohen Auslastungsquoten in diesen beiden Bezirken illustrieren die Entwicklung weg von stark ausgelasteten innenstädtischen Regionen und hin zu Herausforderungen in den Stadtrandlagen. Entwicklungen innerhalb einzelner Bezirksregionen oder anderer kleinräumlicher Ebenen lassen sich auf Grundlage dieser Daten nicht abbilden.

Tabelle 2: Auslastung nach Bezirken in den Jahren 2019 und 2023

Bezirk	2019			2023		
	Angebotene Plätze	Belegte Plätze	Auslastungsquote	Angebotene Plätze	Belegte Plätze	Auslastungsquote
Mitte	18.563	18.154	97,8 %	19.544	17.936	91,8 %
Friedrichshain-Kreuzberg	14.592	14.478	99,2 %	14.570	13.266	91,1 %
Pankow	22.836	22.142	97,0 %	23.893	21.093	88,3 %
Charlottenburg-Wilmersdorf	11.908	11.409	95,8 %	12.749	11.598	91,0 %
Spandau	10.005	9.738	97,3 %	10.846	10.251	94,5 %
Steglitz-Zehlendorf	12.142	11.935	98,3 %	13.016	11.775	90,5 %
Tempelhof-Schöneberg	15.196	14.599	96,1 %	16.118	15.006	93,1 %
Neukölln	12.899	12.843	99,6 %	14.560	13.229	90,9 %
Treptow-Köpenick	12.384	12.197	98,5 %	14.289	13.003	91,0 %
Marzahn-Hellersdorf	12.620	12.284	97,3 %	13.973	13.069	93,5 %
Lichtenberg	14.805	14.443	97,6 %	16.586	15.222	91,8 %
Reinickendorf	9.886	9.737	98,5 %	10.805	9.699	89,8 %
Berlin Gesamt	167.836	163.959	97,7 %	180.949	165.147	91,3 %

Quelle: ISBJ-Kita, Berechnung: SenBJF

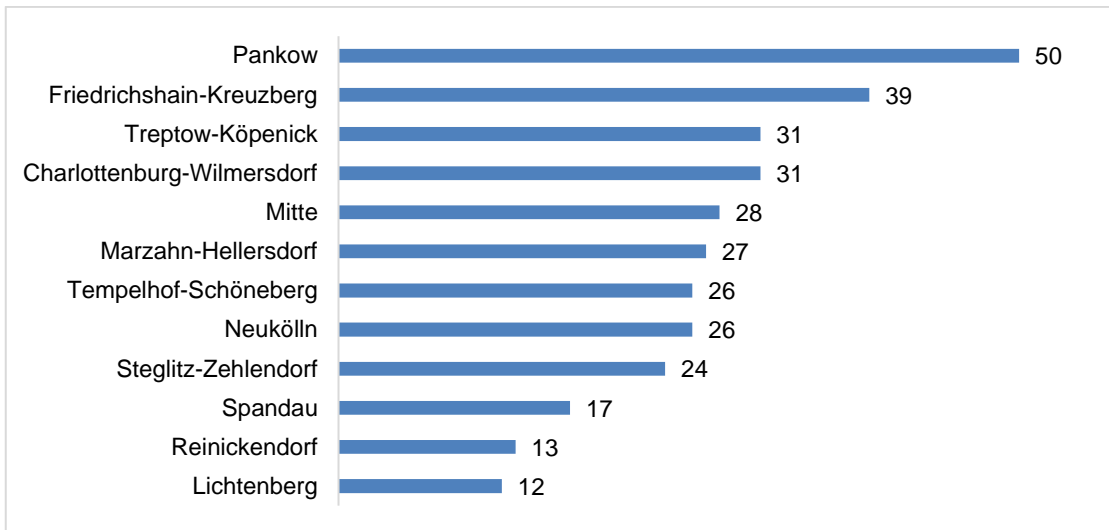
4.2 ERGEBNISSE DER ONLINEBEFRAGUNG

Die Befragung der Kitaleitungen wurde mithilfe eines Onlinefragebogens vom 08.04. bis zum 20.5.2025 umgesetzt. Einladungen zur Teilnahme wurden per E-Mail an einen etwa 2.500 Adressen umfassenden Verteiler verschickt, der von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie bereitgestellt wurde. Innerhalb des Bearbeitungszeitraums wurden zwei Erinnerungen verschickt, um die Teilnahmequote zu erhöhen. Insgesamt konnten auf diese Weise 327 vollständige Antworten von Kitaleitungen erfasst werden.

4.2.1 Sample

Die große Diversität der Kinderbetreuungsangebote spiegelt sich im Sample wider. So nahmen Kitaleitungen von Einrichtungen teil, die zwischen 7 und 200 Kinder betreuen – durchschnittlich sind es etwa 70 Kinder pro Kita.

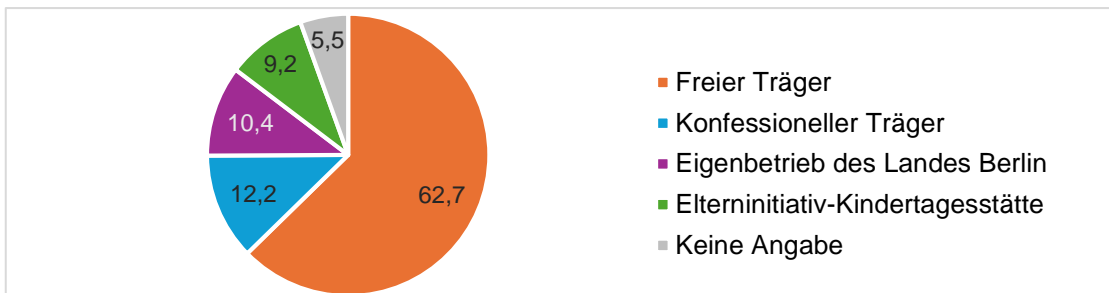
Abbildung 1: Bezirkliche Verteilung teilnehmender Kitas (n = 327; 3 fehlende Angaben)



Quelle: Kita-Befragung

In der Befragung sind Kitas aus allen Berliner Bezirken repräsentiert. Mit 50 beteiligten Kitas ist Pankow auf Platz 1, Friedrichshain-Kreuzberg folgt mit 39 Antworten. Reinickendorfer (13 Antworten) und Lichtenberger (12 Antworten) Kitas sind am seltensten vertreten.

Abbildung 2: Trägerschaft teilnehmender Kitas (n = 327)



Quelle: Kita-Befragung

Kitas in freier Trägerschaft machen mit etwa 63 % den Großteil des Samples aus, dahinter folgen Kitas in konfessioneller Trägerschaft (12,2 %), Berliner Eigenbetriebe (10,4 %) und Elterninitiativ-Kindertagesstätten (EKT) mit 9,2 %. Inwiefern diese Verhältnisse die Kitalandschaft Berlins widerspiegeln, lässt sich nicht abschließend beurteilen. Der Anteil berlineigener Kitas an der Befragung ist mit 10,4 % jedoch vergleichbar mit dem Gesamtanteil an Berliner Kitas².

4.2.2 Versorgungssituation

Die aktuelle Versorgungssituation spiegelt sich nicht unmittelbar in den Ergebnissen der Befragung wider. Zum einen ist die Anzahl beteiligter Kitas ungleich verteilt und zum anderen ist nicht ausgeschlossen, dass sich die Auslastung der Kita auf die Teilnahmebereitschaft an der Umfrage auswirkt. Dennoch soll zumindest ein grober Überblick darüber gegeben werden, wie sich die Platzsituation bei den befragten Kitas gestaltet, indem der Anteil der Kitas mit freien Kapazitäten dargestellt wird. Konkret bedeutet dies, dass sie zum Zeitpunkt der Befragung angaben, mindestens einen belegbaren Platz mehr zur Verfügung haben als sie aktuell Kinder betreuen.

² Berlineigene Träger machen in der folgenden Übersicht rund 9,8 % (286 von 2.922) aus: https://www.berlin.de/sen/jugend/traegerservice/kitaliste_aktuell.xlsx, 03.09.2025.

Tabelle 3: Anteil der befragten Kitas mit freien Kapazitäten nach Bezirken

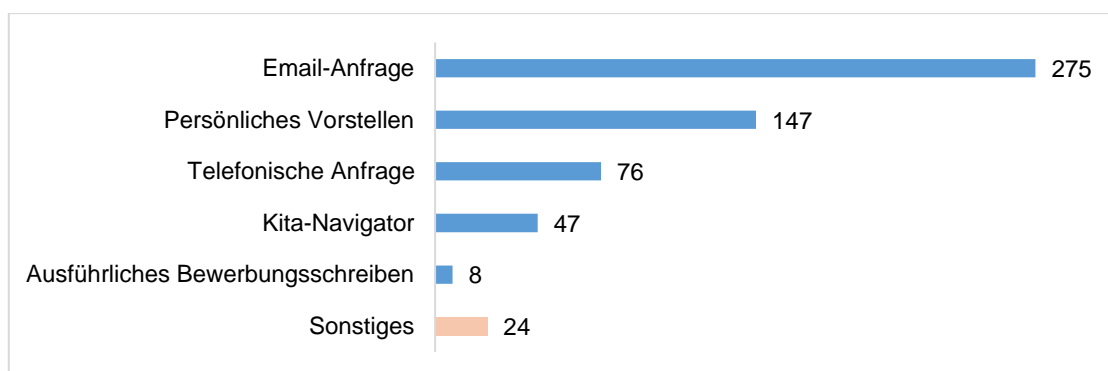
Bezirk	Anteil der an der Befragung teilnehmenden Kitas mit freien Kapazitäten in %	Durchschnittliche Anzahl freier Plätze bei Kitas mit freien Kapazitäten
Neukölln (n = 26)	27	1,7
Spandau (n = 17)	29	0,9
Lichtenberg (n = 12)	42	6,8
Charlottenburg-Wilmersdorf (n = 31)	42	1,1
Mitte (n = 28)	43	2,1
Marzahn-Hellersdorf (n = 27)	44	5,3
Friedrichshain-Kreuzberg (n = 39)	46	5,0
Tempelhof-Schöneberg (n = 26)	46	3,7
Treptow-Köpenick (n = 31)	52	2,8
Steglitz-Zehlendorf (n = 24)	63	3,9
Reinickendorf (n = 13)	69	3,5
Pankow (n = 50)	74	10,1

Quelle: Kita-Befragung

Die bezirkliche Aufschlüsselung der befragten Kitas zeigt, dass bei etwa 74 % der Kitas in dem am stärksten repräsentierten Bezirk Pankow noch freie Kapazitäten vorhanden sind. Auch in den Bezirken Reinickendorf (69 %), Steglitz-Zehlendorf (63 %) und Treptow-Köpenick (52 %) sind über die Hälfte der befragten Kitas nicht vollständig belegt. Ein anderes Bild zeigt sich bei diesem Sample in Spandau (29 %) und Neukölln (27 %) – in diesen Bezirken vermeldet ein Großteil der Kitas keine freien Plätze. Die Umfrageergebnisse sind nicht repräsentativ für die Berliner Kitas. Sie illustrieren aber die beschränkte Aussagekraft bezirklicher Auslastungsquoten und dass die individuellen Situationen der Kitas davon abweichen können. Auch der Zeitpunkt derartiger Erhebungen spielt für die Auslastung eine Rolle, da im Juli üblicherweise ein ganzer Jahrgang die Kita verlässt. In den Monaten April und Mai, in denen die Befragung stattgefunden hat, kann davon ausgegangen werden, dass die Belegung einen hohen Stand erreicht hat.

4.2.3 Bewerbung an Kitas

Abbildung 3: Bevorzugte Formen der Bewerbung um einen Kitaplatz (n = 327; zwei Nennungen pro Teilnehmer*in möglich)



Quelle: Kita-Befragung

Mit 84 % bevorzugt ein Großteil der befragten Kitaleitungen eine Anfrage per E-Mail zur Bewerbung auf einen Kitaplatz. Dahinter folgt das persönliche Vorstellen der Familien, das von rund 45 % der Kitas als eine von maximal zwei bevorzugten Bewerbungsformen genannt wird. Eine telefonische Anfrage auf einen Kitaplatz ist für 76 Kitas eine bevorzugte Option. Damit liegt

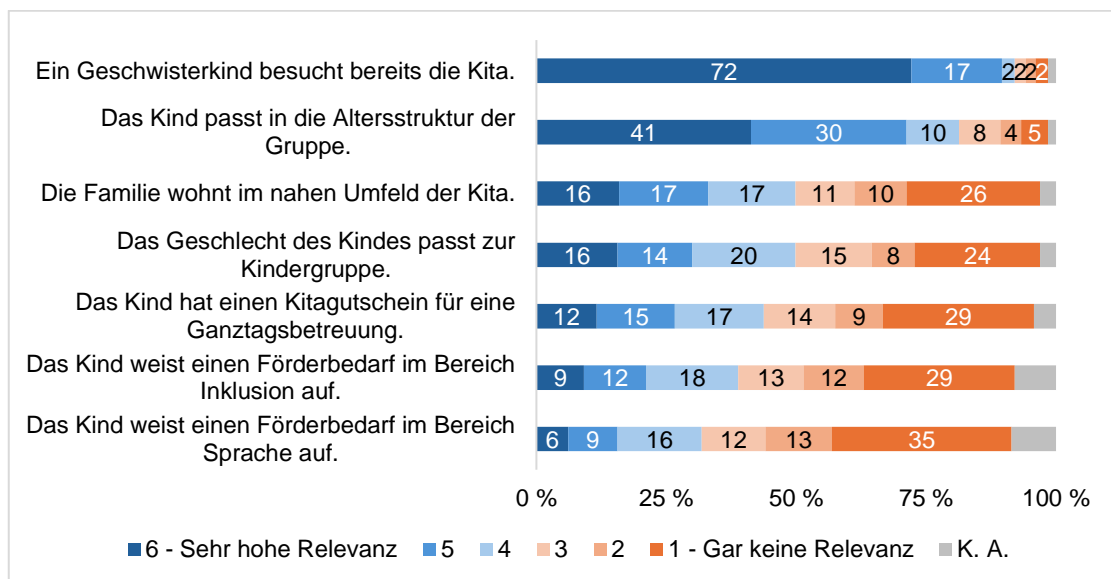
diese Option noch vor der Nutzung des Kita-Navigators. Der Kita-Navigator wird nur von 47 Befragten genannt, was einem Anteil von rund 14 % entspricht. Diese Bewerbungsform wird mit knapp 7 % besonders selten von Elterninitiativ-Kindertagesstätten (EKT) genannt, am höchsten fällt die Zustimmung mit knapp 21 % bei den Eigenbetrieben des Landes Berlin aus. Insgesamt erweist sich diese Onlineplattform damit als wenig beliebt bei den Kitas. Da Eltern von Fachkräften unter anderem zur Nutzung des Kita-Navigators geraten wird und die Kitas ihrerseits zur Verwendung verpflichtet sind, ist die geringe Beliebtheit dieses Tools bei den Kitas als Herausforderung einzustufen. In den Freitexten zur Kategorie „Sonstiges“ wird deutlich, dass einige Kitas auf ihren Websites eigene Anmeldeformulare nutzen, deren Nutzung durch die Eltern sie bevorzugen. Diese Fragmentierung von digitalen Wegen zur Bewerbung, die eine Recherche der kitaeigenen Internetpräsenzen voraussetzt, erschwert die Suche und Bewerbung auf Kitaplätze. Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Kitas unterschiedliche Bewerbungsformen bevorzugen, wodurch Bewerbungsverfahren für Familien uneinheitlich und herausfordernd sind. Dieser Umstand wird sowohl von Eltern wie auch von Expert*innen als wichtige Zugangshürde für Familien in herausfordernden Lebenslagen benannt (vgl. Kap. 6.2).

Etwa 84 % der befragten Kitas führen eigene Wartelisten. Bei knapp 40 % dieser Kitas müssen die Eltern zudem den Aufnahmewunsch regelmäßig erneuern, was ebenfalls eine Hürde für Familien in herausfordernden Lebenslagen darstellt.

4.2.4 Vergabekriterien der Kitas

Bei der Entscheidung zur Vergabe von Kitaplätzen zeigt sich, dass die Kitas bestimmte Aspekte unterschiedlich stark gewichten. Hierzu konnten die Teilnehmenden der Befragung ihre Zustimmung zu bestimmten Aussagen angeben.

Abbildung 4: Relevante Aspekte für eine positive Aufnahmeentscheidung (n = 327)



Quelle: Kita-Befragung

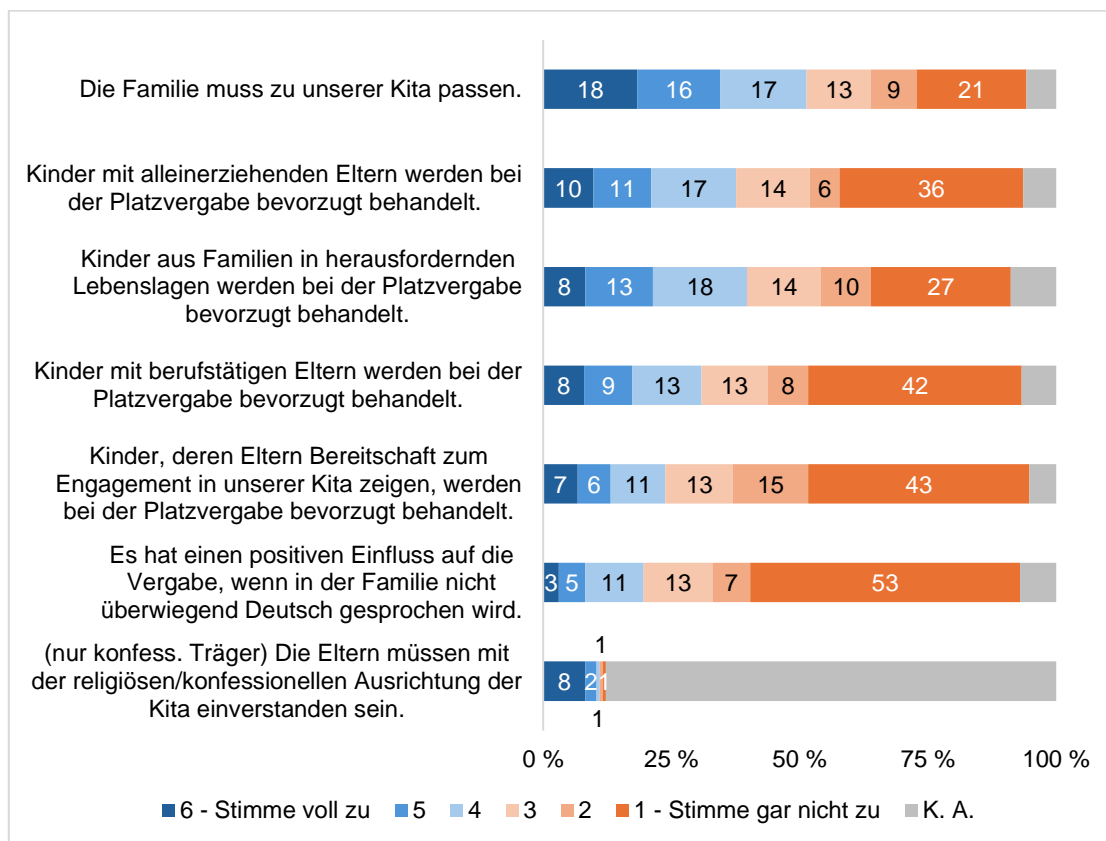
Fast alle Befragten legen großen Wert darauf, Geschwisterkindern den gemeinsamen Besuch ihrer Kita zu ermöglichen. Besucht bereits ein Kind der Familie die Kita, so wird die Platzvergabe an ein nachfolgendes Geschwisterkind in der Regel priorisiert. Das macht es also für Mehrfamilienfamilien grundsätzlich leichter, einen Platz in einer Kita zu bekommen, wenn dort bereits ein Kind der Familie betreut wird. Auch die Passung in die Altersstruktur der Gruppen ist für etwa 80 % der befragten Kitas ein wichtiges Kriterium. Etwa die Hälfte der Kitas bezieht auch den Aspekt ein, inwiefern das Geschlecht des Kindes zur Gruppe passt. Ähnliche Relevanz hat es, wenn die Familie ihren Wohnort im nahen Umfeld der Kita hat. Im Umkehrschluss bedeutet dies allerdings, dass das für die Hälfte der Einrichtungen die Wohnortnähe keine oder eine weniger

große Relevanz hat. Ein Gutschein für eine Ganztagesbetreuung hat in 44 % der befragten Kitas eine (eher) hohe Relevanz. Hinsichtlich bestimmter Förderbedarfe der Kinder messen etwa 40 % der Kitas dem Bereich Inklusion (eher) Bedeutung zu, während es rund 31 % sind, bei denen sich ein festgestellter Förderbedarf im Bereich Sprache (eher) positiv auf die Aufnahme an der Kita auswirkt. Festgestellte Förderbedarfe im Bereich Inklusion und Sprache sind damit die Kriterien, die sich am geringsten auf die Kitaplatzvergabe auswirken.

Nach der Grundlage für die Entscheidung befragt (Mehrfachantworten waren möglich), geben 73 % der Kitas an, dass die Kitaleitungen über die Aufnahme von Kindern entscheiden. Bei einem Drittel der Befragten spielen (zusätzlich) die Richtlinien des Kitaträgers eine Rolle. Knapp 29 % äußerten sich in Freitexten unter „Sonstige“ zu der Frage. In diesen Antworten wird häufig auf eine gemeinsame Entscheidung von Leitung und Gruppenerzieher*innen verwiesen.

Neben den bereits dargestellten Voraussetzungen und Bedürfnissen der Kinder können weitere Faktoren identifiziert werden, die Einfluss auf die Vergabe von Kitaplätzen nehmen.

Abbildung 5: Zustimmung zu Aussagen bezüglich der Kitaplatzvergabe (n = 327)



Quelle: Kita-Befragung

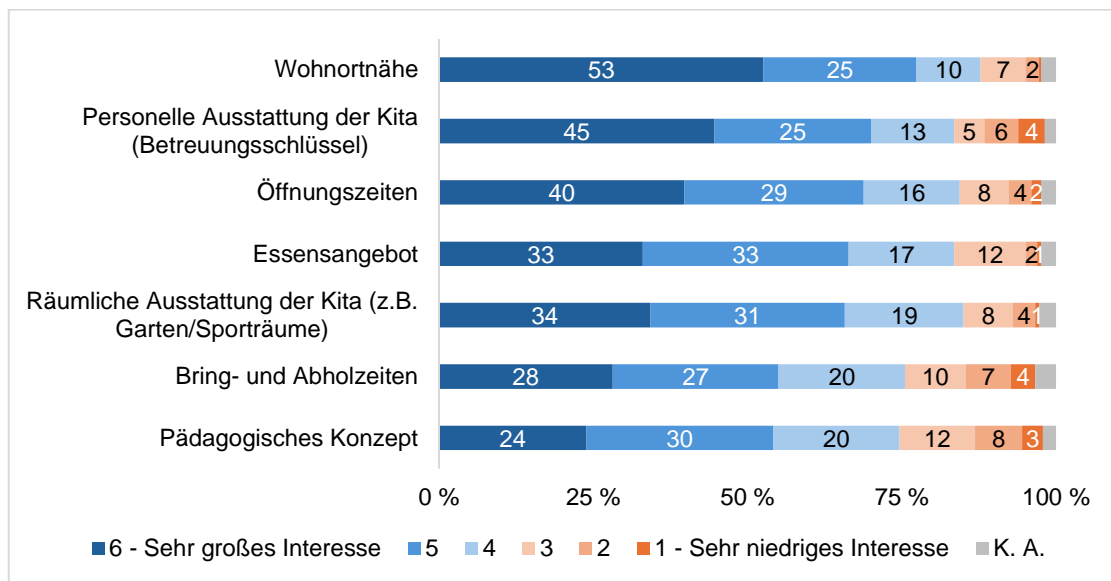
Für über die Hälfte der Befragten ist die Passung der Familie ein wichtiger Aspekt. Mit der Aussage „Die Familie muss zu unserer Kita passen“ wird eine Realität der Vergabepaxis betont, die sich kaum anhand fester und transparenter Kriterien nachvollziehen lässt. Dabei ist die Zustimmung auch abhängig von der Trägerform. Unter den wenigen teilnehmenden EKT ist sie sehr hoch, aber auch Kitas in freier Trägerschaft stimmen hier deutlich stärker zu als Eigenbetriebe des Landes Berlin, für die dieser Aspekt sichtlich weniger relevant ist. Aussagen, nach denen Kinder alleinerziehender Eltern oder solche aus Familien in herausfordernden Lebenslagen bei der Vergabe bevorzugt werden, stimmen jeweils knapp 40 % der teilnehmenden Kitaleitungen (eher) zu. Zugleich gibt ein Großteil der Kitas an, diesen beiden Aspekten gar keine Relevanz beizumessen (36 und 27 %). Die Berufstätigkeit der Eltern hat für 30 % der Kitas einen (eher) positiven Einfluss auf die Vergabe. Eine Bereitschaft der Eltern zum Engagement in der

Kita ist für knapp ein Viertel der Kitas (eher) von Relevanz, wobei unter den EKT 50 % dieser Aussage voll zustimmen. In den selbstorganisierten Einrichtungen ist die Einbindung der Eltern stärker ausgeprägt und das Einbringen von Zeit und Ressourcen mitunter Bedingung für die Aufnahme des Kindes. Die innerhalb der Familie gesprochene Sprache hat nur für wenige Kitas einen Einfluss auf die Aufnahme des Kindes. Für den überwiegenden Anteil konfessioneller Träger ist die Zustimmung der Eltern zur religiösen Ausrichtung der Kita eine wichtige Voraussetzung für die Vergabe eines Kitaplatzes.

4.2.5 Bedarfe und Interessen von Eltern bei der Kitasuche

Um die Bedarfe von Eltern zu erfassen, wurden die Kitaleitungen nach Aspekten gefragt, für die sich Eltern bei Anfragen, Besuchen oder Besichtigungen von Kitas vorrangig interessieren.

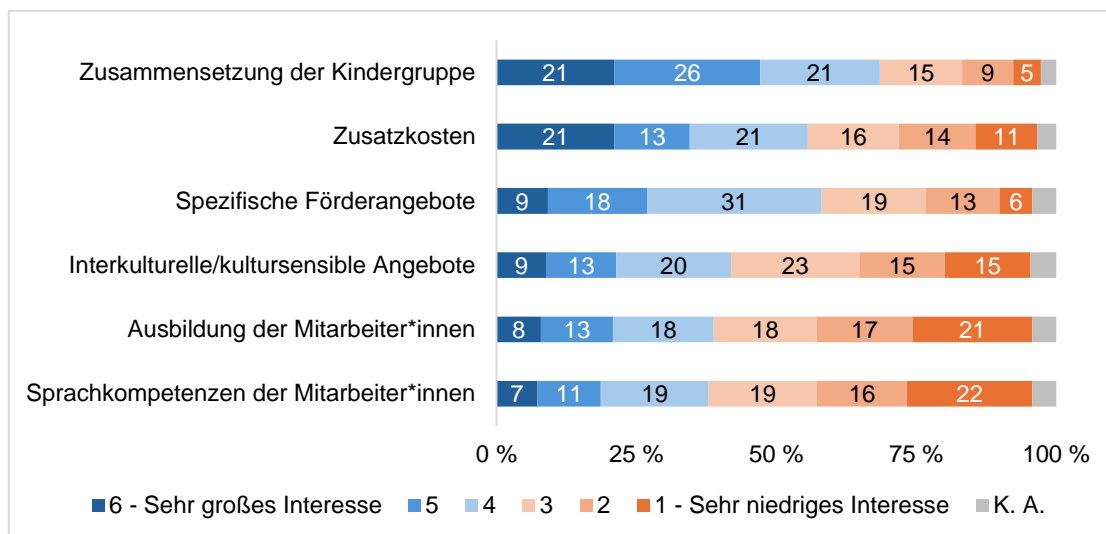
Abbildung 6: Einschätzung der Interessen von Eltern bei Anfragen in Kitas (Teil 1; n = 327)



Quelle: Kita-Befragung

Am wichtigsten für die Eltern schätzen die Befragten die Wohnortnähe der Kita ein – 78 % vergeben hier die zwei höchsten Antwortkategorien. Ähnlich hohe Werte erzielt die personelle Ausstattung der Kita (70 % Kategorien 6 und 5), womit in erster Linie der Betreuungsschlüssel gemeint ist. Die Öffnungszeiten der Kita spielen mit 69 % im Bereich der hohen Zustimmung ebenfalls eine große Rolle. Dies dürfte insbesondere auf berufstätige Eltern zutreffen, für die die Vereinbarkeit von Arbeit und Abholzeiten wichtig ist. In eine ähnliche Kategorie fallen die ebenfalls von 55 % (Kategorie 6 und 5) als wichtig beurteilten Abhol- und Bringzeiten. Informationen zum Essensangebot werden mit 66 % als ähnlich relevant wie die räumliche Ausstattung der Kita (65 %) beurteilt. Nach dem pädagogischen Konzept der Kita fragen Eltern ebenfalls häufig (54 %).

Abbildung 7: Einschätzung der Interessen von Eltern bei Anfragen in Kitas (Teil 2; n = 327)



Quelle: Kita-Befragung

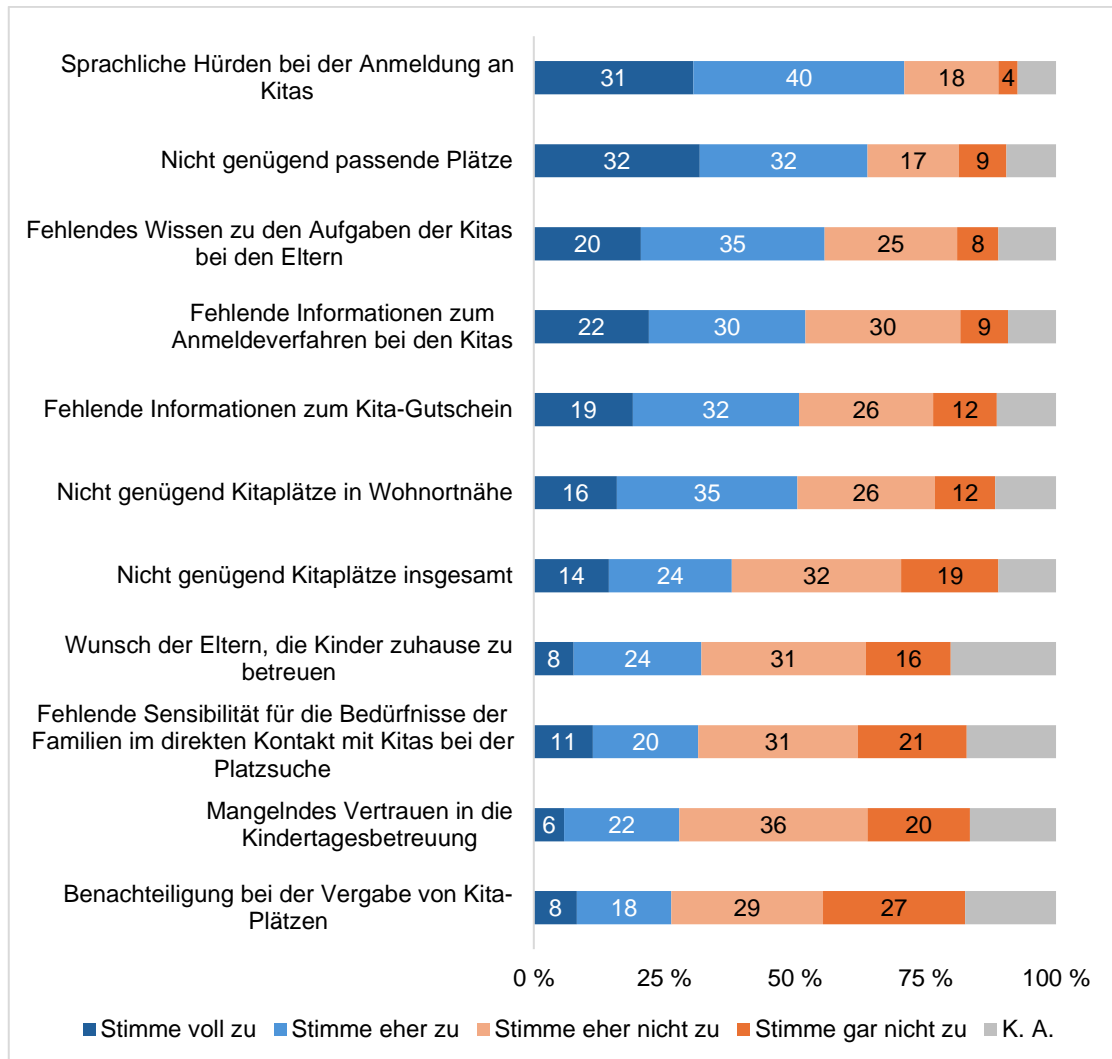
Für die Zusammensetzung der Kitagruppe bestätigen 47 % der Befragten (sehr) großes Interesse seitens der Eltern. Fragen nach Zusatzkosten (34 %) sowie nach spezifischen Förderangeboten (27 %) werden im Vergleich zu den vorherigen Kategorien seltener von den Eltern formuliert. Noch geringer wird das Interesse für interkulturelle bzw. kultursensible Angebote (22 %), die Ausbildung (21 %) und die Sprachkompetenzen (18 %) der Mitarbeiter*innen eingeschätzt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass für die meisten Eltern neben der Erfüllung von praktischen und logistischen Voraussetzungen, wie einer guten Erreichbarkeit der Kita zu passenden Uhrzeiten, auch grundlegende Kriterien wie ein angemessener Betreuungsschlüssel, ansprechende Räumlichkeiten sowie eine angemessene Essensversorgung im Vordergrund stehen.

4.2.6 Hürden für Eltern

Vor allem die Eltern selbst sowie Fachkräfte, die Kontakt zu Eltern ohne Kitaplatz haben bzw. diese begleiten, können Aussagen über die Hürden bei der Suche und Bewerbung auf einen Kitaplatz treffen. Erkenntnisreich kann es darüber hinaus sein, zu betrachten, welche Hürden die Vertreter*innen der Kitas wahrnehmen.

Abbildung 8: Hürden für Familien in herausfordernden Lebenslagen bei der Inanspruchnahme von Kitaplätzen (n = 327)



Quelle: Kita-Befragung

Als größte Hürde für die Inanspruchnahme von Kitaplätzen durch Familien in herausfordernden Lebenslagen sehen 71 % (davon 31 % mit voller Zustimmung) der befragten Kitaleitungen die sprachlichen Hürden im Rahmen der Anmeldung an Kitas. Womöglich ist die hohe Zustimmung in diesem Bereich auch durch eigene Erfahrungen bei der Kommunikation mit Eltern zu erklären, die sich aufgrund fehlender Sprachkenntnisse herausfordernd gestaltet – ein Eindruck, der auch in den Interviews mit Eltern eine große Rolle spielt. Fehlende passende Kitaplätze stellen die Hürde mit der zweitstärksten Zustimmung dar (64 %, die Hälfte davon mit voller Zustimmung). Das kann zum Beispiel bedeuten, dass nicht genügend passende Plätze für das Alter des Kindes oder Plätze für Kinder mit besonderem Förderbedarf vorhanden sind. Dies hebt sich damit zum einen von der Aussage ab, es fehlten Kitaplätze in Wohnortnähe, der 51 % (voll) zustimmen. Zum anderen findet diese Hürde auch deutlich größere Zustimmung als die Aussage, es gäbe generell zu wenig Kitaplätze. Diesem Aspekt stimmen nur 38 % der Befragten zu, was auch für eine aus Sicht der Kitaleitungen insgesamt verbesserte Versorgungslage in Berlin spricht. Eine weitere wichtige Hürde ist aus Sicht von 55 % der teilnehmenden Kitaleitungen fehlendes Wissen zu den Aufgaben der Kitas auf Seiten der Eltern. Ohne ausreichend über die Aufgaben der Kitabetreuung für die Kinder und Familie informiert zu sein, werden Bestrebungen, das Kind dort anzumelden, als gering angenommen. Auch fehlende Informationen zum Anmeldeverfahren an Kitas werden von 52 % als wichtige Hürde gesehen. Ähnlich verhält es sich mit fehlenden

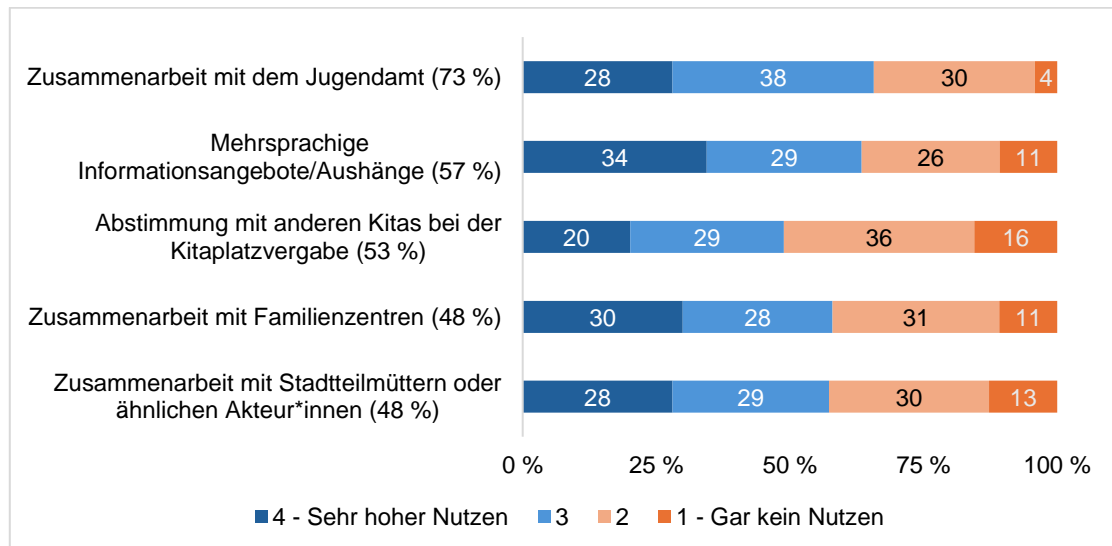
Informationen zum Kita-Gutschein, die 51 % als Hürde wahrnehmen. Mit 32 % sehen fast ein Drittel der Befragten eine Hürde darin, dass einige Eltern den Wunsch hätten, ihre Kinder zu Hause zu betreuen, und deshalb keinen Kitaplatz in Anspruch nehmen. Eine ähnliche Hürde, nämlich die von mangelndem Vertrauen in Kindertagesbetreuung durch Dritte, sehen 28 %. Von Seiten der Kitas konstatieren 31 % selbstkritisch eine mitunter fehlende Sensibilität für die Bedürfnisse der Familien, 26 % nehmen außerdem eine Benachteiligung von Familien in herausfordernden Lebenslagen bei der Vergabe von Kitaplätzen als Hürde wahr.

Insgesamt werden die Hürden von den Kitaleitungen vorrangig in den sprachlichen Barrieren, strukturellen Herausforderungen sowie fehlenden Informationen zu Zugängen zum Kitasystem gesehen. Dies deckt sich mit den Befunden aus den Eltern- und Expert*inneninterviews, die in den folgenden Kapiteln dargestellt werden. Die Aufnahmepraxis von Kitas sowie der Umgang mit den Familien wird eher nachrangig als Hürde wahrgenommen, jedoch auch von immerhin einem Drittel bis einem Viertel der Kitas wahrgenommen. Auch hierzu gibt es Befunde aus den Eltern- und Expert*inneninterviews (vgl. Kap. 5.3 und Kap 6.4).

4.2.7 Unterstützung für Familien beim Zugang

Die an der Befragung teilnehmenden Kitas nutzen unterschiedlich intensiv bestimmte Maßnahmen, um Hürden für Familien in herausfordernden Lebenslagen abzubauen. Auch der jeweilige Nutzen der Maßnahmen wird sehr heterogen beurteilt. Insgesamt kann der Einsatz der in den folgenden zwei Abbildungen dargestellten Maßnahmen als gering bezeichnet werden, was auch damit zu tun haben dürfte, dass viele Kitas noch immer eine hohe Auslastung aufweisen und deshalb kaum Anlass für eine Steigerung der Anfragen oder der Bekanntmachung ihrer Kita sehen.

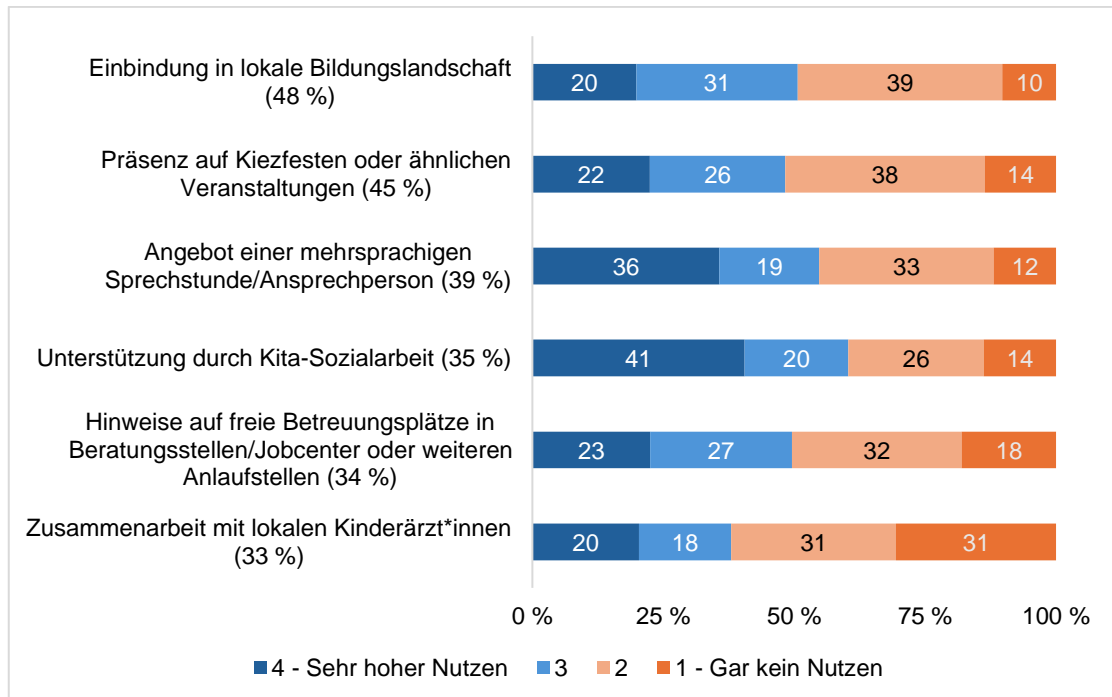
Abbildung 9: Häufigkeit und Nutzen von Maßnahmen zum Abbau von Hürden (Teil 1; Maßnahmen absteigend nach Nutzungshäufigkeit sortiert)



Quelle: Kita-Befragung

Etwa drei Viertel der Kitas geben an, mit dem Jugendamt zusammenzuarbeiten, womit dieser Aspekt die am häufigsten genutzte Maßnahme darstellt. 66 % der Kitas, die diese Kooperation aufgebaut haben, bewerten sie als positiv (Kategorie 3 oder 4). 57 % der Kitas nutzen mehrsprachige Informationsangebote und beurteilen diese zu 63 % als nützlich. Auf die Abstimmung mit anderen Kitas bei der Platzvergabe setzen mit 53 % knapp über die Hälfte der Kitas. Davon messen 49 % dieser Maßnahme einen (sehr) hohen Nutzen zu. Jeweils 48 % der Kitas arbeiten mit Familienzentren bzw. Stadtteilmüttern oder vergleichbaren Strukturen zusammen. Dabei ist die Zufriedenheit in beiden Fällen mit einem Anteil von 57 bzw. 58 %, die darin einen (sehr hohen) Nutzen sehen, deutlich ausgeprägt.

Abbildung 10: Häufigkeit und Nutzen von Maßnahmen zum Abbau von Hürden (Teil 2; Maßnahmen absteigend nach Nutzungshäufigkeit sortiert)



Quelle: Kita-Befragung

Eingebunden in lokale Bildungslandschaften sind 48 % der befragten Kitas. Ein hoher Nutzen für den Abbau von Hürden für Familien in herausfordernden Lebenslagen wird dabei von 51 % gesehen. 45 % der Kitas zeigen Präsenz auf Kiezfesten oder anderen Veranstaltungen, wobei davon 48 % einen hohen Nutzen sehen. Mehrsprachige Sprechstunden bzw. die Verfügbarkeit einer mehrsprachigen Ansprechperson bestehen in 39 % der Kitas. Dieser Faktor wird mit 55 % überwiegend als nützlich für den Abbau von Hürden beurteilt. Noch höher – nämlich mit 61 % – wird der Nutzen durch die Unterstützung der Kitasozialarbeit eingeschätzt. Allerdings ist ein solches Angebot nur an 35 % der Kitas vorhanden. 34 % der befragten Kitas haben auf freie Betreuungsplätze in Jobcentern und anderen Beratungs- und Anlaufstellen hingewiesen und sehen zur Hälfte darin einen (sehr) hohen Nutzen. Ebenfalls ein Drittel arbeitet mit lokalen Kinderarztpraxen zusammen, wobei der Nutzen für die relevante Fragestellung nur von 38 % als hoch eingeschätzt wird. Die am wirksamsten bewerteten Maßnahmen sind somit nicht immer die am weitesten verbreiteten, was auch mit der zum Teil begrenzten Verfügbarkeit von Ressourcen zu tun hat.

4.2.8 Handlungsbedarfe

Im Zuge der Befragung sollten auch von den Kitaleitungen wahrgenommene Handlungsbedarfe dokumentiert werden. Die Möglichkeiten, dies in Freitextantworten zu tun, wurden in umfangreicher Weise genutzt.

Ein wichtiger Bereich umfasst, wie bereits bei den Einschätzungen bezüglich der Hürden für Familien dargestellt, die Sprache und Verständlichkeit von Informationen. Neben dem Angebot zusätzlicher Übersetzungsangebote wird auch vorgeschlagen, den kostenlosen Zugang zu Dolmetschern auszubauen. Damit soll auch das Ziel verfolgt werden, herkunftssprachliche Kommunikation bereits im Erstkontakt zu ermöglichen. Zudem sollten Informationsmaterialien in einfacher Sprache bereitgestellt werden.

Weiteren Handlungsbedarf identifizieren die Befragten im Bereich bürokratischer Hürden und der Koordination verschiedener Institutionen. Zunächst wird hier eine zu lange Wartezeit auf

Kita-Gutscheine kritisiert und auf ein kompliziertes Anmeldeverfahren für einen Platz in einer Kita verwiesen, das sich zudem von Einrichtung zu Einrichtung unterscheidet. Aus Sicht einiger Befragter sollte es eine zentrale Anlaufstelle für Familien für die Platzvergabe geben, bei der eine unkomplizierte Anmeldung bei den weiteren Schritten unterstützt. Eine Notwendigkeit wird zudem in einer besseren Abstimmung zwischen Jugendamt und Kitas mit transparenten Zuständigkeiten gesehen, welche die Kitaplatzsuche und -vergabe vereinfacht. Diese Schnittstellen sollten möglichst in digitaler Form gegeben sein.

Große Handlungsbedarfe werden zudem darin gesehen, Eltern besser für die Bedeutung des Kitabesuchs für ihre Kinder zu sensibilisieren und aufzuklären. Als wichtiger Faktor wird gesehen, das Verständnis über Bildung und frühe Förderung zu kommunizieren, um die Akzeptanz für den Kitabesuch zu erhöhen. Eine frühzeitige Kontaktaufnahme zu Eltern wird als zentral betrachtet, um diese sowohl zu den genannten Themen als auch zu den damit einhergehenden Rechten und Pflichten rund um Kitas zu sensibilisieren.

Bei weiteren Freitext-Antworten der Kitaleitungen wird die Perspektive über spezifische, den Zugang betreffende Herausforderungen hinaus erweitert. Besondere Beachtung findet dabei die personelle Ausstattung der Kitas sowie unterstützender Strukturen. So wird eine deutliche Verstärkung des Personalschlüssels als notwendige Maßnahme ebenso formuliert wie eine Entlastung der Kitaleitungen von Betreuungsaufgaben. Zudem werden geringere Gruppengrößen gefordert, um besser auf Bedürfnisse von Kindern mit Förderbedarfen eingehen zu können – auch die Multiprofessionalität von Teams wird als verbesserungswürdig bewertet. Zudem braucht es aus Sicht der Befragten mehr Fachkräfte für Integrationsarbeit bzw. bessere Möglichkeiten für entsprechende Fortbildungen der Mitarbeitenden. Die Erhöhung von Diversität in den Teams der Kitas stellt einen weiteren genannten Ansatz dar. Unterstützung bei der Stärkung interkultureller Kompetenzen im Umgang mit Familien wird ergänzend als sinnvolle Maßnahme angesehen. Als wichtige Unterstützung innerhalb der Kita erhalten Sozialarbeiter*innen große Wertschätzung, weshalb ein Ausbau der Kitasozialarbeit als weitere Forderung formuliert wird. Auch die Kooperation mit Akteur*innen außerhalb der Kitas, insbesondere mit Stadtteilmüttern, sollte aus Sicht der Kitaleitungen ausgebaut werden.

4.2.9 Fazit

Die Befragung zeigt Hürden innerhalb des Kitasystems aus Sicht der Kitaleitungen auf, die den Zugang für Familien in herausfordernden Lebenslagen erschweren.

Uneinheitliche Bewerbungsverfahren, die sich hinsichtlich der Anforderungen und Zugangswege unterscheiden, machen die Suche nach einem Kitaplatz für Familien in herausfordernden Lebenslagen besonders schwer. Je weniger standardisiert und niedrigschwellig sich das geforderte Format der Bewerbung gestaltet, desto größer die Hürden für die Eltern. Auch die Auswahlkriterien der Kitas sind uneinheitlich, werden nicht immer anhand transparenter Kriterien getroffen und nehmen nicht immer Rücksicht auf die besondere Situation der Familien.

Sprachliche Hürden für die Kommunikation mit Kitas sowie fehlende Informationen zur Bedeutung des Kitabesuchs sowie der Bewerbung darauf sind aus Sicht der Kitaleitungen die zentralen Aspekte, die es den Familien erschweren, einen Kitaplatz bekommen. Diese Befunde werden durch die Ergebnisse aus den Eltern- und Expert*inneninterviews bestätigt, die in den folgenden Kapiteln (Kap. 5, 6, 7 und 8) dargestellt werden.

Die Kitas äußern sich überwiegend positiv zur Zusammenarbeit mit Akteur*innen, die den Zugang für solche Familien erleichtern können (z.B. Stadtteilmütter). Zugleich ist die Verbreitung solcher Kooperationen ausbaufähig und an vielen Kitas noch nicht etabliert. Hierzu gibt es weitere Befunde, die in Kapitel 8 dargestellt werden.

5 ELTERNPERSPEKTIVEN: FALLBEISPIELE UND ANALYSEN

Nachdem im vorangehenden Kapitel die Sichtweisen von Kitaleitungen dargestellt wurden, stehen in diesem Kapitel die Perspektiven von Eltern im Mittelpunkt, die insbesondere mittels (Kurz-)Interviews erhoben wurden. Einerseits werden Betreuungswünsche und -bedarfe sowie Ängste und Sorgen der Eltern zusammenfassend dargestellt. Andererseits werden Zugangshürden für Familien in herausfordernden Lebenslagen entlang von fünf exemplarischen Fallbeispielen diskutiert, die jeweils in Bezug auf die Gesamtheit der Elterninterviews einordnend diskutiert werden.

5.1 SAMPLEBESCHREIBUNG

Insgesamt wurden 52 Interviews mit Eltern sowie ein Gruppengespräch mit acht weiteren Eltern³ geführt, darunter mehrheitlich Mütter. Die Interviews wurden im Falkenhagener Feld (Spandau), in Hellersdorf-Nord (Marzahn-Hellersdorf) sowie in Gropiustadt, Buckow und Nord-Neukölln (alle Neukölln) geführt.

Mit einer Ausnahme waren alle Befragten auf der Suche nach einem Kitaplatz oder hatten diesen bereits gefunden. Lediglich eine Mutter war sich noch unsicher, ob und wann sie ihr Kind in die Kita geben wollte. Von den 52 befragten Eltern hatten 14 Familien (noch) keinen Kitaplatz für ihre Kinder gefunden. 32 Familien hatten für ihre Kinder bereits einen Kitaplatz gefunden. Sechs Familien hatten Kinder, die eine Einrichtung der Sprachförderung besuchen.

Die Suche nach einem Kitaplatz fand bei 42 von den befragten Eltern aktuell oder kürzlich statt (2024 bis 2025), bei 10 der befragten Familien fand die Suche vor 2024 statt.

Da viele der Interviews von Stadtteilmüttern geführt wurden, sind besonders viele (neu) zugewanderte Familien vertreten, bei denen vor allem die Sprachbarrieren und der Wunsch nach Spracherwerb eine Rolle für den Zugang zu frühkindlicher Bildung spielen.

Ergänzend haben wir auch mit den Stadtteilmüttern Gruppeninterviews (G-Stm 1–3) sowie Nachgespräche zu den von ihnen geführten Interviews geführt (Stm 1–5). Die Interviews mit Stadtteilmüttern verdeutlichen einerseits Überschneidungen mit den bereits aus Elterninterviews bekannten Hürden, andererseits gewähren sie zusätzliche Einblicke, da Stadtteilmütter die Erfahrungen vieler Familien bündeln und reflektieren und auch eigene Erfahrungen als Mütter in ihre Reflexionen einfließen lassen. Ihre Perspektiven liefern damit eine verdichtete Sicht auf wiederkehrende Muster, institutionelle Barrieren, Erwartungen und Ängste sowie Unterstützungsbedarfe. Die Perspektiven der Stadtteilmütter haben wir darum sowohl in die „Elternperspektiven“ (hier folgend) als auch in die Analyse der Hürden und der erfolgreichen Strategien und förderlichen Faktoren (Kap. 6, 7 und 8) einfließen lassen.

5.2 BETREUUNGSWÜNSCHE UND -BEDARFE DER ELTERN

Die befragten Eltern formulieren ihre Entscheidung für einen Kitabesuch ihrer Kinder überwiegend aus einer Bildungs-, Entwicklungs- und Alltagsorientierung heraus. Es zeigt sich, dass sich hier die Bedarfe und Wünsche von Eltern in herausfordernden Lebenslagen in Berlin in vielen Punkten mit denen aller Berliner Eltern überschneiden (Berliner Familienbeirat 2025).

Eltern verbinden mit der Kita große Erwartungen. Häufig wird sie als wichtiger Ort der Schulvorbereitung gesehen: „Die Eltern sagen, die Kinder sollen in der Kita lernen, was sie später in der

³ Die acht Frauen, die an einem Sprachcafé teilnahmen, wurden nicht einzeln nach ihrer Kitaplatzsituation befragt, sie fließen darum nicht in die Auswertung mit/ohne Kitaplatz ein. Insgesamt schilderten sie jedoch große Schwierigkeiten bei der Kitaplatzsuche, insbesondere auch im Zusammenhang mit Sprachbarrieren.

Schule brauchen“ (Stm 2). Eine andere Mutter betont: „Auf jeden Fall soll das Kind in die Kita, so schnell wie möglich. Für eine bessere und leichtere Eingewöhnung in der Schule.“ (EI 28). Die Vorbereitung auf die Schule wurde von mehreren Eltern als bedeutend für den Kitabesuch genannt (z.B. EI 2, EI 3, EI 16, EI 17, EI 26, EI 28).

Auch die Sprachförderung steht im Vordergrund: „Sie wollen, dass die Kinder besser Deutsch sprechen und nicht mit Sprachproblemen in die Schule kommen“ (Stm 3). Von den befragten Eltern wird häufig der Wunsch genannt, dass die Kinder in der Kita die deutsche Sprache erlernen, um später in der Schule erfolgreich zu sein. Eine Mutter beschreibt dies so: „Ich möchte, dass sie Deutsch lernen, Kontakte mit Gleichaltrigen haben und ihr Selbstbewusstsein stärken“ (EI 10). Gleichzeitig erleben Familien auch Enttäuschungen, wenn die Einrichtungen diese Erwartungen nicht erfüllen können (siehe Kap. 5.4, Fallbeispiel Familie D).

Die Kita wird zudem als zentraler Ort für soziale Kontakte und zur Förderung des sozialen Miteinanders gesehen. Viele der befragten Eltern betonen, dass Kinder dort Freundschaften schließen, soziale Regeln erlernen und sich so besser in Gemeinschaften einfügen können: „Kinder brauchen Kinder zum Spielen. Sie lernen Regeln, die Sprache und zu teilen“ (EI 25). Schließlich spielt auch die Entlastung der Eltern eine Rolle, etwa um Arbeit aufzunehmen, Sorgearbeit zu bewältigen oder Sprachkurse zu besuchen: „Ich kann danach einen Deutschkurs besuchen, um die Sprache zu lernen“ (EI 28). Gerade auch für Eltern mit gesundheitlichen Belastungen ist die Betreuung der Kinder eine wichtige Entlastung (siehe Kap. 5.4, Fallbeispiel Familie B).

In Bezug auf konkrete Betreuungswünsche für das eigene Kind nennen mehrere Eltern vor allem die wohnortnahe Lage der Kita, um kurze und sichere Wege zu gewährleisten: „Wichtig war mir die Nähe zum Wohnort“ (EI 10, auch EI 8, EI 11, EI 12, EI 13, EI 20, EI 22, EI 23, EI 27, EI 32). Dies deckt sich mit dem Eindruck der standardisiert befragten Kitaleitungen und den interviewten Expert*innen, die ebenfalls angegeben haben, dass Wohnortnähe für Eltern eine große Rolle spiele. Insbesondere für Eltern mit mehreren Kindern oder für zugezogene Familien mit mangelndem Orientierungswissen in der Stadt und Sprachbarrieren ist die Wohnortnähe von Relevanz. So schildert z.B. eine Mutter von fünf Kindern im Interview (EI 27) die logistische Herausforderung, die sich daraus ergibt, dass die Kinder im Alter von acht und sieben Jahren die Schule besuchen, das Sechsjährige bereits in einer Kita ist, in der es keinen freien Platz für das dreijährige Kind gibt, für das sie aktuell einen Kitaplatz sucht, und sie sich gleichzeitig noch um das Baby (12 Monate) kümmern muss. Sie muss die Kinder alleine abholen, während ihr Mann noch bei der Arbeit ist. Außerdem würde sie gerne einen Deutschkurs besuchen.

Weitere befragte Eltern wünschen sich einen naturnahen Außenbereich oder einen Garten, wie eine Mutter hervorhebt: „Mir war auch ein Garten wichtig“ (EI 6). Für Kinder mit erhöhtem Unterstützungsbedarf, etwa aufgrund von Entwicklungsverzögerungen, wünschen Eltern gezielte Förderung und entsprechend geschultes Personal.

Darüber hinaus spielt für manche die pädagogische Ausrichtung der Einrichtung eine Rolle. Auch hier wird von Eltern häufig die Vorbereitung auf die Schule als wichtiges Kriterium genannt. Eine Mutter wünscht sich zum Beispiel „mehr Vorbereitung auf die erste Klasse“ (EI 7), während andere Wert auf Konzepte legen, die Selbstständigkeit und soziales Miteinander fördern. In einzelnen Fällen wird auch die Zusammensetzung der Gruppe thematisiert – etwa der Wunsch nach einer Kita mit Kindern ähnlichen Alters oder mit sprachlich „durchmischten“ Gruppen, damit Kinder nicht-deutscher Herkunftssprache die Gelegenheit haben, im Spiel mit anderen Kindern die deutsche Sprache zu erlernen (EI 45). Einige Eltern äußern auch den Wunsch nach mehr Verständnis und Respekt für Familien mit Sprachbarrieren, also nach Kitakzepten mit diversitätsorientierter Ausrichtung. Mehrsprachigkeit wird von einigen Interviewten als bedeutend beschrieben – sowohl in Form von deutschsprachiger Förderung als auch in Form von zwei- oder mehrsprachigen Konzepten oder durch Erzieher*innen, die die Familiensprache der Kinder sprechen (EI 1).

5.3 SORGEN UND ÄNGSTE DER BEFRAGTEN ELTERN

Unter den befragten Eltern gab es nur eine Mutter, die noch unsicher war, ob und wann sie ihr Kind in die Kita geben möchte. Bei den Eltern, deren Kinder eine Einrichtung der Sprachförderung besuchen, war in fünf Fällen die spät begonnene (ab drei Jahren) und nicht erfolgreiche Suche nach einem Kitaplatz der Grund dafür, dass die Kinder keine Kita besuchten. In einem Fall bleibt dies unklar.

Insgesamt kann also gesagt werden, dass die befragten Eltern mehrheitlich Vorteile im Kitabesuch ihrer Kinder sehen. Gleichzeitig äußern Eltern aber auch Sorgen in Bezug auf den Kitabesuch. Dazu zählen Ängste vor Trennungs- und Eingewöhnungssituationen: „Ich habe Angst, wie die Trennung/Eingewöhnung verlaufen wird“ (EI 20). Weitere Befürchtungen betreffen die Sicherheit und das Wohlergehen der Kinder, etwa ob sie gut beaufsichtigt und respektvoll behandelt werden: „Ich mache mir Sorgen, dass mein Kind schlecht behandelt wird“ (EI 16); „Eine Mutter sagte, sie hat Angst, dass ihr Kind geschlagen wird“ (Stm 4). Andere zweifeln daran, dass ihre Kinder verstanden werden, wenn sie wenig Deutsch sprechen. Von mehreren Eltern werden Sprachbarrieren als mögliches Hindernis gesehen, wenn Kinder ihre Bedürfnisse nicht äußern können: „Ich mache mir Sorgen, dass sich mein Sohn mit den Kindern und Erziehern nicht verständigen kann“ (EI 28). Einzelne Eltern thematisieren auch die Angst vor Diskriminierung aufgrund von Herkunft oder Sprache: „Ich denke darüber nach, ob er diskriminiert wird, weil er kein Deutscher ist“ (EI 20). Mehrere Stadtteilmütter schildern, dass Familien mit rassifizierten Zuschreibungen häufiger Ablehnungen oder unfreundliche Behandlungen erfahren. Eine Stadtteilmutter berichtet über eine Mutter: „Sie dachte, sie kann keinen Platz finden, weil sie kein Deutsch kann und weil sie nicht Deutsche sind“ (Stm 1). Die Stadtteilmütter betonen, dass das Thema Sprachbarrieren oft mit Gefühlen und Erfahrungen von Ablehnung und Diskriminierung verbunden ist:

„Man fühlt es. Ich bringe und hole mein Kind jeden Tag. Und dann kommen die anderen Eltern. Das Verhalten gegenüber den anderen Eltern ist total anders als mit mir. Das ist das, was so sehr stört. Das bleibt. Man braucht nicht was zu hören. [...] Bei der Abholung erfahren die Eltern immer diese Gefühle. Die negativen Gefühle bekommen sie da.“ (Stm 3)

Schließlich wird auch die Qualität einzelner Einrichtungen kritisch bewertet, insbesondere in Bezug auf Personalmangel, fehlende Förderung sowie unzureichende Hygiene oder Organisation. Eine befragte Mutter berichtet von „schlechten Zuständen“ in den Kitas (EI 12).

Darüber hinaus nennen einige Eltern Bedenken gegenüber einem sehr frühen Kitaeinstieg, insbesondere vor dem zweiten Lebensjahr. Sie befürchten, dass eine frühe außerfamiliäre Betreuung die Entwicklung grundlegender Bindungen, des Vertrauens und der Selbstwahrnehmung beeinträchtigen könnte. Eine Mutter bringt dies so zum Ausdruck:

„Ich habe keine Sorgen, aber: Ich finde, das Kind sollte ungefähr bis drei Jahre bei der Mama sein. Mit drei kann er dann auch mit anderen Kindern spielen. Und er kann darüber sprechen, was in der Kita passiert.“ (EI 45)

Einige Eltern haben Angst, dass sie nicht mitbekommen, wenn die Kinder in der Kita schlecht behandelt werden (s.o.), weil die Kinder es noch nicht erzählen können. Diese Einschätzung ist häufig mit dem Hinweis verbunden, dass jüngere Kinder ihre Bedürfnisse noch nicht klar artikulieren können, was die Eingewöhnung erschwert. Für diese Eltern überwiegt der Nutzen eines späteren Einstiegs, wenn das Kind sprachlich, sozial und emotional weiterentwickelt ist.

In den Interviews mit den Stadtteilmüttern wurden auch Vorbehalte thematisiert, die teilweise durch Fehlinformationen verstärkt werden: „Es gibt viele Videos im Internet, die Eltern Angst machen. Manche glauben, in Kitas würden Kinder nackt zusammengebracht“ (Stm 5). Über diese Ängste hinaus berichten Stadtteilmütter von einem generellen Vertrauensdefizit: „Viele Eltern sagen, wir wissen nicht, wem wir unser Kind geben können“ (Stm 2). Besonders einige Familien mit Migrationsgeschichte, die schlechte Erfahrungen mit Kitas oder Behörden gemacht

haben, bringen Ängste mit: „Wenn das Jugendamt sagt: wir helfen – die Eltern glauben das nicht. Sie denken, das Jugendamt will ihnen die Kinder wegnehmen“ (Stm 5).

5.4 FALLBEISPIELE

Der Zugang zu frühkindlicher Bildung ist in Deutschland rechtlich verankert. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass gerade Familien in herausfordernden Lebenslagen auf zahlreiche Hürden stoßen. 39 von 52 der befragten Eltern berichteten von Schwierigkeiten bei der Suche, sehr häufig in Verbindung mit Sprachbarrieren. Auch im Gruppeninterview (G-EI) waren Schwierigkeiten bei der Suche im Zusammenhang mit Sprachbarrieren sehr präsent.

Die Schwierigkeiten beim Zugang wurden bereits im Forschungsüberblick thematisiert (Kap. 3) und werden in den Kapiteln 6 und 7 nochmals vorrangig aus Sicht der befragten Expert*innen für die spezifische Situation in Berlin erläutert. Die von uns geführten Interviews mit Eltern verdeutlichen, dass strukturelle, gesellschaftliche und familiäre Faktoren dabei häufig zusammenwirken und den Weg in die Kita erheblich erschweren. Um diese Erfahrungen sichtbar zu machen, werden im Folgenden fünf Fallbeispiele vorgestellt. Sie zeigen exemplarisch, für welche Kinder und Familien der Zugang besonders schwierig ist, welche Barrieren dabei eine Rolle spielen und wie sie überwunden werden konnten – oder auch nicht. Da die Fallbeispiele auf jeweils einem Kurzinterview beruhen (siehe Kap. 2 und Kap.5.1) sind nur wenige biografische Angaben zu den Familien vorhanden.

5.4.1 Familie A – Hürden durch Sprachbarrieren und fehlende Alphabetisierung der Eltern

Familie A (EI 31) hat vier Kindern im Alter von sieben Monaten sowie drei, vier und fünf Jahren. Während Herr A berufstätig ist, kümmert sich seine Frau, die nicht berufstätig ist, um die Kinder. Beide Eltern sind nicht alphabetisiert und verfügen über geringe Deutschkenntnisse. Sie leben seit 2022 in Berlin in einer Unterkunft für Geflüchtete.

Obwohl sie sich sehr um Plätze bemüht hatten, gestaltete sich die Suche nach Kitaplätzen für die Eltern als äußerst schwierig:

„Wir haben die Kinder erst so spät in die Kita geschickt, da es bis jetzt für uns schwierig war, Kitaplätze zu finden. Wir waren viel persönlich vor Ort, um die Kinder in einer Kita anzumelden, aber irgendwie vielleicht wegen der Sprache oder vielleicht auch aus anderen Gründen haben wir keine Antwort bekommen.“ (EI 31)

Ein Wendepunkt im Zugang zur Kita war der Kontakt zur Stadtteilmutter, den Herr A beim Erstbesuch durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD) nach der Geburt des jüngsten Kindes knüpfen konnte. Durch die Unterstützung hat die Familie letztendlich für alle drei Kinder einen Platz in einer Kita gefunden, die zehn Gehminuten von der Unterkunft entfernt ist.

Die Stadtteilmutter begleitete die Familie aktiv und vermittelte nicht nur Informationen, sondern unterstützte auch konkret bei der Kitaplatzsuche. Auch eine Freundin sowie ein hilfsbereiter Nachbar halfen bei der Orientierung, insbesondere bei der Nutzung des Internets – mit dem Herr A selbst keine Erfahrung hat. Im Rückblick betont er, wie entscheidend diese individuelle Unterstützung für seine Familie war: „Ohne die Frauen wäre es viel schwieriger gewesen“ (EI 31).

Herr A hebt hervor, dass er den Kitabesuch insbesondere für die sprachliche Entwicklung seiner Kinder, das gemeinsame Spielen mit Gleichaltrigen und eine altersgerechte Förderung für bedeutsam hält. Die Zusage von den Kitaplätzen für seine drei älteren Kinder wurde von ihm sehr positiv aufgenommen, zugleich äußert er die Sorge, ob die sprachliche Verständigung mit Erzieher*innen und anderen Kindern gelingen wird.

EINORDNUNG

Der Fall von Familie A verdeutlicht exemplarisch, wie Sprachbarrieren, fehlende Alphabetisierung und digitale Barrieren den Zugang zur Kindertagesbetreuung erschweren können. Trotz wiederholter persönlicher Vorsprachen bei Kitas gelang es den Eltern zunächst nicht, ihre Kinder unterzubringen. Auch in anderen Interviews wird deutlich, dass fehlende Sprachkenntnisse und mangelnde Erfahrung mit digitalen Anmeldeverfahren zentrale Hindernisse sind. Für nicht alphabetisierte Eltern ist eine selbstständige Kitaplatzsuche, die eine digitale oder schriftliche Anmeldung erfordert, praktisch nicht möglich.

Zugleich zeigt der Fall, wie entscheidend individuelle Unterstützung ist. Erst durch die Begleitung einer Stadtteilmutter, vermittelt durch den KJGD, und die Hilfe von Bekannten konnte die Familie erfolgreich Plätze für ihre Kinder erhalten. Dieses Muster wiederholt sich in vielen Gesprächen: „Ohne Hilfe hätte ich aufgegeben“ (EI 22), erklärt eine Mutter, während eine andere hervorhebt, dass sie die Anmeldung „nur mit Unterstützung geschafft“ hat (EI 15). Die Rolle von Stadtteilmüttern, Nachbar*innen oder anderen Bezugspersonen erweist sich damit als Schlüsselressource (siehe Kap. 8.1).

Besonders hervorzuheben ist, dass Familie A schließlich drei Kinder in derselben Einrichtung unterbringen konnte. Dies bedeutet eine große Entlastung für den Alltag der Eltern. Andere Eltern schildern dagegen die logistische Belastung, wenn Geschwisterkinder getrennt betreut werden: „Es wäre besser, wenn die Kinder in einer Kita sind“ (EI 8).

Der Fall macht zugleich deutlich, dass niedrighschwellige Informationen und feste Ansprechpersonen insbesondere in Unterkünften für Geflüchtete entscheidend sind, um Barrieren zu verringern. Vergleichbare Hinweise finden sich auch in anderen Interviews, etwa wenn Eltern berichten, dass sie „keine Informationen bekommen haben“ (EI 19) oder „nicht wissen, wohin man gehen soll“ (EI 6) oder Erfahrungen mit Ablehnungen aufgrund von Sprachbarrieren machen (EI 5).

Insgesamt zeigt der Fall der Familie A, wie sehr Zugangsbarrieren durch nicht vorhandene Alphabetisierung, Sprach- und Digitaldefizite, fehlende Informationen und die besondere Lebenslage von geflüchteten Familien verstärkt werden können. Gleichzeitig unterstreicht er, welche Entlastung es für Eltern bedeutet, wenn mehrere Kinder gemeinsam wohnortnah betreut werden und wie wichtig unterstützende Strukturen für das Gelingen des Zugangs sind.

5.4.2 Familie B – Betreuungsbedarf aufgrund von Krankheit und Hürden im Zugang von Kindern über drei Jahren

Frau B (EI 28) ist Mutter von zwei Kindern: einer 17-jährigen Tochter, die zur Schule geht, und einem viereinhalbjährigen Sohn, der bislang keinen Kitaplatz hat. Obwohl sie nicht alleinerziehend ist, trägt sie einen großen Teil der familiären Verantwortung. Frau B nennt viele Gründe für ihren dringenden Bedarf an einem Kitaplatz – sowohl zur sozialen Förderung des Sohnes als auch zu seiner sprachlichen Vorbereitung auf die Schule, da die Eltern nur geringe Deutschkenntnisse haben.

Besonders schwer für den Betreuungswunsch wiegt jedoch die gesundheitliche Situation der Mutter: Sie befindet sich aktuell in Chemotherapie und muss regelmäßig zu Arztterminen. In dieser Zeit muss sie Betreuung für ihren Sohn organisieren oder ihn mitnehmen, was sie als belastend für sich und ihr Kind empfindet. Der Junge selbst äußert ebenfalls den Wunsch, in die Kita zu gehen, da er bisher keine Freund*innen zum Spielen hat.

Zu diesen persönlichen Herausforderungen kommen strukturelle Barrieren hinzu. Frau B schildert, dass sie seit längerer Zeit intensiv nach einem Platz sucht – bislang erfolglos. Sie hat viele Kitas kontaktiert, sowohl per E-Mail als auch im direkten Gespräch vor Ort. Sie war mit der Stadtteilmutter beim Jugendamt, ihr Sohn wurde dort bereits im September 2024 auf eine Warteliste gesetzt. Doch auch Monate später gibt es keine Rückmeldung:

„Die Suche war und ist sehr schwer, da mein Sohn ein Alter hat, wo selten Kitaplätze frei sind. Ich habe E-Mails an viele Kitas gesendet und bin auch persönlich hingegangen, aber bis jetzt gab es noch keine Rückmeldung“ (EI 28).

Die Sprachbarrieren der Eltern erschweren nicht nur die Kommunikation mit Einrichtungen, sondern auch die eigene Informationssuche. Frau B ist auf Unterstützung durch Übersetzungen angewiesen. Neben dem Internet nutzt sie die Hilfe von Familie, Freund*innen und Stadtteilmüttern – Letztere engagieren sich stark, konnten bisher aber ebenfalls keine konkrete Lösung erreichen.

Sollte ihr Sohn einen Kitaplatz bekommen, möchte Frau B einen Deutschkurs besuchen, um ihren Alltag sprachlich besser bewältigen zu können. Sie äußert allerdings Sorgen, dass ihr Sohn sich zunächst schwertun könnte mit der Verständigung in der Kita – sowohl mit anderen Kindern als auch mit dem pädagogischen Personal.

EINORDNUNG

Während Frau B auf dringend benötigte Entlastung angewiesen ist, wird die Suche nach einem Platz durch strukturelle Engpässe im Stadtteil blockiert: Wartelisten sind lang, insbesondere für Kinder im Alter über drei Jahren, da für diese Gruppe seltener Plätze frei werden. Einige der befragten Eltern möchten ihre Kinder nicht vor einem Alter von drei Jahren fremdbetreuen lassen:

„Meine Tochter ist erst mit vier Jahren in die Kita gekommen, weil es keinen Kitaplatz für mein Kind gab, ich habe mein Kind in vielen Kitas angemeldet. Ich habe angefangen, als mein Kind drei Jahre alt war, da ich es vorher nicht in die Kita geben wollte.“ (EI 26)

Bei anderen ergibt sich die Suche nach Kitaplätzen für Kinder ab drei Jahren durch einen Umzug innerhalb Berlins oder durch den Zuzug der Eltern nach Berlin. Auch der Übergang von der Tagespflege in die Kita führt bei einigen Fällen (EI 34, EI 39) zu Schwierigkeiten bei der Platzsuche:

„Mein Kind ist später in die Kita, weil er in einer Tagesmutter-Gruppe war und dort dürfen Kinder nur bis drei Jahren bleiben. Ich habe ein Jahr lang nach einem Platz in der Kita gesucht.“ (EI 34)

In allen Fällen erweist sich die Suche nach einem Kitaplatz für ältere Kinder als besonders schwierig.

Neben diesen strukturellen Faktoren kommen auch in diesem Fall sprachliche Barrieren hinzu. Frau B ist in vielen Situationen auf Unterstützung angewiesen, sei es durch die Stadtteilmutter, Freund*innen oder Familienangehörige. Ohne diese Hilfe könnte sie weder E-Mails verfassen noch sich im Gespräch mit Einrichtungen verständigen. Damit zeigt sich, dass selbst bei hohem eigenem Engagement die Suche ohne unterstützende Netzwerke kaum Aussicht auf Erfolg hätte. Diese Abhängigkeit von Dritten schildern auch andere Eltern, wie bereits im Fallbeispiel von Familie A deutlich wurde.

Der Fall macht zudem deutlich, wie ein fehlender Kitaplatz unmittelbar in den Familienalltag hineinwirkt: Arzttermine, Krankenhausaufenthalte und die Betreuung eines Kindes führen zu einer massiven Mehrfachbelastung für die Mutter. Diese Belastung schildert auch eine Großmutter, die die Sorge für ihr Enkelkind übernommen hat und ebenfalls aufgrund gesundheitlicher Belastungen dringend auf Unterstützung angewiesen war: „Das Familienzentrum hat mir geholfen, sie haben gesehen, dass ich sehr erschöpft war, und haben den dringenden Bedarf gesehen und mir so einen Platz besorgt“ (EI 48).

Insgesamt verdeutlicht der Fall der Familie B, wie sich strukturelle Barrieren, gesundheitliche Belastungen und sprachliche Hürden gegenseitig verstärken. Der dringende Betreuungsbedarf bleibt unerfüllt, obwohl erhebliche Eigeninitiative und Unterstützung durch Stadtteilmütter vorhanden sind.

5.4.3 Familie C – Erschwerter Zugang nach Umzug und Herausforderungen Alleinerziehender

Frau C (EI 27) ist alleinerziehende Mutter von vier Kindern im Alter von zwei, sechs, neun und elf Jahren. Die beiden älteren Kinder besuchen bereits die Schule. Der sechsjährige Sohn besucht aktuell eine Sprachfördereinrichtung, während das jüngste Kind seit November 2024 eine Kita in der Nähe des neuen Wohnorts besucht. Die Suche nach einem Kitaplatz für den sechsjährigen Sohn gestaltete sich als besonders schwierig. Frau C berichtet, dass es keine freien Plätze für Kinder im Vorschulalter und mit zusätzlichem Sprachförderbedarf gab. Nach einem Umzug der Familie von einem ans andere Ende der Stadt (über eine Stunde Fahrtdauer mit öffentlichen Verkehrsmitteln) im September 2022 begann sie sofort, für ihren damals vierjährigen Sohn einen wohnortnahen Platz im neuen Stadtteil zu suchen. An ihrem alten Wohnort hatte das Kind zuvor für etwa ein halbes Jahr eine Kita besucht, diese jedoch während der Corona-Pandemie nicht mehr regelmäßig aufgesucht. Am neuen Wohnort gestaltete sich die Suche trotz intensiver Bemühungen über nahezu zwei Jahre schwierig. Die Mutter betont dabei, dass sie großen Wert auf eine Kita in der Nähe der Wohnung legte, da sie als Alleinerziehende alleine für das Bringen und Abholen der Kinder verantwortlich ist.

Trotz zahlreicher Anmeldungen bei umliegenden Einrichtungen erhielt Frau C ausschließlich Absagen oder Wartelistenplätze. Nach der Feststellung eines Sprachförderbedarfs im Rahmen der Sprachstandfeststellung akzeptierte sie schließlich, wie sie im Interview schildert, „unter dem Druck des Jugendamtes“ den Platz in der Sprachfördergruppe, auch wenn dies nicht ihren Wunschvorstellungen entsprach. Die eingeschränkten Betreuungszeiten in der Einrichtung von 8.30 bis 13.00 Uhr erwiesen sich für Frau C als problematisch, da sie sich nicht mit den Zeiten der Geschwister koordinieren ließen. Frau C hätte sich gewünscht, dass ihr Sohn früher und in einer regulären Kita betreut wird.

Das jüngste Kind besucht seit November 2024 eine Kita. Hier wünscht sich Frau C, dass das Personal mehr Geduld zeigt, insbesondere im Umgang mit Eltern, die Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben und daher auch mit den Kitaregeln nicht immer vertraut sind: „Manchmal habe ich das Gefühl, sie haben keine Zeit für uns, wenn wir etwas nicht verstehen“ (EI27).

Bei der Suche erhielt Frau C Unterstützung durch eine Stadteilmutter.

EINORDNUNG

Der Fall von Frau C verdeutlicht die strukturellen Engpässe bei Kitaplätzen für ältere Kinder im Vorschulalter, die mit zusätzlichem Sprachförderbedarf besonders schwer zu versorgen sind. Durch den Wechsel des Wohnumfelds waren zuvor bestehende Betreuungsmöglichkeiten verloren gegangen und die Suche im neuen Bezirk musste von Neuem beginnen. Trotz intensiver Suche nach dem Umzug standen kaum geeignete Angebote am neuen Wohnort zur Verfügung, sodass die Mutter schließlich ein Sprachförderangebot annehmen musste.

Hinzu kommen auch in diesem Fall kommunikative Hürden: Frau C schildert mangelnde Geduld des Kitapersonals im Umgang mit Eltern mit eingeschränkten Deutschkenntnissen. Solche Erfahrungen finden sich auch in anderen Interviews, etwa wenn Eltern betonen: „Es war schwierig für mich, mit den Erziehern zu sprechen, weil meine Deutschkenntnisse nicht so gut sind“ (EI 3), oder wenn sie „Formulare in leichter Sprache“ fordern (EI 13).

Als alleinerziehende Mutter von vier Kindern ist Frau C zusätzlich durch die parallele Organisation von Betreuungs- und Schulzeiten stark belastet. Vergleichbare Mehrfachbelastungen schildern auch andere Eltern: „Es war für mich eine enorme Belastung“ (EI 7) oder „Wir mussten oft umziehen und konnten [die Kinder] nie rechtzeitig anmelden“ (EI 18). Der Fall zeigt die Herausforderungen von Eltern hinsichtlich eingeschränkter Betreuungszeiten und größerer Distanzen zur Kita, insbesondere für Familien mit mehreren Kindern und für alleinerziehende Mütter.

Insgesamt macht der Fall deutlich, wie sich Platzmangel, Kommunikationshürden, Umzug und familiäre Belastungen gegenseitig verstärken und den Zugang erheblich erschweren.

5.4.4 Familie D – Verspätete Unterstützung und enttäuschte Erwartungen an Sprachförderung

Die Mutter der Familie D (EI 43) lebt mit ihrem Partner und drei Kindern in einem Berliner Außenbezirk. Die Kinder sind drei Monate, vier und sechs Jahre alt. Sie ist nicht berufstätig und kümmert sich derzeit überwiegend allein um die Betreuung. Obwohl sie den Wunsch hat, ihre Kinder in eine Kita zu bringen, war es ihr bislang nicht möglich, einen Platz zu bekommen.

Für ihren heute sechsjährigen Sohn begann die Suche nach einem Kitaplatz im Alter von vier Jahren – blieb jedoch erfolglos. Nach festgestelltem Sprachförderbedarf wurde sie dann informiert, dass ihr Kind aufgrund fehlender Deutschkenntnisse an einer Sprachfördermaßnahme teilnehmen muss. Die Mutter berichtet von großer Unzufriedenheit mit dieser Maßnahme: Viele der Kinder sprechen untereinander ausschließlich ihre Erstsprache, und auch die sprachlichen Kompetenzen der betreuenden Personen schätzt die Mutter als unzureichend ein. Bei der kürzlich erfolgten Schuluntersuchung wurde festgestellt, dass die Sprachentwicklung des Kindes für eine Einschulung nicht ausreicht – was die Mutter als enttäuschend erlebte.

Ihr vierjähriges Kind besucht aktuell eine Kindertagespflege. Für ihr jüngstes Kind, drei Monate alt, wurde die Kitaplatzsuche noch nicht begonnen, ist aber perspektivisch geplant.

Die Mutter betont, dass sie ohne ausreichende Sprachkenntnisse große Schwierigkeiten hatte, sich über das Kitasystem zu informieren und Anmeldungen durchzuführen. Erst vor Kurzem erhielt sie Unterstützung durch eine Stadtteilmutter, die ihr vom Kinder- und Jugendgesundheitsdienst vermittelt wurde.

EINORDNUNG DES FALLS

Der Fall von Frau D zeigt, wie sehr sich verspätete Unterstützung auf den Zugang zu frühkindlicher Bildung auswirken kann. Obwohl sie ihr Kind im Alter von vier Jahren in einer Kita betreuen lassen wollte, erhielt sie keinen Platz. Stattdessen erhielt ihr ältester Sohn einen Platz in einer Sprachfördermaßnahme, da kein (passender) Kitaplatz verfügbar war. Die Sprachfördermaßnahme führte nicht zu dem gewünschten Erfolg: Dass das Kind bei der Schuleingangsuntersuchung nicht als schulreif eingestuft wurde, verdeutlicht die Folgen eines verspäteten Zugangs zu frühkindlicher Bildung.

Hinzu kommen auch in diesem Fall sprachliche Hürden. Frau D beschreibt, dass sie ohne ausreichende Deutschkenntnisse kaum in der Lage war, das System zu verstehen oder Anmeldungen korrekt durchzuführen. Erst die spätere Unterstützung durch eine Stadtteilmutter brachte hier Entlastung – allerdings zu spät, um dem älteren Kind den regulären Kitazugang zu ermöglichen. Diese Abhängigkeit von externer Unterstützung zieht sich durch viele Interviews, wie bereits in den vorigen Fallbeispielen deutlich wurde.

Der Fall verdeutlicht das Zusammenspiel struktureller und gesellschaftlicher Barrieren: Mangel an Kitaplätzen, möglicherweise unzureichende Alternativangebote, Sprachbarrieren und verspätete Vermittlung von Unterstützung führen gemeinsam dazu, dass ein Kind wichtige Entwicklungs- und Lerngelegenheiten verpasst. Gleichzeitig unterstreicht er die Forderung vieler Eltern nach mehr Plätzen, besserer Personalausstattung und mehrsprachigen Fachkräften – Anliegen, die sich auch in den Interviews EI 6, EI 11 und EI 23 finden.

5.4.5 Familie E – Zugang bedeutet nicht Teilhabe

Die Interviewpartnerin aus der Familie E (EI 43) ist Mutter von sechs Kindern im Alter zwischen sechs und 19 Jahren. Sie lebt mit dem Vater ihrer Kinder zusammen, hat jedoch das alleinige

Sorgerecht. Die Familie lebt in einer Vier-Zimmer-Wohnung in einem Berliner Außenbezirk. Aktuell besucht das jüngste Kind (sechs Jahre) eine Kita, wobei der Besuch sehr unregelmäßig ist.

Die Kitasuche gestaltete sich insgesamt langwierig und frustrierend – insbesondere beim dritt- und fünftgeborenen Kind (was jedoch schon einige Jahre zurückliegt). Die Mutter berichtet von zahlreichen Absagen und einem Mangel an Plätzen und Unterstützungsangeboten bei der Suche. Auch das Internet, persönliche Kontakte sowie das ganz in der Nähe ihres Wohnortes gelegene Familienzentrum führten kaum zu konkreter Hilfe. Die einzige Erleichterung ergab sich bei den dicht aufeinander folgenden Geschwisterkindern, die bevorzugt aufgenommen wurden.

Die Entscheidung, das jüngste Kind in die Kita zu geben, wurde auch unter dem Druck des Jugendamts aufgrund der Wohnsituation getroffen. Das Kind hat ausgeprägt ADHS und befindet sich laut Aussage der Mutter „entwicklungspsychologisch auf dem Stand einer Zweijährigen“ (EI 43). Aufgrund von Überforderung in der Kita (u.a. Personalmangel, fehlende Integrationsfachkräfte) geht das Kind aktuell kaum noch dorthin. Die Mutter fühlt sich von der Einrichtung alleingelassen:

„Sie war dieses Jahr wirklich erst zwei oder drei Mal in der Kita. Die Erzieher fragen auch nicht nach, warum sie nicht kommt. Die sind froh, wenn sie nicht kommt, weil sie total überfordert sind. Die haben immer Personalmangel und können nicht so viele Kinder annehmen, wie sie eigentlich Plätze haben. [...] Und meine Tochter braucht fast eine 1:1 Betreuung.“ (EI 43)

Die Interviewpartnerin schildert auch die aktuelle Betreuungssituation im Stadtteil als katastrophal: Aus ihrer Sicht mangelt es an verfügbaren Plätzen, vor allem aufgrund von Personalmangel.

EINORDNUNG

Der Fall zeigt in besonderer Weise, wie mehrfache strukturelle und individuelle Belastungen zusammenwirken und den Zugang zu frühkindlicher Betreuung erschweren. Die Mutter berichtet von einer langwierigen, frustrierenden Suche nach Kitaplätzen für mehrere ihrer Kinder. Diese Erfahrungen spiegeln sich auch in anderen Interviews wider, in denen Eltern schildern: „Die Listen sind schon auf Jahre hinaus voll“ (EI 8) oder „Wir haben keine Chance, weil alles schon vergeben ist“ (EI 14). Teilweise liegen diese Erfahrungen schon ein paar Jahre zurück, teils wurden sie jedoch zum Zeitpunkt der Erhebungen (April bis Juni 2025) als immer noch aktuell geschildert. Hier bleibt abzuwarten, ob und wie sich die aktuelle Entwicklung hin zu mehr Kitaplätzen als Kitakindern in Berlin auch in den bislang eher unterversorgten Quartieren auswirkt.

Besonders belastend ist im Fall von Familie E die Situation des jüngsten Kindes mit ADHS und deutlichem Entwicklungsrückstand. Aus Sicht der Mutter kann der vorhandene Kitaplatz nicht regulär genutzt werden, da sie erlebt, dass die Einrichtung weder über insgesamt ausreichend Personal noch über spezialisierte Fachkräfte verfügt, um den besonderen Bedarf ihres Kindes zu decken. Zugleich verweist dieser Fall exemplarisch auf ein allgemeines Problem: Teilhabe von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf erfordert ausreichende Ressourcen für Inklusion. Ähnliche Hinweise finden sich im Interview EI 7, wo eine Mutter betont: „Es war für mich eine enorme Belastung“, da das Kind besondere Unterstützung benötigt hätte, diese aber nicht gewährleistet war, oder im Interview mit dieser Großmutter (EI 48):

„Die haben uns dann nach einem Monat gekündigt aufgrund von Fachkräftemangel, da die Integrationsfachkraft gekündigt hatte, die sich um meine Enkelin hätte kümmern sollen. [...] Für das Kind war das wirklich schlecht, gerade nach der Eingewöhnung wieder rausgenommen zu werden. Und dann war sie über ein halbes Jahr nicht in der Kita.“ (EI 48)

Die Belastung der Mutter verstärkt sich durch die familiäre Situation mit sechs Kindern und die alleinige Verantwortung im Alltag. Der Mangel an Kitaplätzen im Stadtteil führt nicht nur zu individueller Frustration, sondern wird auch kollektiv wahrgenommen. Dies verweist auf eine

strukturelle Unterversorgung in Wohnortnähe, die auch in EI 19 („Alles ist voll, überall“) und EI 27 („Wir suchen seit Jahren, immer Warteliste“) betont wird.

Insgesamt verdeutlicht der Fall, wie stark sich strukturelle Engpässe, fehlende Unterstützung für Kinder mit besonderen Bedarfen und familiäre Mehrfachbelastungen gegenseitig verstärken. Der Fall unterstreicht damit den Bedarf an mehr Facherzieher*innen für Teilhabe und Inklusion.

5.5 FAZIT

Die Fallbeispiele und die anderen Interviews machen deutlich, dass der Zugang zu frühkindlicher Bildung gerade für Familien in herausfordernden Lebenslagen noch immer von einigen Schwierigkeiten und Barrieren geprägt ist. Anhand der Beispiele zeigt sich, dass es nie nur eine einzelne Barriere ist, die den Zugang verhindert und die möglicherweise überwunden werden könnte, sondern mehrere, sich gegenseitig verstärkende Barrieren. Sprach- und Informationsdefizite – etwa auch aufgrund digitaler Hürden –, gesundheitliche Belastungen, Mehrfachverantwortung aufgrund mehrerer Kinder und die alleinige Verantwortung von Alleinerziehenden oder auch besondere Förderbedarfe verstärken sich, wenn sie auf strukturellen Platzmangel, Personalknappheit und intransparente und komplizierte Anmeldeverfahren treffen. Gleichzeitig zeigen die Beispiele, dass ein formaler Zugang allein nicht ausreicht: Erst wenn Betreuung qualitativ gesichert, inklusiv gestaltet und mit ausreichend qualifiziertem Personal sowie Ressourcen ausgestattet ist, kann tatsächliche Teilhabe gelingen. Die Fallbeispiele verdeutlichen, dass Stadtteilmütter und Familienzentren für viele Familien eine zentrale Rolle beim Zugang zu frühkindlicher Bildung spielen. Sie unterstützen nicht nur praktisch bei Anmeldungen, Übersetzungen oder der Orientierung im Kitasystem, sondern stärken Eltern auch darin, ihre Rechte wahrzunehmen und Hürden selbstbewusster zu überwinden. Dass die Stadtteilmütter in den Interviews besonders präsent sind, erklärt sich durch die methodische Anlage der Studie, verweist zugleich aber auf ihr erhebliches Potenzial als Brückenbauerinnen zwischen Familien, Institutionen und Verwaltung. Stadtteilmütter tragen damit wesentlich dazu bei, strukturelle, sprachliche und organisatorische Barrieren abzufedern – und leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Chancengleichheit im Zugang zur frühkindlichen Bildung.

6 HÜRDEN IM KITASYSTEM

Im Folgenden werden die Zugangshürden für Familien in herausfordernden Lebenslagen beschrieben, die die Studie auf Seiten des Kitasystems identifiziert hat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Hürden miteinander verschränken und dadurch verstärken können, wie bereits in Kapitel 5.4 anhand der Fallbeispiele deutlich wurde, auch wenn sie hier zum Zwecke der Systematisierung der Darstellung weitgehend isoliert betrachtet werden. So wird beispielsweise ein ohnehin schon kompliziertes Anmeldeverfahren auf Seiten des Kitasystems durch sprachliche Schwierigkeiten oder fehlende technische Ausstattung auf Seiten der Eltern noch komplizierter.

Datengrundlage für die hier beschriebenen Hürden sind zum einen die Expert*inneninterviews, zum anderen die Elterninterviews. Einige dieser Hürden werden zudem durch die bereits dargestellten Befunde aus der Befragung der Kitaleitungen unterstrichen. Der Fokus der Darstellung liegt auf der Expert*innenperspektive, da einige Hürden aus Sicht der Eltern bereits im vorangegangenen Kapitel erläutert wurden.

6.1 KOMPLEXITÄT DES MEHRSCHRITTIGEN ANMELDEVERFAHRENS

Übereinstimmend berichten die befragten Expert*innen davon, dass das Anmeldeverfahren, um einen Kita-Gutschein und schließlich einen Kitaplatz zu erhalten, für viele Eltern in herausfordernden Lebenslagen zu kompliziert ist und sie Begleitung bei der Anmeldung und gegebenenfalls auch bei der Kitasuche benötigen. Dies wird auch von den Stadtteilmüttern, Eltern und Kitaleitungen bestätigt (Stm 3, zu Eltern vgl. Kap. 6.2, zu Kitaleitungen vgl. Kap. 4.2). Die Elterninterviews zeigen, dass das bestehende Anmeldeverfahren von den Eltern oft als komplex und intransparent erlebt wird, was ohne gezielte Hilfe zu langen Wartezeiten, Frustration und dem Risiko führen kann, erst spät oder keinen Platz zu finden. Die befragten Eltern formulieren dementsprechend auch Wünsche zur Erleichterung des Kitaplatzzugangs, die sowohl den administrativen Prozess als auch die Kitasuche betreffen: „die Anmeldevorgänge in den Einrichtungen erleichtern“ (EI 9), „einfachere Formulare in leichter Sprache“ (EI 13) oder „eine zentrale Stelle, die freie Plätze anzeigt“ (EI 6).

Das Verfahren umfasst mehrere Schritte: die Beantragung des Kita-Gutscheins, die Vorlage von benötigten Unterlagen, die Kontaktaufnahme mit den Kitas sowie den Abschluss des Betreuungsvertrags. Die Anmeldeformulare sind für Eltern in herausfordernden Lebenslagen nicht leicht zu verstehen (EXP 4); für Familien mit Sprachschwierigkeiten verstärkt sich diese Barriere. Missverständnisse beim Ausfüllen der Formulare können dazu führen, dass Folgeanforderungen entstehen, z.B. durch die Wahl der Ganztagsbetreuung, auf die aber kein Rechtsanspruch besteht und für die spezifische Berechtigungsgründe vorliegen müssen, wie z.B. ein entsprechendes Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis (EXP 3). Da Eltern mit den Anforderungen und Fristen nicht vertraut sind, führt dies zu Verzögerungen und Verunsicherungen, z.B. durch die fehlende Unterschrift beider oder eines der beiden sorgeberechtigten Elternteile (EXP 3, EXP 6).

Weitere Schwierigkeiten können entstehen, wenn Familien nicht krankenversichert sind und deswegen auch keine Kitatauglichkeitsbescheinigung und Impfung erhalten (EXP 6). Hier sind dann besondere Interventionen und Begleitungen durch Jugendamt und KJGD nötig. Zudem trägt die regionale Unterversorgung mit Kinderärzt*innen dazu bei, dass für Eltern zusätzliche Schwierigkeiten entstehen, um die Kitatauglichkeitsbescheinigung und die Impfung zu erhalten (WKG). Kompliziert wird es auch, wenn sich im Anmeldeverfahren herausstellt, dass die Meldeadresse der Eltern nicht aktuell ist, denn der Kitaantrag muss im Meldebezirk gestellt werden, was dann zu Verzögerungen führt, weil Anträge erst an den Meldebezirk weitergeleitet werden müssen (EXP 6).

Auch im Bereich der verpflichtenden Sprachstandfeststellungen nach dem Schulgesetz, die etwa mit viereinhalb Jahren erfolgen, gibt es Schwierigkeiten. Die Einladung zur

Sprachstandfeststellung wird vom Schulamt per Post verschickt; das Anschreiben wird von den Befragten sprachlich als sehr bürokratisch eingeschätzt und stellt eine Hürde für Familien in herausfordernden Lebenslagen dar, was durch geringe Deutschkenntnisse noch verstärkt wird (EXP 7). Der Sprachfördergutschein wird nach der Testung ausgestellt, wenn von den Sprachberaterteams ein Sprachförderbedarf festgestellt wird. Der Bescheid über die Verpflichtung zur Sprachförderung in einer Kita wird dann von den Schulämtern verschickt. Das führt zu einer Verzögerung durch die zusätzliche Verschickung, zum anderen erkennen Eltern in herausfordernden Lebenslagen den Bescheid/Gutschein, der per Post bei ihnen eintrifft, oftmals nicht als solchen. Eine mehrsprachige Mitarbeiterin in einer Sprachfördergruppe, die im engen Kontakt mit den Familien steht, erläutert dieses Problem wie folgt:

„Der Sprachfördergutschein kommt postalisch nach Hause und die Eltern verstehen es nicht [...] und dann geht das öfter verloren und ich muss immer nachhaken oder nachfragen: ‚Hey habt ihr das bekommen? Es ist schon da.‘ Und viele sagen: ‚Nein, wir haben nichts erhalten‘. Dann muss ich dem Jugendamt schreiben: ‚Hey, diese Familie, das Kind wurde seit lange her getestet, sie haben noch nichts erhalten. Und wir stellen fest, dass es schon da ist, aber es wurde weggeworfen.‘“ (EXP 2)

Insgesamt führen diese Verzögerungen dazu, dass Kinder, die bislang noch ohne Kitaplatz sind, nicht immer die vollen 18 Monate Sprachförderung in den Sprachfördergruppen oder den Sprachförder-Kitas in Anspruch nehmen können (EXP 7). Erschwerend kommen datenschutzrechtliche Anforderungen hinzu, sodass Sprachberaterteams und Sprachfördergruppen Eltern zunächst nicht direkt kontaktieren können, da ihnen keine Kontaktdaten vorliegen (EXP 7).

6.2 UNEINHEITLICHER BEWERBUNGSPROZESS UND FEHLENDE TRANSPARENZ

Deutlich wird in den Gesprächen mit Eltern, dass nicht nur das bürokratische Verfahren, sondern auch die Suche nach einer passenden Kita für viele Eltern sehr unübersichtlich ist. Mehrere Interviewte berichteten, dass nicht klar ist, wie lange die Suche dauert, dass es trotz des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz keinen garantierten, schnellen Zugang gibt, und dass Unsicherheit darüber herrscht, welcher Weg der Bewerbung am erfolgversprechendsten ist – über den Kita-Navigator oder durch persönliches Nachfragen vor Ort.

Die befragten Expert*innen berichten ebenfalls, dass der uneinheitliche Bewerbungsprozess bei den Kitas zu Verunsicherungen und Irritationen bei den Eltern führt.

Auch die bereits dargestellten Ergebnisse aus der Kita-Befragung belegen diese Uneinheitlichkeit. Das bevorzugte Bewerbungsverfahren der Kitas reicht von E-Mail-Anfragen, telefonischen Anfragen und persönlicher Vorstellung bis hin zu einem ausführlichen Bewerbungsschreiben. Das stellt Familien in herausfordernden Lebenslagen oft besonders vor Probleme:

„Bei einigen [Kitas] weiß ich es, wie sie es halt gerne hätten, bei anderen nicht. Das muss man einfach dann probieren. Und das ist für Familien in besonderen belasteten Situationen oft auch eine große Hürde. Und die verstehen auch manchmal nicht, dass man dreimal eine Mail schreiben muss und dass man am Ball bleiben muss und dass man sich in Erinnerung rufen muss.“ (EXP 7)

Auch der Kita-Navigator wird von den Kitas als mögliche Bewerbungsform genannt, allerdings wird er nur von einem kleinen Teil der Kitas bevorzugt. Hinzu kommen noch weitere, eigene Bewerbungsverfahren, wie z.B. eigene Onlineanmeldeformulare (vgl. Kap. 4.2.3).

Dass der Kita-Navigator freie Plätze anzeigt, die nicht unbedingt frei sind, trägt weiter zur Verwirrung bei, wie von den Expert*innen bestätigt wird – hier eine Stimme aus einem Berliner Jugendamt dazu:

„Also der sorgt für Irritation, kann ich eigentlich bestätigen, weil der oft freie Plätze anzeigt. Dann rufen die Eltern an [...] und da ist gar kein freier Platz, der [Kita-Navigator] muss ja gepflegt werden. Und wenn die Kita ihre freien Plätze nicht rausnimmt, dann stehen die eben noch da und das sorgt für Irritation.“ (EXP 8)

Eltern haben darüber hinaus auch Schwierigkeiten, den Kita-Navigator zu benutzen, weil sie nicht wissen, wie sie ihn bedienen sollen (EXP 6). Auch das wird von den Stadtteilmüttern thematisiert, die Eltern bei der Suche aktiv unterstützen:

„Besonders kompliziert ist die Suche mit dem Kita-Navigator, das habe ich selbst nicht geschafft. Niemals geschafft. Ich weiß nicht, ob die es vielleicht jetzt leichter gemacht haben. Also die Anmeldung ist manchmal schwer. [...] Ich habe Eltern, die für alles Unterstützung brauchen. Also begleiten, auch E-Mails schreiben und abschicken.“ (Stm 4)

Da der Kita-Navigator von den Kitas nicht aktuell gehalten wird, verweisen manche Jugendämter schon nicht mehr darauf, sondern geben lieber den Hinweis auf die eigene Website mit einer Auflistung der Kitas im Bezirk, die ohne die Anzeige freier Plätze auskommt (EXP 1).

Dass grundsätzlich eine aktuelle Übersicht über freie Plätze fehlt, wird auch von einer Mitarbeiterin aus einem Familienservicebüro kritisch angemerkt. Sie wünscht sich hier mehr Transparenz über freie Plätze, um Eltern schneller und einfacher vermitteln zu können. Zudem hat sie den Eindruck, dass Plätze „so unter der Hand“ vergeben werden:

„Es ist ja meistens so ein bisschen so unter der Hand oder weiß ich nicht, wie das da abläuft, aber man weiß halt immer nicht, okay, hat die Kita jetzt doch noch Plätze irgendwie frei [...] da haben wir ja keinen Zugriff sozusagen darauf oder wissen das nicht. Meistens bekommen wir das so zwischen Tür und Angel mit, ach, die Kita hat doch irgendwie vielleicht noch ein paar Plätze frei.“ (EXP 6)

Diese Aussage zeigt, dass intransparente Verfahrensweisen auch bei denjenigen, die Eltern bei der Kitaplatzsuche unterstützen, zu Verunsicherungen führen können – umso deutlicher ist dieser Effekt bei den Eltern selbst.

6.3 UNZUREICHENDE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR BESONDERE BEDARFE

Kinder mit besonderem Förderbedarf haben besonders große Schwierigkeiten, einen Kitaplatz zu finden, der ihren Bedürfnissen entspricht. Nach Aussagen der befragten Expert*innen fehlen hier geeignete Plätze. Das stellt Familien in herausfordernden Lebenslagen vor große Hürden, da sich bei ihnen häufig verschiedenen Problemlagen (wie z.B. Armut, Arbeitslosigkeit, mangelnde Teilhabe, psychische Belastungen) miteinander verschränken. Eine fehlende Kinderbetreuung für ein Kind mit Förderbedarf wirkt sich deswegen nicht nur nachteilig auf das Kind aus, sondern kann, aufgrund fehlender Entlastung und Förderung des Kindes, auch die Problemlagen der Eltern weiter verschärfen (vgl. dazu das Fallbeispiel von Familie E, Kap. 5.4).

Nach Aussagen der befragten Expert*innen haben neben Kindern mit körperlichen Einschränkungen insbesondere Kinder im Autismus-Spektrum Schwierigkeiten, einen Platz zu erhalten.

„Es gibt für bestimmte Kinder keine Kitaplätze. Ich sage Autismus, geistige Entwicklung, das tut mir als Sonderpädagogin in der Seele weh. Wir sehen die Kinder hier, wir sehen die verzweifelten Eltern. Das Jugendamt ist dran. Wir versuchen die Kinder zu vermitteln, aber es gibt definitiv für diese Behinderung nicht genügend Kitaplätze.“ (EXP 6)

An die Kitas sind hier besondere räumliche Anforderungen zu stellen, wenn sie Kinder mit dieser Diagnose betreuen möchten, wie z.B. eine reizarme Umgebung, kleine Rückzugsräume und Schallschutz. Zusätzlich braucht die Kita auch Personal, das in Bezug auf dieses Krankheitsbild

geschult ist, und eine Stabilität in den Beziehungen zwischen Erzieher*in und Kind, die durch eine hohe Personalfuktuation gefährdet ist (EXP 3).

Der Mangel an Plätzen ist eng mit dem Mangel an ausgebildetem Fachpersonal verknüpft, wie die Aussage einer Befragten aus einem Sprachberater*enteam zeigt. Zusätzliche Probleme entstehen, wenn Kinder bereits einen Kitaplatz haben und im Laufe der Betreuung ein Förderbedarf festgestellt wird, den die Kita aufgrund eines Mangels an Facherzieher*innen nicht abdecken kann und der Familie den Kitavertrag kündigt (EXP 6).

Teilnehmende am Werkstattgespräch wiesen darauf hin, dass die Anmeldezahlen für Fortbildungen als Facherzieher*innen für Teilhabe und Inklusion zurückgehen, was angesichts des Mangels an Facherzieher*innen ein Problem für Kinder mit Förderbedarfen darstellt.

6.4 BENACHTEILIGUNGEN VON KINDERN IN HERAUSFORDERNDEN LEBENSLAGEN

Bestimmte Anforderungen an Eltern bei der Bewerbung für die Kita stellen für Familien in herausfordernden Lebenslagen eine besondere Belastung bzw. Hürde dar. Dazu gehören beispielsweise ausführliche Bewerbungsschreiben, Hospitationen der Kinder und regelmäßiges Nachfragen bei den Kitas zu den Verfügbarkeiten von Plätzen. So berichtet ein befragter Vater eines zehn Monate alten Babys:

„Wir haben eine E-Mail dort hingeschrieben und hatten dann ein Gespräch mit der Kitaleitung. Der nächste Schritt war dann die Hospitation des Babys in der Gruppe. Ich fand das mit der Hospitation schon komisch. Es wurde uns angekündigt, dass sie sehen wollen, ob das Kind und die Gruppe gut zusammenpassen. Ich habe mich gefragt: [...] Suchen wir uns eine Kita aus oder sucht sich die Kita uns aus? [...] Zum Glück mussten wir keine Mappe mit Foto einreichen, aber davon habe ich auch schon gehört. Bei einer Kita in unserer Nähe [...] muss man einen kleinen Aufsatz schreiben, um sich zu bewerben. Man muss Stellung nehmen zum Konzept der Kita und sich dazu äußern, wie man zu den pädagogischen Texten von einem Gründer dieser pädagogischen Richtung steht.“ (EI 47)

Auch Zuzahlungen für zusätzliche Leistungen, z.B. für Bio-Essen, Sportangebote und Sprachunterricht, wirken für Familien in herausfordernden Lebenslagen abschreckend. Auch wenn Eltern bei dem Träger einen Platz verlangen können, der über die normale Kostenbeteiligung für das Mittagessen hinaus keine Zahlungsverpflichtungen umfasst⁴, liegen Hinweise darauf vor, dass Eltern dies nicht wissen bzw. nicht tun. Eine Interviewpartnerin aus dem Jugendamt schildert die Problematik, die sich aus den Zuzahlungen ergibt, wie folgt:

„Sie haben das Geld nicht, aber sie brauchen den Kitaplatz. [...] Die nehmen das dann nicht an oder sie nehmen es an, zahlen dann die Zuzahlungen nicht, fallen aus diesem Kontext wieder raus, werden gekündigt⁵, haben diese negative Erfahrung gemacht, kommen nicht mehr an im anderen Kitakontext. Also Armut ist wirklich hier eine Barriere, die ist erschreckend und immer noch [da].“ (EXP 1)

Aus den Interviews lassen sich punktuell Hinweise darauf ableiten, dass Kitas möglicherweise Kinder aus Familien in herausfordernden Lebenslagen bei der Kitaplatzvergabe benachteiligen, weil sie den Eindruck haben, dass sie deren Betreuung nicht zufriedenstellend bewältigen können (EXP 6, EXP 9), da sie einen erhöhten Betreuungsaufwand erwarten; das gilt insbesondere für Kinder mit Sprachschwierigkeiten (z.B. durch erhöhten Sprachförderbedarf bei den Kindern

⁴ <https://www.berlin.de/sen/jugend/familie-und-kinder/kindertagesbetreuung/kostenbeteiligung/#:-:text=Neuregelung%20ab%202025-,Kita%20Besuch%20f%C3%BCr%201hr%20Kind%20ist%20beitragsfrei,von%2023%20Euro%20im%20Monat,03.09.2025>.

⁵ Eine solche Kündigung ist unzulässig und wird bei einem entsprechenden Nachweis verfolgt. Nach Aussagen der Interviewpartner*innen kommt es trotzdem zu solchen Fällen.

und/oder fehlende Deutschkenntnisse der Familien). Diskriminierungen von Familien mit Migrationsbiografie können hierfür die Ursache sein und nicht ausgeschlossen werden (EXP 8, EXP 9). Eine Befragte aus einem Jugendamt bestätigt, dass Eltern mit Migrationsbiografie oftmals das Gefühl haben, in den Kitas aufgrund ihres Migrationshintergrunds abgelehnt zu werden, wobei die Sprecherin selbst davon ausgeht, dass die Ablehnung in der Regel nicht aufgrund von Diskriminierungen erfolgt, sondern andere Gründe hat (EXP 1).

Umgekehrt vermitteln Jugendämter Kinder aus Familien in herausfordernden Lebenslagen explizit in Kitas, von denen sie wissen, dass die Leitungen besonders engagiert und besonders offen für Kinder mit besonderen Bedarfen sind (EXP 8). Daraus lässt sich schließen, dass diese Offenheit nicht auf alle Kitas zutrifft. Das wird von den Stadtteilmüttern bestätigt, die von Erfahrungen der Ablehnung von Eltern mit Migrationsbiografie bei der Suche nach einem Kitaplatz berichten (vgl. Kap. 5.3 und Kap. 7.4).

Vor dem Hintergrund, dass die befragten Kitaleitungen selbst zu rund einem Drittel davon ausgehen, dass eine fehlende Sensibilität der Kitas für die Bedürfnisse von Familien in herausfordernden Lebenslagen eine Zugangshürde darstellt, erscheint es plausibel anzunehmen, dass es Benachteiligungen von Familien in herausfordernden Lebenslagen bei der Kitaplatzvergabe gibt (vgl. Kap. 4.2.6). Dass Benachteiligungen bei der Vergabe eine Zugangshürde darstellen, dem stimmen sogar knapp ein Viertel der befragten Kitaleitungen selbst (eher) zu. Weiterhin erhielt die Aussage „Die Familie muss zu unserer Kita passen“ in der Befragung hohe Zustimmungswerte (vgl. Kap. 4.2.6). Dass Familien aufgrund der „Passung“ zur Kita ausgewählt werden, ist eine Praxis, die (unbewusste) Benachteiligungen enthalten kann. Die Idee der „Passung“ kann sogar so weit führen, dass einige Kitas eine Hospitation des Kindes vor Zusage des Platzes verlangen, wie ein interviewter Vater berichtete (EI 47).

Positive Maßnahmen, z.B. die Bevorzugung von Kindern nicht-deutscher Herkunftssprache bei der Platzvergabe (affirmative action⁶) könnten helfen, Benachteiligungen von Kindern in herausfordernden Lebenslagen auszugleichen, und für mehr Chancengleichheit sorgen. Dies ist aber bei den befragten Kitas überwiegend nicht der Fall: Die befragten Kitas geben zwar zu knapp 40 % an, dass sie Kinder aus Familien in herausfordernden Lebenslagen bei der Kitaplatzvergabe (eher) bevorzugen, aber gleichzeitig ist die Mehrheit der Meinung, dass diese Familien (eher) nicht bevorzugt werden (vgl. Kap. 4.2.6).

Angesichts der aktuellen Entwicklungen hat sich das Blatt allerdings tendenziell gewendet, da in einigen Bezirken bzw. Bezirksregionen viele Kitas inzwischen unter dem Druck stehen, ihre freien Kitaplätze zu besetzen, und nicht mehr zwischen vielen verschiedenen Familien auswählen können. Sie gehen dafür auch neue Wege, z.B. in der Kooperation mit Gemeinschaftsunterkünften, in denen sie für die eigene Kita werben (EXP 3).

Rückblickend beschreibt diese Entwicklung eine Sprachberaterin wie folgt:

„Hat jede Kita ihre eigenen Kriterien. Also passt es zu uns, passt das in die Gruppe? Das ist meistens so. Aber mittlerweile ist es in [Bezirk] so weit, dass die alles aufnehmen, dass sie da gar nicht mehr [auswählen]. Wegen der Veränderung. Es gab mal eine Zeit, wo es dann wirklich so [war]. Sie haben sich die ‚Rosinen‘ rausgepickt. [...] Wenn ich das Rechtsanwaltskind nehmen kann, dann werde ich natürlich die Großfamilie nicht nehmen.“ (EXP 6)

Eine weitere Expertin aus einem Jugendamt merkt an, dass Kitas häufig berufstätige Eltern bevorzugt haben und dadurch Familien in herausfordernden Lebenslagen bei der Platzvergabe klar benachteiligt haben; allerdings ist diese Praxis aufgrund der gestiegenen Verfügbarkeit von Plätzen in dem genannten Bezirk kaum noch zu beobachten (EXP 3).

⁶ Affirmative action bezeichnet gesellschaftspolitische Maßnahmen, die negative Diskriminierung durch gezielte Vorteilsgewährung ausgleichen sollen.

6.5 GEOGRAFISCHE LAGE DER KITA UND SANIERUNGSRÜCKSTAU

Eine wohnortnahe Kita ist – dies zeigen die Kita-Befragung, die Elterninterviews und die Experten*inneninterviews – eines der wichtigsten Kriterien für die Kitaplatzsuche. Sie sollte möglichst schnell und fußläufig erreichbar sein (EXP 4). Dieser Wunsch gilt prinzipiell für alle Eltern, aber für Eltern in herausfordernden Lebenslagen in besonderem Maße, weil diese oft weniger mobil sind (EXP 3) bzw. aufgrund verschiedener Herausforderungen in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, wie anhand der Fallbeispiele in Kapitel 5.4 deutlich wird. Gleichzeitig hat die Kita-Befragung gezeigt, dass die Wohnortnähe bei ca. der Hälfte der befragten Kitas nicht ausschlaggebend für die Platzvergabe ist.

Auch wenn sich die Versorgungssituation bezüglich der Kitaplätze in Berlin insgesamt deutlich entspannt hat, stellt sich die Situation in den Bezirken unterschiedlich dar und variiert auch innerhalb der Bezirke stark (vgl. Kap. 4.1). Beispielhaft wird dies am Bezirk Marzahn-Hellersdorf deutlich: In den einzelnen Bezirksregionen gibt es sehr unterschiedliche sozialräumliche Bedarfe und unterschiedliche infrastrukturelle Voraussetzungen. Der Geburtenrückgang führt in den großflächigen bürgerlichen Einfamilienhaussiedlungen in Mahlsdorf, Kaulsdorf und Biesdorf tendenziell zu einer Überversorgung, weil es hier wenig Fluktuation gibt, während in den Plattenbaugebieten, z.B. in Hellersdorf Nord, ein großer Zuwachs an Kindern zu verzeichnen ist, da es hier viele Umzüge, Zuzüge aus dem Innenstadtbereich aufgrund von Gentrifizierungen sowie Wohnungsneubau gibt (EXP 1). Eltern, insbesondere Eltern in herausfordernden Lebenslagen, haben es in diesen Regionen deswegen häufig nach wie vor schwer bei der Kitaplatzsuche (EXP 4). Der Mangel an (wohnortnahen) Kitaplätzen stellt eine besondere Hürde für Familien in herausfordernden Lebenslagen dar und kann dazu führen, dass diese keinen für sie passenden Platz finden.

Eine weitere Problemlage, die von den interviewten Expert*innen für mehrere Bezirke geschildert wird, ist der Sanierungsrückstau bei Kitas, der dazu beiträgt, dass nicht alle genehmigten Plätze belegt werden können.⁷ Die Lücke zwischen betriebserlaubten und tatsächlich angebotenen Plätzen ist zum Teil erheblich (EXP 5) und Kindergruppen müssen ausgelagert werden (EXP 7). Auch dies kann unter Umständen zu einer Verknappung von (wohnortnahen) Plätzen führen und regional eine Hürde für den Kitazugang von Eltern in herausfordernden Lebenslagen darstellen (selbst wenn berlinweit aktuell rund 20.000 angebotene freie Plätze zur Verfügung stehen).

Die enormen Kostensteigerungen bei den Mieten, insbesondere in den beliebten Innenstadtbereichen, haben nach Aussagen der Befragten neben der Verdrängung von Familien an den Stadtrand noch weitere Effekte, da steigende Gewerbemieten den Druck auf die privaten Kitaträger erhöhen, was in Kombination mit den fehlenden Sanierungen perspektivisch wieder zu einer Unterversorgung derjenigen Bezirksregionen führen könnte, die aktuell gut versorgt sind:

„Und wenn die Kitas nicht saniert werden und die Gewerbemietverträge wegbrechen, dann kann sich das ganz schnell auch wieder wenden. Und der Kipppunkt kann auch ganz schnell in der Region [...] wieder eintreten. Und dann stehen wir da vor den Problemen, die wir eigentlich denken vom Papier her, sie sind überwunden.“ (EXP 5)

⁷ Das nicht alle belegbaren Plätze belegt werden können, hat auch andere Gründe, wie z.B. konzeptionelle Besonderheiten von Kitas.

6.6 PERSONALMANGEL

Ein weiterer Grund, weswegen Plätze nicht besetzt werden können, ist der Personalmangel in den Kitas, was wiederum Auswirkungen auf die (wohnnah) Versorgung mit Kitaplätzen hat, die für Familien in herausfordernden Lebenslagen so wichtig ist.⁸

„Und die andere Sache, das weiß ich auch von vor Ort, dass wirklich Gruppen geschlossen werden müssen, weil es keine Erzieher, keine Betreuer gibt. Also es ist ganz schlimm, da stehen wirklich neu modernisierte Räume, da ist die Kita schon modernisiert, stehen leer [...].“ (EXP 7)

Eine Interviewpartnerin aus einem Jugendamt macht darauf aufmerksam, dass zwar die Ausbildungszahlen steigen, die Erzieher*innen aber nicht unbedingt in den Kitas ankommen, sondern andere Tätigkeitsfelder wählen oder nur Teilzeit arbeiten – und deswegen dem Träger nicht voll zur Verfügung stehen (EXP 5).

Neben dem Personalmangel stellt der hohe Krankenstand in den Kitas ein Problem dar, das zwar keinen direkten Einfluss auf die Kitaplatzvergabe hat, aber zu Benachteiligungen von Familien in herausfordernden Lebenslagen führen kann.

Eine Auswertung von Krankenkassendaten für das Jahr 2023 durch die Bertelsmann-Stiftung zeigt, dass Mitarbeitende in Kitas einen höheren Krankenstand aufweisen als andere Berufsgruppen, was auf eine hohe Arbeitsbelastung verweist, denn neben Atemwegserkrankungen spielen auch psychische Erkrankungen eine große Rolle.⁹ Dabei fehlten Berliner Beschäftigte in Kitas aufgrund von Krankenstand oder Arbeitsunfähigkeit im Vergleich aller Bundesländer besonders häufig.¹⁰

Befragte Stadtteilmütter und auch Eltern berichten in den Interviews davon, dass nicht-berufstätige Eltern in herausfordernden Lebenslagen häufig als erste gebeten werden, ihre Kinder zu Hause zu lassen, wenn der Krankenstand in der Kita hoch ist (G-Stm 1–3, G-EI). Dies führt zu einer Unterbrechung des Kitabesuchs für das Kind, zum anderen vermittelt es den Eltern ein Gefühl von Ungleichbehandlung und Unzuverlässigkeit der Betreuung sowie einer Nicht-Anerkennung von Care-Arbeit, Sprachkursen oder Weiterbildungen der Eltern. Auch wenn dieser Punkt nicht den eigentlichen Kitazugang betrifft, sondern den kontinuierlichen Besuch von Kindern aus Familien in herausfordernden Lebenslagen, soll er hier erwähnt werden, weil er möglicherweise das Vertrauen in eine zuverlässige Kinderbetreuung bei Eltern in herausfordernden Lebenslagen untergräbt.

6.7 FAZIT

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es eine ganze Reihe von strukturellen Hürden auf Seiten des Kitasystems gibt, die den Zugang erschweren und verhindern, dass Eltern ihr Recht auf einen Kitaplatz wahrnehmen. Zu diesen Hürden gehören insbesondere das mehrschrittige Anmelde- und Vergabeverfahren, das für Eltern in herausfordernden Lebenslagen nicht leicht zu durchschauen ist, der uneinheitliche Bewerbungsprozess bei den Kitas sowie eine fehlende Transparenz über freie Plätze, die nicht nur für Eltern ein Problem darstellt, sondern auch für Fachkräfte, die Eltern bei der Vermittlung unterstützen. Regional fehlen für Eltern in benachteiligten Stadtquartieren wohnortnahe Kitaplätze. Insbesondere, so die Einschätzung der Expert*innen und die Erfahrung von Eltern, fehlen Kitaplätze für Kinder mit besonderen Bedarfen

⁸ Es ist allerdings anzunehmen, dass die zurückgehenden Kinderzahlen in Kombination mit dem verbesserten Personalschlüssel für eine Entspannung der Personalsituation bei den Trägern sorgen werden.

⁹ <https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/themen/aktuelle-meldungen/2024/august/dramatisch-hohe-krankheitsausfalle-beim-kita-personal-erfordern-antwort-der-politik>, 01.09.2025.

¹⁰ <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/08/berlin-brandenburg-kita-keime-personal-krank-kindergarten-hort-bertelsmann.html>, 01.09.2025.

(z.B. Kinder im Autismus-Spektrum); dies verweist darauf, dass zu wenig Facherzieher*innen für Integration und Teilhabe vorhanden sind. Das stellt für Familien in herausfordernden Lebenslagen eine extreme Belastung dar, da sie aufgrund der Betreuung ihres Kindes zu Hause keine Sprachkurse besuchen, sich nicht um ihre berufliche Qualifizierung kümmern oder zum Haushaltseinkommen beitragen können. Schließlich liegen auch Hinweise darauf vor, dass Familien in herausfordernden Lebenslagen, insbesondere mit Migrationshintergrund, bei der Kita-platzvergabe benachteiligt werden, weil die Kita den Eindruck hat, dass sie die sprachliche Förderung der Kinder nicht leisten kann und sich dadurch überfordert fühlt, oder weil sie schlichtweg Kinder aus bildungsbürgerlichen Familien ohne Migrationshintergrund bevorzugt.

7 FAMILIÄRE UND GESELLSCHAFTLICHE HÜRDEN

Während im vorangegangenen Kapitel die Hürden beschrieben wurden, die auf Seiten des Kitasystems liegen, werden im folgenden Kapitel die Hürden dargestellt, die auf Seiten der Familien und der Gesellschaft identifiziert wurden. Wie auch vorher schon betont wurde, greifen die Hürden ineinander und können nicht isoliert betrachtet werden, da oftmals verschiedene Barrieren vorliegen, die sich gegenseitig verstärken. Die Barrieren werden jedoch hier aus Gründen der Systematisierung überwiegend getrennt voneinander dargestellt. Datengrundlage des Kapitels sind die Expert*inneninterviews, auf denen hier der Schwerpunkt liegt, sowie die Interviews mit den Stadtteilmüttern und Eltern.

7.1 FEHLENDES ORIENTIERUNGSWISSEN UND SPRACHLICHE BARRIEREN

Wie bereits in den Elterninterviews und auch in der Kitabefragung deutlich wurde, stellen Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache eine zentrale Hürde beim Kitazugang dar. Eine Mutter schildert:

„Ohne Sprachkenntnisse ist die Suche nach einem Kitaplatz sehr schwierig. Man sollte sich beraten lassen und sich gut über Kita- und Schulsystem informieren.“ (EI 1)

Die Kommunikation mit den Kitas und dem Jugendamt sowie das Ausfüllen von Dokumenten sind für viele (neu) zugewanderte Eltern schwierig. Briefe in deutscher Sprache werden oft nicht verstanden oder gehen verloren, das betrifft z.B. auch den Sprachfördergutschein, der oftmals nicht als solcher erkannt wird (EXP 2). Das Verständnis der Behördensprache stellt eine zusätzliche Hürde dar; diese ist auch für deutsche Muttersprachler*innen teilweise schwer zu verstehen (EXP 4). Die Alphabetisierung in einer anderen Schriftsprache kann die Kommunikation zusätzlich erschweren (EXP 2).

Sprachliche Barrieren gehen oft einher mit fehlendem Orientierungswissen, also dem Wissen um Verfahrensweisen und Abläufe in Deutschland, um Rechte und Pflichten von Eltern sowie um Funktion, Aufgaben und Arbeitsweisen von kommunalen Strukturen. Diese Barrieren treffen wiederum auf ein bürokratisches Verfahren, das diese Zugangshürden noch verstärkt (vgl. Kap. 6.1). So gibt es Eltern, die im – mehrschrittigen – Prozess verloren gehen: Eine Sprachberaterin, die Sprachstandfeststellungen durchführt, berichtet, dass Eltern nach festgestelltem Förderbedarf dann nicht in den Sprachfördergruppen ankommen (EXP 7). Eine Koordinatorin eines Trägers, der Sprachfördergruppen anbietet, beschreibt die Problematik wie folgt:

*„Also für uns ist es eine große Hürde, diese Komplexität, den Kita- und Sprachfördergutschein zu beantragen. Also viele Eltern verstehen den Prozess nicht. Zum Glück kann ich mehrere Sprachen, kann auch Arabisch sprechen [...], dann versuche ich das zu erklären auf ihrer Muttersprache. [...] Also nicht alle Eltern sind in der Lage, eine E-Mail zu schreiben und einen Termin selbstständig beim Sprachberater*in zu vereinbaren. [...] Ich versuche alles sehr einfach zu erklären.“ (EXP 2)*

Die Fallbeispiele aus den Interviews mit Eltern haben bereits deutlich gezeigt, wie wichtig eine Begleitung insbesondere für diejenigen Eltern ist, die Sprachbarrieren haben und nicht wissen, wie das Verfahren abläuft. Dies wird auch von den befragten Expert*innen deutlich betont:

„Das heißt, sie müssen wirklich von Anfang an bis Ende, bis der Vertrag unterschrieben ist, an die Hand genommen werden. Und da sind wir auch also den Stadtteilmüttern oft sehr dankbar, [...] weil die Eltern schaffen es definitiv nicht alleine, das zu machen.“ (EXP 6)

Eine weitere Gruppe, die massiv von Zugangsbarrieren zur frühkindlichen Bildung betroffen ist, sind Eltern, die nicht alphabetisiert sind. Sie benötigen Unterstützung in allen Verfahrensschritten, wie das bereits geschilderte Fallbeispiel von Familie A zeigt (vgl. Kap. 5.4).

Sprachliche Schwierigkeiten und Unkenntnis der Verfahrensweisen können auch zu gravierenden Missverständnissen führen: Eltern denken, sie hätten bereits einen Kitaplatz, und erst im Gespräch mit dem Jugendamt, dem Familienservicebüro oder weiteren Beratungsangeboten stellt sich heraus, dass dies nicht der Fall ist.

„Also oft habe ich ja Eltern vor mir sitzen, die ja, ich habe einen Kitaplatz und dann ruft man in der Kita an und die sagt: Ja, die stehen hier auf der Warteliste, die müssen den Gutschein [einreichen] und den haben sie nicht [...]. Also der deutschen Sprache und dem ganzen Verfahren nicht mächtig, dass sie es nicht verstehen.“ (EXP 6)

„Ich habe mal eine Mutter erlebt, die hat mir mal erzählt, sie hat einen Kitaplatz, sie weiß aber nicht wo. Und dann habe ich gedacht, was ist denn das? Und dann am Ende stellte sich raus, sie hat mir dann auf ihrem Smartphone E-Mails gezeigt und dann hat sie eine Kita-Fachzeitschrift abonniert und sie dachte, sie hätte einen Kitaplatz. Und dann musste sie plötzlich Geld bezahlen, also hat sie eine Rechnung bekommen und das war wirklich krass.“ (EXP 3)

Diese beiden Beispiele machen zweierlei deutlich: Erstens zeigen sie den Wunsch und die Anstrengungen von Eltern in herausfordernden Lebenslagen, einen Kitaplatz zu bekommen; zweitens machen sie aber auch noch einmal deutlich, dass der Unterstützungsbedarf von Eltern mit Sprachbarrieren und fehlendem Orientierungswissen groß ist.

7.2 MISSVERSTÄNDNISSE ÜBER DIE BEDEUTUNG DER KITA

Eine zentrale Hürde besteht darin, dass einige Eltern in herausfordernden Lebenslagen nicht ausreichend über die Bedeutung der Kindertagesbetreuung für die frühkindliche Bildung informiert sind. Sie verstehen die Kita primär als Spielort für ihre Kinder oder als Ort der Betreuung, nicht als Bildungsort (EXP 3) und unterschätzen die Bedeutung der Kita für die kindliche Entwicklung (EXP 2). Das berichten insbesondere Fachkräfte aus der Sprachstandfeststellung und den Sprachfördergruppen; sie treffen dort auf Familien, deren Kinder bis zum Alter von ca. vier-einhalb Jahren noch keine Kita besucht haben. Für diejenigen Eltern, die aus Kontexten kommen, in denen die frühe Betreuung oft von Familienmitgliedern abgedeckt wird, ist das Konzept einer externen frühen Betreuung fremd (EXP 8) und zunächst erklärungsbedürftig. Dies war auch in den Gesprächen mit den Stadtteilmüttern Thema:

„Es gibt auch Ängste, weil wir es anders gewohnt sind. Im Iran zum Beispiel ist die Kita eher wie das Lernen in der Schule. Wir wundern uns dann, dass die Kinder den ganzen Tag nur Spielen und nichts lernen.“ (G-Stm 1)

„Ich war so schockiert, als ich das Kitasystem in Deutschland kennengelernt habe. Ich habe meine Mutter angerufen, sie ist Lehrerin in Russland. Ich habe ihr gesagt: Mama, sie lernen dort gar nichts! Meine Mutter hat mich aber beruhigt. Sie hat gesagt: Warte ab, sie lernen etwas, du musst Geduld haben.“ (G-Stm 2)

Gleichzeitig wird deutlich, dass einige Eltern ein Bildungsinteresse für ihre Kinder haben, das sie aber nicht mit der Kita assoziieren, sondern ausschließlich mit der Schule:

„Die Eltern wollen gerne, dass das Kind Deutsch lernt, weil sie wissen selber, für sie ist Deutsch wie eine Hürde, wie eine Schwierigkeit, entspannter zu leben. Sie wünschen sich, dass das Kind nicht das gleiche Problem erlebt. [...] Sie denken, Schule reicht schon, weil Schule ernster ist. [...] Sie denken, Kita ist noch zum Spielen für kleine Kinder. Es wird nichts gelernt, es wird nur gespielt und ja, es fängt erst an ab der Schule.“ (EXP 2)

Dieses Missverständnis in Bezug auf die Bedeutung der Kita für die frühkindliche Bildung kann auch zu der paradoxen Situation führen, dass Eltern möchten, dass ihr Kind vorzeitig eingeschult wird, obwohl es noch nicht Deutsch sprechen kann und ihm wichtige Kompetenzen für den Schuleintritt fehlen (EXP 6). Ihnen ist nicht klar, dass auch im Spielen mit anderen Kindern

soziale und motorische Fähigkeiten erworben werden, die für den Schuleintritt wichtig sind (EXP 2, EXP 6). Die befragten Sprachberater*innen sowie die Koordinatorin einer Sprachfördergruppe berichten übereinstimmend, dass dieses Missverständnis in Bezug auf den Bildungs-ort Kita ein häufiger Grund für einen späten Kitabesuch ist:

„Und es wird ein Sprachförderbedarf ermittelt, das haben wir ganz oft, dann besteht ja eine Kitapflicht und dann kommen die Familien mit den Kindern hierher und fragen nach dem Kitaplatz und dann ist das Kind vier und hat noch nie eine Einrichtung besucht. Und ich frage wie kommt denn das? Und dann sagen sie ja, also wir haben das nicht für nötig angesehen, wir sind eine große Familie und das Kind hat noch fünf Geschwister und die übernehmen die Betreuung und die Mama ist zu Hause. Also die sehen gar nicht unbedingt so die Betreuung in einer Kita als entwicklungsfördernd.“ (EXP 6)

Allerdings sollten aus unserer Sicht auch die Kitas selbst davon überzeugt sein, dass sie eine Einrichtung der frühkindlichen Bildung sind, wozu auch Sprachförderung gehört, und sie müssen gewillt sein, das Berliner Bildungsprogramm umzusetzen, das die Grundlage der Arbeit in Berliner Kitas darstellt.¹¹ Die Rückmeldung einer Stadtteilmutter, die eine nicht-deutschsprachige Familie bei der Kitaplatzsuche begleitet hat, wirft einige Fragen bezüglich des Selbstverständnisses der betreffenden Kita auf und lässt auf eine mangelnde diversitätssensible Haltung der Kitaleitung schließen:

„Ich habe eine Familie bei der Kitaplatzsuche begleitet und dabei erwähnt, dass es wichtig ist, dass das Kind in die Kita geht, weil die Eltern noch kein Deutsch sprechen, und die Kitaleitung hat mir geantwortet: Hier ist aber keine Sprachschule, hier ist eine Kita. Wahnsinn. Das hat mich schockiert.“ (Stm 2)

7.3 LOGISTISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Familien in herausfordernden Lebenslagen sind häufig auf eine wohnortnahe Kita angewiesen; dies gilt insbesondere für Familien mit vielen Kindern im Säuglings-, Kleinkind- und Grundschulalter. In den vorangegangenen Kapiteln wurde bereits deutlich, dass eine wohnortnahe Kita für alle Eltern ein wichtiges Auswahlkriterium ist (vgl. Kap. 5). Für Familien in herausfordernden Lebenslagen kann eine weiter entfernte Kita jedoch zu einem ernsthaften logistischen Problem werden, wenn Wohnort, Schule und Kita weit auseinanderliegen (vgl. die Fallbeispiele in Kap. 5.4). Dies wurde auch in den Interviews mit den Stadtteilmüttern problematisiert, hier am konkreten Beispiel einer Familie:

„Ich habe eine Familie, die ohne Kita ist. Die Familie hat fünf Kinder und alle sind kleine Kinder. Drei Kinder gehen zur Grundschule, ein Kind ist im Kitaalter und sie haben ein Neugeborenes. Für solche Mamas ist eine Kita in der Nähe besser. Der Papa muss arbeiten gehen und die Mama versteht kein Deutsch. Sie kann nicht überall hin und her, um morgens früh die Kinder abzugeben oder abzuholen, das ist schwer für solche Familien.“ (Stm 4)

Die Frage der Mobilität ist zusätzlich eng mit den Sprachbarrieren und dem Sicherheitsgefühl von Eltern, insbesondere Müttern, verknüpft. So ist es für neu zugewanderte Eltern mit geringen Sprachkenntnissen nicht leicht, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, und insbesondere schwer, den Umstieg auf ein anderes Verkehrsmittel zu bewältigen (EXP 2). Insbesondere Mütter fühlen sich unsicher bei der Nutzung des ÖPNV – ganz abgesehen von den bereits beschriebenen logistischen Herausforderungen, die die Alltagsorganisation einer Mehrkindfamilie mit sich bringt.

¹¹ Zur Aufgabe der Kita in der frühkindlichen Bildung und zum Berliner Bildungsprogramm vgl. <https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/bildungswege/fruehkindliche-bildung/>, 04.09.2025.

„Es ist, ich denke, eines der größten Probleme: Sprachbarrieren und Unsicherheiten mit öffentlichem Verkehr. Es gibt Mütter, die kein Deutsch sprechen, die fühlen sich oft unsicher im Umgang mit öffentlichen Verkehrsmitteln ohne Vaterunterstützung, der auf der Arbeit ist.“ (EXP 2)

Die Interviewpartnerin berichtet hier von einigen Fällen, in denen aus logistischen Gründen in Kombination mit Ängsten und Unsicherheiten aufgrund von sprachlichen Schwierigkeiten der Besuch der Kita oder Sprachfördergruppe erschwert oder unmöglich wird. Dies verweist auch auf die Notwendigkeit, Mütter gezielt zu stärken und in ihrer Alltagsorganisation, aber auch in ihrem Spracherwerb zu unterstützen:

„Und ich hatte auch paar Fälle, wo der Vater angemeldet ist beim Jobcenter und er ist auch zuständig dafür, seine Kinder zur Schule und oder Kita zu bringen und entweder bringt er seine Kinder regelmäßig [...] zur Kita oder nimmt er das Jobcenterangebot mit der Arbeit an und ja dann fehlen die Kinder und gehen nicht zur Kita [...]. Und er ist zerrissen zwischen den beiden, weil die Mutti macht es nicht. Also entweder sie hat andere Kinder oder sie traut sich nicht wegen Sprachbarrieren.“ (EXP 2)

Unsichere Lebensumstände in Gemeinschaftsunterkünften bieten zusätzliche logistische Herausforderungen und können dazu führen, dass der Kitabesuch der Kinder verschoben wird. Es gibt Eltern, die – da sie auf eine Wohnung warten – davon ausgehen, dass es sinnvoller ist, den Kitaplatz erst dann zu suchen, wenn klar ist, in welchem Berliner Bezirk sie eine Wohnung finden werden. Damit möchten sie lange Fahrzeiten oder einen erneuten Kitawechsel vermeiden (G-Stm 1). Da die Wartezeiten angesichts der Wohnungsknappheit lang sind, kann dies zu erheblichen Verzögerungen beim Kitabesuch führen.

7.4 ÄNGSTE, UNSICHERHEITEN UND NEGATIVE ERFAHRUNGEN

In Kapitel 5.3 wurde bereits ausführlich auf Basis der Elterninterviews berichtet, welche Ängste und Unsicherheiten Eltern haben. Dazu gehören u.a. ein mangelndes Vertrauen in die Institutionen, die Angst vor Diskriminierung oder schlechter Behandlung, Skepsis hinsichtlich der Betreuungsqualität und der pädagogischen Methoden, Angst vor dem Verlust der Muttersprache sowie die Sorge, dass ein Kind, das sich noch nicht ausreichend sprachlich artikulieren kann, nicht davon berichten kann, wenn es zu Konflikten oder Schwierigkeiten in der Kita kommt. Diese Ängste und Unsicherheiten führen zwar nicht unbedingt dazu, dass Eltern keinen Kitaplatz in Anspruch nehmen möchten, können aber den Kitabesuch verzögern.

„Ich will mein zweites Kind erst mit ca. zweieinhalb Jahren in die Kita geben, erst wenn es sprechen kann und erzählen kann, was dort passiert. Ich habe kein Vertrauen.“ (EI 44)

Auch die befragten Expert*innen berichten davon, dass Eltern Berührungsängste haben, das Kind in eine für sie fremde Einrichtung zu geben, insbesondere wenn Eltern die Sprache nicht sprechen (EXP 2); sie haben Angst, dass ihnen in den Sprachfördergruppen „etwas passiert“, haben kein Vertrauen in die Institution und können sich nur schwer von ihren Kindern trennen (EXP 4, EXP 6). Durch die Pflicht zur Sprachförderung fühlen sich Eltern unter Druck gesetzt; sie bekommen Angst vor dem Jugendamt (EXP 2).

Ängste und Unsicherheiten sowie Vertrauensverlust können auch aufgrund von Diskriminierungserfahrungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen, z.B. mit Ämtern entstehen, die auf das System der frühkindlichen Bildung übertragen werden (EXP 9).

Ängste und Unsicherheiten entstehen aus einer Vielzahl von Gründen, die oftmals schwer zu identifizieren sind; bei geflüchteten Familien können auch traumatische Erfahrungen während der Flucht dazu führen, dass es schwer ist für Eltern, ihre Kinder abzugeben und entsprechendes Vertrauen in die Institutionen aufzubauen.

„Und was wir auch erleben ist, in den Flüchtlingsunterkünften ist es für die Eltern schwierig, die Kinder in einer Situation loszulassen. Und da ist nicht immer unbedingt identifizierbar, liegt es jetzt an der Situation der Migration, dass sie das System nicht kennen, oder ist es nicht einfach auch die Migration selbst, die sie im Moment nicht schaffen lässt, die Kinder auch loszulassen. Man hat eine sehr extreme Situation hinter sich und kommt im Flüchtlingsheim an und soll dann die Kinder auch gleich wieder weggeben.“ (EXP 8)

Das Thema Ängste und Unsicherheiten bezüglich des Systems der frühkindlichen Bildung betrifft nicht nur zugewanderte und geflüchtete Familien, sondern auch deutschsprachige Familien. Dies trifft vorrangig auf Familien zu, die in ihrer eigenen Kindheit negative Erfahrungen im frühkindlichen Bildungssystem gemacht haben und diese Erfahrungen auf ihre Kinder übertragen (EXP 1, EXP 12).

„Und auch eigene negative Erfahrungen im Betreuungskontext. Also wenn sie selber schon erlebt haben, abgeschoben worden zu sein selbst als Kinder und Kita nicht erlebt haben als eine Bereicherung, als einen Anker [...]. Und diese Familien haben oftmals keine positiven Erfahrungen und geben das wie so eine Art Gendefekt wirklich weiter und sagen dann: Nee, mein Kind geht in keine Kita. Ich habe so viel als Kind so gelitten, meine Mutter hat mich da immer abgegeben und ich musste dann das Essen aufessen.“ (EXP 1)

In all diesen Fällen ist sensible Beratung und Begleitung nötig, um den Eltern ihre Ängste zu nehmen.

7.5 MANGELNDE TECHNISCHE AUSSTATTUNG UND TECHNIKNUTZUNG

Eltern in herausfordernden Lebenslagen sind eine heterogene Gruppe von Menschen, die über unterschiedliche Kompetenzen und Zugänge zu Technik verfügen. Das Beantragen von Kita-Gutscheinen und die Anmeldung an einer Kita ist für einige Eltern auch aufgrund fehlender technischer Ausstattung und/oder wegen fehlender Nutzung der Technik kompliziert. Sie haben Schwierigkeiten, E-Mails zu schreiben, Dokumente einzuscannen oder das Internet zur systematischen Recherche zu nutzen. So betont eine Koordinatorin eines Sprachförderangebots, dass auch technische Schwierigkeiten zu Ausschlüssen führen können (EXP 2).

Ein Vater schildert seine Suche nach einem Kitaplatz wie folgt und geht dabei u.a. auch auf technische Barrieren ein, die er nur mit Unterstützung überwinden kann:

„Wir haben die Kinder erst so spät in die Kita geschickt, da es bis jetzt für uns schwierig war Kitaplätze zu finden. Wir waren viel persönlich vor Ort, um die Kinder in einer Kita anzumelden, aber irgendwie, vielleicht wegen der Sprache oder vielleicht auch aus anderen Gründen, haben wir keine Antwort bekommen. [...] Meine Nachbarn haben für uns im Internet recherchiert, ich kenne mich leider mit dem Internet in solchen Situationen nicht aus.“ (EI 31)

7.6 MULTIPLE PROBLEMLAGEN VON FAMILIEN

Herausfordernde Lebenslagen der Familien wie Armut, Arbeitslosigkeit, Scheidung und Trennung, beengte Wohnverhältnisse, alleinige Erziehungsverantwortung sowie psychische Erkrankungen der Eltern können den Kitazugang oder aber auch den regelmäßigen Kitabesuch erschweren. Sind Eltern beispielsweise psychisch belastet, so fällt es ihnen auch schwer, einen Kitaplatz zu organisieren.

„Es ist mit Scham auch verbunden zu sagen, ich habe die und die Probleme, ich habe vielleicht eine Erkrankung, ich habe eine Depression, ich komme nicht aus dem Haus raus. Und dann fällt es mir auch schwer, für mein Kind einen Kitaplatz zu organisieren.“ (EXP 1)

Eltern mit multiplen Problemlagen kommen häufig nur in Begleitung oder durch Vermittlung des Regionalen Sozialen Dienst (RSD), des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (KJGD), der

Stadtteilmütter oder der Integrationslotsen zur Kitaplatzberatung und -vermittlung ins Jugendamt. Hier ist eine sensible Beratungsarbeit notwendig, die die Ängste der Eltern ernst nimmt.

„Die haben kein Vertrauen mehr in dieses Thema, diese Familien. Die sind erschüttert, die sind skeptisch, misstrauisch, hochgradig kritisch, haben auch selber wirklich auch Erlebnisse teilweise gehabt, die dann auch übertragen werden aufs Kind. Und da muss man erstmal, das muss reifen im Kopf und dann, das kriegt man aber an den Beratungsprozessen hier mit, dann muss man das sehr sensibel und behutsam so aufbauen, dass sie sich darauf einlassen.“ (EXP 1)

7.7 WUNSCH NACH BETREUUNG ZU HAUSE

Der Wunsch nach einer Betreuung zu Hause aus der Überzeugung heraus, dass die Betreuung im familiären Umfeld die pädagogisch bessere Wahl darstellt, wurde von den Interviewpartner*innen nur sehr punktuell als Barriere genannt (EXP 4, EXP 7) und auch aus den Elterninterviews ergeben sich diesbezüglich kaum Anhaltspunkte. Ein später Kitabesuch ergibt sich eher aus den bereits oben genannten Gründen, insbesondere aufgrund von Ängsten und Unsicherheiten, logistischen Schwierigkeiten und Missverständnissen in Bezug auf die Bedeutung der Kita als Bildungsort – in Kombination mit den genannten Schwierigkeiten infolge des mehrschrittigen Anmeldeverfahrens sowie eines Platzmangels, der insbesondere für ältere Kinder über drei Jahren ein Problem darstellt.

7.8 FAZIT

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass neben den strukturellen Hürden auch familiäre und gesellschaftliche Hürden identifiziert werden konnten, die für Familien in herausfordernden Lebenslagen den Kitazugang erschweren. Hier sind insbesondere sprachliche Schwierigkeiten, also geringe oder fehlende Deutschkenntnisse zu nennen sowie eine Alphabetisierung in einer anderen Schriftsprache als zusätzliche Hürde. Ganz besondere Schwierigkeiten im Kitazugang ergeben sich für Menschen, die nicht alphabetisiert sind, da sie in allen Verfahrensschritten auf Unterstützung angewiesen sind. Sprachliche Schwierigkeiten gehen oft einher mit einem fehlenden Orientierungswissen, also einer mangelnden Kenntnis der Strukturen, Verfahrens- und Arbeitsweisen der Ämter und Institutionen. Auch Missverständnisse über die Bedeutung der Kita als Bildungsort können dazu führen, dass Eltern nicht oder erst spät den Weg in die Kita finden, da sie die Kita vorwiegend als Ort zum Spielen wahrnehmen und unterschätzen, welche wichtigen Kompetenzen Kinder durch den Kitabesuch erlernen. Logistische Herausforderungen ergeben sich vor allem, wenn kein wohnortnaher Kitaplatz vorhanden ist und öffentliche Verkehrsmittel genutzt werden müssen. Dies ist zum einen insbesondere für Frauen, die geringe Deutschkenntnisse haben, mit Ängsten und Unsicherheiten verbunden, zum anderen stellt es insbesondere Eltern mit mehreren kleinen Kindern vor organisatorische Schwierigkeiten, z.B. wenn Schule und Kita weit auseinander liegen.

Ängste und Unsicherheiten in Bezug darauf, ob das eigene Kind in der Kita gut behandelt wird, können dazu beitragen, dass Kinder eher später in die Kita gegeben werden, wenn sie sich schon deutlich artikulieren und über ihre Erlebnisse sprechen können. Eigene negative Erfahrungen mit Ämtern und Behörden, Diskriminierungserfahrungen in der deutschen Gesellschaft und negative Erinnerungen an die eigene Kitazeit können den Kitabesuch verzögern oder verhindern. Multiple Problemlagen von Familien, wie beispielsweise Arbeitslosigkeit, Armut und psychische Erkrankungen, können dazu führen, dass dem Kitabesuch des Kindes keine Priorität eingeräumt wird, weil andere Probleme oder Themen als dringlicher empfunden werden oder weil der Unterstützungsbedarf hoch ist. Mangelnde technische Ausstattung oder Nutzung der Technik, wie z.B. das Scannen von Dokumenten oder das Verfassen einer E-Mail, können für einige Eltern eine weitere Hürde darstellen. Weiterhin kann auch der Wunsch nach Betreuung

Wie gelingt ein früher Einstieg in die frühkindliche Bildung für alle Kinder in Berlin?

im häuslichen Umfeld aus der Überzeugung heraus, dass dies die bessere Betreuungsform darstellt, den Kitabesuch verhindern.

8 FÖRDERLICHE FAKTOREN UND STRATEGIEN

Das folgende Kapitel stellt dar, was bereits gut funktioniert, um den Kitazugang für Familien in herausfordernden Lebenslagen zu erleichtern. Dabei handelt es sich um Strategien, die aus Sicht der befragten Expert*innen bereits erfolgreich umgesetzt werden, aber noch ausgebaut werden könnten, um noch mehr Familien den Zugang zu erleichtern, sowie um förderliche Faktoren für den Zugang. Neben der Expert*innenperspektive fließen in das Kapitel auch die Erfahrungen der befragten Eltern ein, die einen Kitaplatz gefunden haben.¹² Anhand der Interviews lässt sich aufzeigen, was für diese Eltern hilfreich war, um einen Kitaplatz zu finden.

8.1 AUFSUCHENDE STRATEGIEN, PERSÖNLICHE BEGLEITUNG UND DIE BEDEUTUNG INFORMELLER NETZWERKE

Die Interviews mit Eltern zeigen deutlich, dass Unterstützung bei der Kitaplatzsuche für viele Familien der entscheidende Schlüssel war, um überhaupt einen Platz zu finden. Besonders häufig wird die Hilfe der Stadtteilmütter genannt¹³, die Eltern nicht nur beim Ausfüllen von Formularen oder der Onlinesuche begleiteten, sondern auch als Sprachmittlerinnen fungierten und umfassend über das Kita- und Schulsystem informierten. In mehreren Fällen halfen sie konkret bei der Kontaktaufnahme mit Kitas und Kinderärzt*innen – um einen Termin für die Kitatauglichkeitsuntersuchung zu bekommen –, beim Telefonieren, Übersetzen oder bei der Begleitung zu Terminen mit Kitaleitungen. Auch bei der kreativen Erstellung der Bewerbungsunterlagen unterstützten die Stadtteilmütter – damit ist die Hoffnung verbunden, bessere Chancen bei der Bewerbung in den Kitas zu haben:

„Ich unterstütze Familien mit Migrationshintergrund bei der Kitasuche und bei den Anschreiben. Es ist wichtig, das schön zu machen. Ich beklebe das mit Stickern und dann finden die das so nett und schön.“ (Stm 5)

Einige Eltern nannten auch die Unterstützung durch das Jugendamt als hilfreich, wenn es um die Vermittlung von Plätzen oder Informationen ging, wobei hier oftmals noch eine Vermittlung durch Stadtteilmütter oder ein Hinweis von anderen Eltern, Nachbar*innen oder Fachkräften nötig war, um den Weg ins Jugendamt zu finden. So berichtete eine Mutter: „Informationen und Hilfe habe ich von der Nachbarin und vom Jugendamt bekommen“ (EI 8).

Ebenfalls wichtig war die Unterstützung durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD) oder Beratungsstellen und Familienzentren im Sozialraum. Diese stellten Listen mit Kitas zur Verfügung, erklärten Anmeldeverfahren und motivierten Eltern, frühzeitig mit der Suche zu beginnen. Auch Bekannte, Nachbar*innen oder Freund*innen spielten eine Rolle, indem sie gute Kontakte zu Kitaleitungen herstellten oder praktische Tipps gaben.

Eltern, die wenig Erfahrung mit digitalen Suchportalen hatten, profitierten stark von persönlicher Begleitung bei der Internetnutzung oder von alternativen Wegen wie direktem Nachfragen in Kitas. So erklärte eine Mutter: „Mit Unterstützung einer Stadtteilmutter war die Suche nach einem Kitaplatz sehr einfach“ (EI 3).

Zusammenfassend wird aus den Elterninterviews deutlich, dass eine niedrighschwellige, persönlich zugewandte Unterstützung – besonders durch Stadtteilmütter, Beratungsstellen, Familienzentren, Familienservicebüros und informelle Netzwerke – ein entscheidender Faktor sein kann,

¹² Zur Erläuterung: 32 Eltern haben bereits einen Kitaplatz gefunden; sechs weitere Eltern hatten keinen Kitaplatz, aber ihre Kinder in einer Sprachfördergruppe.

¹³ Dass Stadtteilmütter in den Interviews besonders präsent sind, hängt auch damit zusammen, dass viele Gespräche von ihnen mit Eltern aus ihrem Betreuungsumfeld geführt wurden (siehe Kap. 2). Zugleich verdeutlicht dies ihr großes Potenzial als zentrale Unterstützung beim Zugang zur frühkindlichen Bildung.

um Hürden wie fehlende Sprachkenntnisse, mangelnde digitale Kompetenzen oder Unkenntnis des Anmeldeverfahrens zu überwinden.

Diese Befunde bestätigen auch die befragten Expert*innen. Ihrer Einschätzung nach funktionieren aufsuchende, begleitende und mobile Angebote besonders gut, um den Kitazugang zu erleichtern. Dabei werden insbesondere Lots*innenprojekte wie Stadtteilmütter und Integrationslots*innen (EXP 8) als Brücke zwischen Familien und Kita sowie zwischen Familien und Jugendamt genannt. Eine Interviewpartnerin aus einem Jugendamt kommt deswegen zu dem Schluss: „Wir brauchen viel mehr Stadtteilmütter“ (EXP 1). Mitarbeitende aus Familienservicebüros und Jugendämtern sowie Fachkräfte aus den Sprachberater*innenteams berichten, dass Eltern in herausfordernden Lebenslagen auch in Begleitung der Stadtteilmütter kommen, die den Weg in die Institutionen und Angebote ebnen, bei der Sprachmittlung helfen und über die Bedeutung der Kita für die frühkindliche Bildung aufklären. Weiterhin funktioniert es sehr gut, wenn das Personal in den Jugendämtern die Eltern „an die Hand nimmt“ und das mehrschrittige Verfahren mit ihnen gemeinsam durchläuft (EXP 6, EXP 11). Das bestätigt die Befunde der Kita-Befragung, in der die Zusammenarbeit zwischen Kitas und Jugendämtern und auch der Einbezug von Stadtteilmüttern zu den als besonders hilfreich bewerteten Maßnahmen gehören.

Weitere erfolgreiche berlinweite und lokale Angebote, die von den Interviewpartner*innen genannt werden, sind die Familienzentren, die Kitasozialarbeit und die offene Familienwohnung. Auch wenn sich die Kitasozialarbeit vorrangig an Eltern richtet, die bereits in der Kita sind, kann dieses Angebot auch positive Effekte auf den Kitazugang haben, denn es stärkt – ebenso wie die Familienzentren – den Kontakt der Eltern untereinander und ihre Vernetzung. Entsprechend werden beide Angebote in der Kita-Befragung ebenfalls als besonders hilfreiche Maßnahmen bewertet. Die Elterninterviews haben bereits gezeigt, dass andere Eltern, Freund*innen oder Nachbar*innen häufig eine wichtige Rolle bei der Informationsvermittlung spielen und über die Bedeutung der Kita für die frühkindliche Bildung aufklären (können). Die befragten Expert*innen bestätigen, dass es förderlich ist, „Schneeballeffekte“ zu nutzen, da durch informelle Elternnetzwerke viele Informationen, aber auch Erfahrungen und Überzeugungen weitergegeben werden (EXP 6, EXP 10). Im Rahmen eines inzwischen ausgelaufenen Modellprojekts wurden an Familienzentren spezielle Elterngruppen eingerichtet, die Eltern und Kinder auf die Kita vorbereiten und beim Kitazugang behilflich sind; um Berührungspunkte abzubauen und das Konzept Kita kennenzulernen, besuchten die Elterngruppen gemeinsam Kitas in der Umgebung (EXP 3, EXP 11).

Als erfolgreich wird auch die mobile Beratung des Jugendamts in Familienzentren und Gemeinschaftsunterkünften eingeschätzt (EXP 3, EXP 8). Dazu eine Expertin aus einem Jugendamt:

„Wir gehen also in Familienzentren, hocken uns da auf die Matte, um uns krabbeln die Babys und wir erzählen, wie man einen Kitaplatz bekommt und einen Kita-Gutschein beantragt. Und das eben auch zunehmend jetzt in [Stadtteil], also in Familienzentren, wo viele Eltern hinkommen mit Migrationshintergrund. Und da merken wir, das funktioniert. Man muss sich wirklich auch so mittenrein setzen. Also man darf nicht in einem Büro sitzen und dann geht man da mal hin, sondern man muss da mittendrin sitzen und dann gibt es auch so einen Klebeeffekt, dann sehen die Familien, ah, die wird da beraten, die kriegt da Informationen, da gehe ich auch mal hin.“ (EXP 8)

Das Interviewzitat macht plastisch deutlich, dass eine lebensweltliche, aufsuchende Arbeit eine Wirkung hat, die über die beratenen Eltern hinausgeht („Klebeeffekt“), und so viele Familien erreicht.

8.2 MEHRSPRACHIGKEIT UND HALTUNG

Wenn Eltern negative, ausgrenzende Erfahrungen in der Kita machen, kann sich das auch auf das Bemühen anderer Eltern, einen Kitaplatz zu finden, auswirken, da Eltern gut miteinander

vernetzt sind. So berichtet eine befragte Mutter, dass sie sich in der Kita, in der sie für ihr Kind einen Platz gefunden hat, nicht wirklich willkommen fühlt:

„Ich wünschte, das Personal wäre geduldiger, wenn es darum geht, die Schwierigkeiten ausländischer Eltern zu verstehen, da sie die Sprache nicht gut verstehen und einige Schwierigkeiten haben, die Regeln der Kita zu verstehen und zu befolgen.“ (EI 33)

Umgekehrt kann die offene Haltung der Mitarbeitenden und die diversitäts- und armutssensible Ausrichtung der Einrichtung dazu führen, dass sie als positiver Ort wahrgenommen wird, und sich förderlich auf den Kitazugang auswirken. Dazu trägt auch die Anwesenheit von mehrsprachigem Personal bei (EXP 9, EXP 12).

Gefragt nach ihren Wünschen und Verbesserungsvorschlägen wurden von den Eltern für die Kitas selbst u.a. mehrsprachige Erzieher*innen (EI 1, EI 11, EI 23), kultursensible (diversitätssensible) Aufnahmeprozesse, z.B. durch mehr Erzieher*innen mit Migrationshintergrund, (EI 6, EI 17) und mehr Respekt gegenüber Eltern nicht-deutscher Herkunftssprache sowie mehr Austausch zwischen Fachkräften und Eltern (EI 3, EI 21, EI 33) vorgeschlagen, was zeigt, dass Eltern mit Kitaplatz hier einen Bedarf sehen.

Eine Offenheit kann nach außen auch durch Willkommenstreffen und Tage der offenen Tür signalisiert werden, die diversitätssensibel gestaltet werden. Damit wurden gerade in benachteiligten Stadtteilen gute Erfahrungen gemacht (EXP 1). Diese Willkommenstreffen können dazu dienen, Eltern über das Anmeldeverfahren zu informieren, die Kita kennenzulernen, aber auch das Bildungskonzept und den Kitaalltag vorzustellen (EXP 1). Positive Erfahrungen werden an andere Eltern weitergegeben (EXP 9).

Grundsätzlich förderlich – und das gilt für alle Fachkräfte, Projekte und Einrichtungen, die den Kitazugang unterstützen – sind mehrsprachige Informationsmaterialien (EXP 1) und die Kommunikation in einfacher Sprache oder mit Unterstützung von Sprachmittler*innen. Mehrsprachige Informationsmaterialien wurden auch von den Kitaleitungen als besonders hilfreiche Maßnahme in der Unterstützung von Familien in herausfordernden Lebenslagen benannt.

Förderlich ist ebenfalls eine Haltung der Fachkräfte, die nicht in den Schwierigkeiten verharrt und auf die vermeintlichen Defizite von Eltern schaut, sondern eine Haltung, die immer wieder zur professionellen Selbstreflexion anregt, um Lösungsmöglichkeiten für auftretende Probleme zu finden. In diesem Sinne formulierte eine befragte Jugendamtsmitarbeiterin:

„Also wir erleben natürlich auch, dass wir Eltern nicht erreichen, aber dann eben nicht zu sagen, die Eltern sind nicht erreichbar, sondern sich zu überlegen, was können wir jetzt uns noch überlegen, damit wir die Eltern erreichen.“ (EXP 8)

Dazu gehören auch innovative Strategien. Positive Erfahrungen haben Mitarbeitende von Jugendämtern beispielsweise mit einem gezielten „Matching“ von Familien und Kitas gemacht. Dies hat sich insbesondere auch in „komplizierten“ Fällen bewährt, in denen Verhaltensauffälligkeiten des Kindes vorliegen (EXP 3, EXP 12). Voraussetzung für ein gezieltes „Matching“ ist neben der Sensibilität für die Bedarfe der jeweiligen Familie bzw. des Kindes auch eine gute Kenntnis der eigenen bezirklichen Kitalandschaft und ein enger Austausch zwischen Jugendamt und Kitaträgern. Das betreffende Jugendamt ist mit dieser Strategie nach eigener Aussage sehr erfolgreich und betont die sozialpädagogische Bedeutung der Vermittlung:

„Und deswegen ist für mich Kitaplatzvermittlung nicht ein Verwaltungsakt. Das ist für mich ganz deutlich ein sozialpädagogischer Auftrag.“ (EXP 3)

Eine offene, diversitäts- und armutssensible Haltung ist kein Automatismus, sondern eine Frage von professionellen und persönlichen Reflexionsprozessen, die durch Fortbildungen gefördert werden können. So wurden in verschiedenen Modellprojekten entsprechende Fortbildungen für Kitaleitungen umgesetzt (EXP 3, EXP 9). Eine Mitarbeiterin eines weiteren Jugendamts berichtet, dass sie durch gezielte Workshops mit Methoden der Biografiearbeit die Kooperation

zwischen Kita, Schule und Stadtteilmüttern fördert und dass dies sehr erfolgreich ist, um eine Haltung auf Augenhöhe zwischen diesen verschiedenen Akteur*innen, die unterschiedlich sozial positioniert sind und sich in einem hierarchischen Verhältnis befinden, herzustellen.

„Diese Augenhöhe stellt sich normalerweise nicht automatisch ein, sondern dafür muss man etwas tun. Da muss man an der eigenen Haltung arbeiten oder man muss auch zusammen was gemeinsam tun, einen Reflexionsprozess durchleben und merken, die andere Person hat ein Wissen, was meinem vielleicht ähnlich ist oder was mein Wissen ergänzt oder hat Erfahrungen gemacht, die ähnlich sind.“ (EXP 5)

Die Initiierung von solchen professionellen Reflexionsprozessen kann aufgrund von Haltungsänderungen zu verbesserten Kooperationen führen und damit langfristig auch Auswirkungen auf die Begleitung von Familien bei den unterschiedlichen Übergängen, auch dem Übergang von der Familie in die Kita, haben.

8.3 FRÜHE AUFKLÄRUNG UND VERNETZUNG

Aus der Erfahrung eines regionalen Kitaplatzmangels heraus richten viele der interviewten Eltern an andere Eltern den Rat, frühzeitig mit der Suche zu beginnen – teils „bereits in der Schwangerschaft“ (EI 7, EI 8, EI 16, EI 25) oder „direkt nach der Geburt“ (EI 2, EI 12, EI 20, EI 31) – und in den Kitas regelmäßig nachzufragen („nach der Anmeldung oft anrufen und sich erkundigen“, EI 9).

Dass frühe Aufklärung und Information wichtig sind, davon gehen auch die befragten Expert*innen aus. Dies begründet sich vorwiegend aus dem Anliegen, Eltern frühzeitig zu erreichen, um sie möglichst von Geburt an unterstützen zu können (EXP 8). Informationen zum Kitazugang und Aufklärung über die Bedeutung der Kita sind in diesem Sinne ein Baustein einer umfassenden Förderung, Unterstützung und Prävention.

Als hilfreich für eine frühe Ansprache und Aufklärung der Eltern wird beispielsweise die Zusammenarbeit der Jugendämter mit den Babylotsen erlebt, die Schwangere und Eltern in Krankenhäusern zu Themen rund um die Geburt informieren (EXP 8). Auch die Einbindung des Themas Kitazugang in die Arbeit des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (KJGD) wird als erfolgreich gewertet, z.B. im Rahmen der Erstbesuche des KJGD, die z.T. auch in Kooperation mit Stadtteilmüttern durchgeführt werden. Das Werkstattgespräch hat jedoch gezeigt, dass die Kooperationen zwischen KJGD und Stadtteilmüttern in den einzelnen Berliner Bezirken unterschiedlich stark ausgebaut ist (WKG).

Grundsätzlich wird von den befragten Jugendamtsmitarbeitenden eine ressortübergreifende Kooperation und Vernetzung der Jugend- und Gesundheitsämter empfohlen, bei der der KJGD als Schnittstelle eine wichtige Rolle spielt:

*„Der KJGD ist eine ganz essenzielle Verbindungsstelle, weil die ja diese Erstbesuche machen, wenn Kinder geboren werden. Und die machen auch die Einschulungsuntersuchungen [...]. Und das war für uns eine ganz große Schnittstelle. Die haben ja Sozialarbeiter*innen in den Teams und Ärzt*innen. Wir haben da regelmäßige Austausche gemacht, aber auch die Erziehungs- und Familienberatungsstelle, freie Träger, andere Beratungsstellen haben wir einfach massiv mit Informationen zu Rechtsansprüchen [versorgt].“ (EXP 3)*

Aber nicht nur die Vernetzung der Ämter untereinander, sondern auch die Vernetzung der Ämter mit den Angeboten der freien Träger wird als hilfreich für den Kitazugang angesehen. Hat sich eine Kooperation etabliert, kann die Vermittlung sehr gut klappen, berichtet hier eine Jugendamtsmitarbeiterin: „Wir haben guten Kontakt gehabt eine Zeit lang mit einem Frauenzentrum [...]. Die haben immer mal wieder Familien hier und alleinerziehende Frauen mit Kind an uns vermittelt“ (EXP 1).

Personalwechsel, reduzierte Ressourcen oder die Streichung von Angeboten können jedoch Vermittlungen erschweren oder vorhandene Kooperationen zunichtemachen. Deswegen wünschen sich Jugendamtsmitarbeitende mehr Ressourcen für Angebote der frühkindlichen Bildung, Familienförderung und Vernetzung, um eine noch höhere Wirksamkeit herzustellen (EXP 8). Die frühzeitige Aufklärung über die Bedeutung der Kita als Bildungsort wird dabei als essenziell angesehen (EXP 8).

Das Jugendamt selbst kann auch Kooperationen initiieren, die direkten Zugang schaffen, wie am Beispiel von Kooperationen von Kitas mit Gemeinschaftsunterkünften berichtet wird, die vom Jugendamt vermittelt wurden (EXP 3).

Schließlich sind bezirkliche Bildungsnetzwerke und Bildungsverbände eine gute Möglichkeit, um das Thema Kitazugänge trägerübergreifend in Kooperation zu bearbeiten; allerdings besteht das Problem, dass die Kitaträger freiwillig in den Netzwerken mitarbeiten und nicht immer ausreichend Ressourcen für die zusätzliche Netzwerkarbeit haben (EXP 8).

8.4 BÜNDELUNG VON INFORMATIONEN UND RÄUMLICHE NÄHE VON ANGEBOTEN

Die räumliche Nähe von Angeboten, z.B. Angebote der Familienförderung mit einer Kita in unmittelbarer Nähe, ist ein förderlicher Faktor für den Kitazugang (EXP 9). Kurze Wege erleichtern die Zugänge, aber auch die Kooperationen der Einrichtungen untereinander.

Weiterhin stellt die Bündelung von Informationen an einem Ort, wie sie die Familienservicebüros bieten, eine sehr erfolgreiche Strategie dar, die den Kitazugang erleichtert. In den Interviews wird betont, wie gut das Familienservicebüro auch von Familien in herausfordernden Lebenslagen angenommen wird – unter anderem deswegen, weil es nicht mit dem Jugendamt identifiziert wird und weil die Mitarbeitenden dort unkompliziert bei unterschiedlichen Anliegen unterstützen: „Also das ist ein ganz toller Zugang, der niedrigschwellig ist, der schnell ist, unkompliziert ist und das ist eine Errungenschaft, muss man wirklich mal so sagen“ (EXP 1). Neben den festen bezirklichen Standorten werden auch die mobilen Angebote der einzelnen Familienservicebüros als wichtige Strategie zur Erreichung von Familien in herausfordernden Lebenslagen hervorgehoben. Auch unterstützen die Stadtteilmütter Familien, indem sie sie zu den Familienservicebüros begleiten.

Eine Interviewpartnerin macht deutlich, dass das Konzept zwar sehr erfolgreich ist und viele Familien erreicht, aber unbedingt noch ausgebaut werden müsste, da die Bewohner*innen nicht flächendeckend erreicht werden können und der Unterstützungsbedarf auch jenseits von administrativen Hilfeleistungen hoch ist.

„Dieses Konzept Familienservicebüro ist natürlich auch ein sehr erfolgreiches Konzept, weil wir mit diesem Konzept sehr viele Menschen erreichen. Also die Zahlen sprechen ja immer für unser Familienservicebüro, aber [...] auch das schaffen wir eben nicht flächendeckend. Gerade für die Familien mit besonderen Bedarfen bräuchten wir noch viel stärker die Sozialarbeit mit hier am Standort. [...] Aber für einen Bezirk mit [so vielen] Einwohnern ist es natürlich auch wenig, obwohl dieses Konzept super ist.“ (EXP 8)

Auch die Einschätzungen aus dem Werkstattgespräch bestätigen, dass dieses erfolgreiche Konzept noch weiter ausgebaut werden sollte, um noch mehr Familien zu erreichen.

8.5 FAZIT

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass aufsuchende Strategien und Angebote der niedrigschwelligen Begleitung und Unterstützung besonders erfolgreich sind, um Zugänge zur frühkindlichen Bildung zu schaffen. Das umfasst die Unterstützung bei sprachlichen und

Wie gelingt ein früher Einstieg in die frühkindliche Bildung für alle Kinder in Berlin?

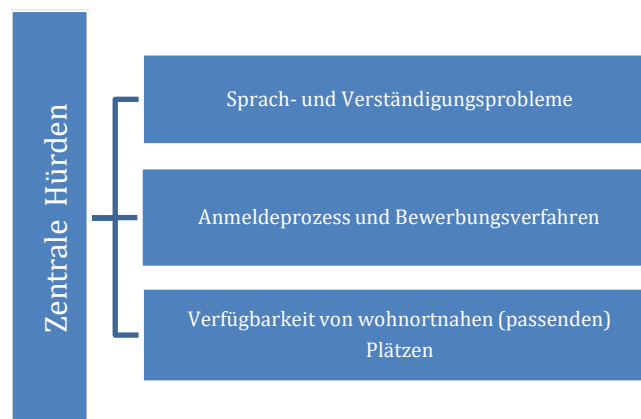
administrativen Schwierigkeiten, aber auch Aufklärung in Bezug auf die Bedeutung der Kita. Darüber hinaus spielen informelle Elternnetzwerke und Kontakte bei der Weitergabe von Informationen, Einschätzungen und Erfahrungen eine große Rolle. Eine offene, diversitäts- und armutssensible Haltung von Fachkräften ist essenziell, um Eltern zu erreichen; Kitas, die entsprechend aufgestellt sind, haben auch eine Außenwirkung, die positiv auf Eltern wirkt und Vertrauen fördert. Eine frühzeitige Ansprache von Eltern, z.B. über den KJGD, sowie die Vernetzung der Ämter untereinander hat sich ebenso bewährt wie ein vernetztes Vorgehen von Einrichtungen und Projekten mit Kitas und Jugendämtern. Schließlich ist auch die Bündelung von Informationen und die räumliche Nähe von Angeboten förderlich für den Kitazugang, wie sich am erfolgreichen Beispiel der Familienservicebüros zeigt.

9 ZUSAMMENFASSUNG ZENTRALER BEFUNDE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Alle Berliner Kinder ab einem Jahr haben das Recht auf einen Kitaplatz oder auf einen Platz in der Tagespflege. Aufbauend auf dem Forschungsstand, der zeigt, dass Kinder aus Familien in herausfordernden Lebenslagen trotz gleicher Bedarfe erschwerten Zugang zu frühkindlicher Bildung haben, konnte die Studie eine Vielzahl von Hürden identifizieren, die dazu führen, dass Familien ihr Recht auf einen Kitaplatz nicht in Anspruch nehmen können. Dabei ist es in der Regel nicht eine einzelne Hürde, sondern das Zusammenspiel mehrerer Faktoren, das Familien besonders belastet.

Alle befragten Gruppen – also Eltern, Kitaleitungen und Expert*innen – stimmen darin überein, dass insbesondere drei Aspekte große Hürden beim Kitazugang darstellen (siehe Abb. 11): Erstens erschweren Sprach- und Verständigungsprobleme zwischen Eltern und Kitas sowie sprachliche Schwierigkeiten im Anmeldeprozess den Zugang. Zweitens stellen der voraussetzungs- volle mehrstufige Anmeldeprozess, das uneinheitliche Bewerbungsverfahren bei den Kitas sowie die fehlende Transparenz über freie Plätze – die Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmechanismen im Aufnahmeverfahren begünstigt – eine große Hürde dar. Und drittens spielt die Verfügbarkeit wohnortnaher Plätze eine zentrale Rolle beim Kitazugang. Wohnortnahe Plätze sind keine Frage der Bequemlichkeit, sondern für Familien mit mehreren kleinen Kindern eine logistische Notwendigkeit. Darüber hinaus sind Kitaplätze, die nicht fußläufig zu erreichen sind, auch aufgrund von fehlender Orientierung in der Stadt, Verständigungsproblemen sowie Ängsten und Unsicherheiten bei der Nutzung des ÖPNV ein Problem für Eltern, die neu zugewandert sind bzw. erst seit Kurzem in der Stadt wohnen.

Abbildung 11: Zentrale Hürden



Ebenfalls von allen drei befragten Gruppen benannt wird, dass passende (wohnortnahe) Plätze für Kinder mit besonderen Bedürfnissen fehlen. In der standardisierten Befragung der Kitaleitungen ist dieser Aspekt der fehlenden passenden Plätze nicht weiter spezifiziert und kann auch etwas mit Gruppenzusammensetzung (z.B. Kriterien Alter und Geschlecht) zu tun haben. In den Interviews wird aber deutlich, dass es z.B. gerade für Kinder aus dem Autismus-Spektrum schwer ist, Plätze zu finden.

Die Studie hat keine Hinweise darauf gefunden, dass Eltern in herausfordernden Lebenslagen kein Interesse an frühkindlicher Bildung ihrer Kinder haben. Im Gegenteil: Besonders in den Elterninterviews wird deutlich, wie wichtig für Eltern die Schulvorbereitung und – für Kinder aus Familien mit einer anderen Herkunftssprache – das Erlernen der deutschen Sprache ist. Allerdings gibt es in den Experten*inneninterviews deutliche Hinweise darauf, dass einige Eltern Kita eher als Ort zum Spielen mit Gleichaltrigen sehen und Bildung ausschließlich in der Schule verorten, der sie große Bedeutung zumessen. Kitaleitungen und Expert*innen betonen

entsprechend, dass die Bedeutung von Kita als eigenständige Bildungsinstitution und für die Schulvorbereitung stärker vermittelt werden muss.

Eltern brauchen Unterstützung, damit sie ihr Recht auf einen Kitaplatz auch wirklich in Anspruch nehmen können. Die Befunde aus den Eltern- und Expert*inneninterviews haben gezeigt, dass insbesondere aufsuchende und niedrigschwellige Ansätze der Beratung und Begleitung eine zentrale Rolle für einen erfolgreichen Kitazugang spielen. Außerdem sind informelle Netzwerke von Eltern wichtig für die Weitergabe von Informationen, aber auch von Einschätzungen und Erfahrungen. Die diversitäts- und armutssensible Ausrichtung einer Kita hat eine positive Außenwirkung und trägt dazu bei, das Vertrauen in das System der frühkindlichen Bildung zu stärken. Eine frühe Ansprache und Unterstützung sind notwendig, um Informationen und Aufklärung zum System der frühkindlichen Bildung rechtzeitig zu vermitteln. Dies bedarf ressortübergreifender Abstimmung und Zusammenarbeit auf Seiten der Jugend- und Gesundheitsämter.

Auf Basis der empirischen Ergebnisse wurden Handlungsempfehlungen entwickelt, die die unterschiedlichen Hürden adressieren und sich an unterschiedliche Akteur*innen richten. Aus Sicht der Studie sind diese Empfehlungen geeignet, den Zugang zur frühkindlichen Bildung für Familien in herausfordernden Lebenslagen zu erleichtern, sodass diese ihren Rechtsanspruch wahrnehmen können.

10 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN ZUM ABBAU VON ZUGANGSHÜRDEN ZUR FRÜHKINDLICHEN BILDUNG

Die folgenden Handlungsempfehlungen zum Abbau von Zugangshürden zur frühkindlichen Bildung für Familien in herausfordernden Lebenslagen basieren auf den aktuellen Befunden der Studie. Trotz Geburtenrückgang ist in einigen Bezirken bzw. Bezirksregionen die Lage in Hinblick auf die Verfügbarkeit von Plätzen angespannt. In anderen Regionen werben Kitas bereits um Kinder und gehen dabei neue Wege, z.B. mittels Kooperationen mit Unterküften von Geflüchteten. Die Auswirkungen dieser Entwicklungen sollten auch in Hinblick auf die Bedürfnisse von Familien in herausfordernden Lebenslagen weiter im Blick behalten werden. Darüber hinaus wurden Handlungsempfehlungen entwickelt, die über die direkte Kitaplatzversorgung hinausgehen und die Bedarfe der Familien bezüglich Kommunikation, Gesundheitsversorgung und Selbstwirksamkeit in den Blick nehmen.

10.1 EMPFEHLUNGEN ZUM ABBAU VON STRUKTURELLEN HÜRDEN IM KITASYSTEM

10.1.1 Anmelde- und Vergabeverfahren

ANPASSUNG DER ANMELDEVERFAHREN ZUR KITA

Da sich das mehrschrittige, als bürokratisch empfundene Anmeldeverfahren als eine Hürde für Eltern erweist, ist es sinnvoll, dieses Anmeldeverfahren zu vereinfachen. Hier ist die geplante automatische Zusendung eines „Willkommensgutscheins“ im Rahmen des Kita-Chancenjahrs ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, da der Gutschein dann von den Eltern nicht mehr extra beantragt werden muss und somit eine bürokratische Hürde wegfällt. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sollte prüfen, ob dieser Gutschein nicht schon früher versandt werden sollte (und nicht erst mit drei Jahren), damit nicht weiter wertvolle Zeit verstreicht, bis ein Kitaplatz gefunden wird. Zum einen braucht die Kitasuche Zeit, zum anderen besteht aktuell (noch) die Erfahrung, dass ein Kitaplatz in einigen Sozialräumen und insbesondere für Kinder über drei Jahren schwer zu finden ist.

ZIELGRUPPENORIENTIERTE GESTALTUNG DES „WILLKOMMENSGUTSCHEINS“

Ein Befund der Studie ist, dass zugesandte Sprachfördergutscheine von Eltern zum Teil nicht als solche erkannt werden. Damit dies nicht auch bei den Willkommensgutscheinen passiert, ist ein auffälliges, buntes Layout des „Willkommensgutscheins“ zu empfehlen, bei dem hervorgehoben wird, welche Funktion der Gutschein erfüllt. Der „Willkommensgutschein“ sollte mehrsprachig sein (z.B. über QR-Codes), in einfacher Sprache formuliert sein und Hinweise auf Unterstützungsmöglichkeiten für die Kitaplatzsuche enthalten. Eine simple, leicht verständliche Grafik zum Ablauf des Prozesses, die auf dem „Willkommensgutschein“ abgebildet ist, könnte das Verständnis für die nächsten Schritte weiter erhöhen (gegebenenfalls ergänzt durch weitere Hilfestellungen, die per QR-Code zugänglich sind). Weiterhin sollte die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie bei Zusendung des Gutscheins deutlich machen, wie bedeutsam die Kita als Bildungsort ist und dass diese eine wichtige Vorbereitung auf die Schule darstellt. Der Verweis auf Schulvorbereitung ist insofern relevant, da dieses Argument nach Einschätzung der Befragten bei Eltern in der Regel eine große Überzeugungskraft entfaltet. Es ist sinnvoll, dass die Senatsverwaltung den Gutschein sowie die mitgesandten Informationen vor dem Versand oder gegebenenfalls auch schon im Entwicklungsprozess mit Familien in herausfordernden Lebenslagen und/oder mit Stadtteilmüttern testet, um die Verständlichkeit sowie die Auffälligkeit/Attraktivität des Layouts zu prüfen.

VEREINFACHUNG DER KITAPLATZSUCHE

Die Suche nach einem Kitaplatz gestaltet sich nicht einheitlich, da die Kitas trotz rechtlicher Vorgaben zur Nutzung des Kita-Navigators mehrheitlich andere Bewerbungsverfahren vorziehen und umsetzen. Die Studie liefert Hinweise darauf, dass diese unterschiedlichen Bewerbungsverfahren für einen Kitaplatz Eltern verunsichern. Hürden für die Familien stellen z.B. das regelmäßige Zurückmelden und Nachfragen bei den Kitas oder der explizite (oder von den Eltern antizipierte) Wunsch der Kitas nach einer schriftlichen Bewerbung dar. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sollte prüfen, inwiefern es möglich ist, den Anmeldeprozess an den Kitas stärker zu vereinheitlichen (z.B. im Rahmen einer Arbeitsgruppe unter Mitarbeit von Kitavertreter*innen, um die Akzeptanz bei den Kitas zu erhöhen).

Weiterhin könnte es sinnvoll sein, dass die bezirklichen Jugendämter Eltern ohne Kitaplatz, die den „Willkommensgutschein“ erhalten, proaktiv einen Kitaplatz vorschlagen, der zusammen mit dem Willkommensgutschein verschickt und für eine bestimmte Zeit reserviert wird, falls dies logistisch mit vertretbarem Aufwand möglich ist.

Die Bereitstellung von kostenlosen Dolmetscherdiensten für die Kitas könnte die Kommunikation schon beim Erstbesuch erleichtern, wenn sich Eltern mit sprachlichen Barrieren zur Kitabesichtigung anmelden. Eine solche Möglichkeit besteht bereits für Elterngespräche, aktuell jedoch angesichts von Mittelkürzungen nur noch in deutlich begrenzterem Umfang. Der von den Kitas hier formulierte Bedarf adressiert sprachliche Barrieren, die von den Eltern als eine zentrale Hürde beim Anmeldeverfahren, aber auch bei der Kitaplatzsuche genannt wurden.

ÜBERPRÜFUNG DES KITA-NAVIGATORS

Die Studie bestätigt, dass der Kita-Navigator keine verlässliche aktuelle Quelle ist, um sich über freie Kitaplätze zu informieren, was bei den Eltern für Irritation und Verwirrung sorgt. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sollte prüfen, wie eine zuverlässigere Transparenz über freie Plätze erreicht werden kann, z.B. inwiefern die bezirklichen Jugendämter hier eine aktivere Rolle einnehmen können. Weiterhin sollte die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie den Kita-Navigator hinsichtlich des Layouts und der Nutzerfreundlichkeit überprüfen und gegebenenfalls überarbeiten. Dazu bietet sich beispielsweise eine Zusammenarbeit mit Stadtteilmüttern und Familien in herausfordernden Lebenslagen an.

SCHLIEßUNG DER KINDERÄRZT*INNENLÜCKE

Aktuell stellt die Unterversorgung mit Kinderärzt*innen in einigen Bezirken eine große Herausforderung für Familien dar. Dies gilt für alle Familien, die in den unterversorgten Bezirken wohnen bzw. neu zugezogen sind.

Kinder benötigen für die Anmeldung in der Kita den Nachweis einer Masern-Impfung sowie eine Kitatauglichkeitsbescheinigung. Für beides ist ein Termin in einer Kinderarztpraxis erforderlich.

In vielen Fällen gelingt eine Terminvereinbarung nur mit Unterstützung der Stadtteilmütter, die Eltern einen Arzttermin besorgen und sie gegebenenfalls dorthin begleiten. Trotz einiger Anstrengungen der kassenärztlichen Vereinigung (KV) ist es bislang nicht gelungen, der kinderärztlichen Unterversorgung wirksam entgegenzutreten. Hier bedarf es weiterer Anstrengungen der zuständigen Verwaltung in Kooperation mit der Berliner KV und dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte sowie gegebenenfalls weiterer Vereinbarungen (z.B. extra Sprechstunden für diese Familien), bis die Kinderärzt*innenlücke geschlossen ist.

BESCHLEUNIGUNG DER PROZESSE BEI DER SPRACHSTANDFESTSTELLUNG

Es ist zu empfehlen, dass die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die Terminierung der Sprachstandfeststellungen so weit wie möglich vorzieht, damit Kinder, die bislang noch keinen Kitaplatz haben, die vollen 18 Monate Sprachförderung in Anspruch nehmen können. Die Fachkräfte der Sprachstandfeststellung sollten einen digitalen Zugang zum System erhalten, um die Gutscheine den Eltern direkt aushändigen zu können, sodass Eltern nicht auf die Gutscheinzustellung per Post durch das Schulamt warten müssen. Damit kann sichergestellt werden, dass der Gutschein richtig erkannt und eingeordnet wird. Beides ist im Rahmen des Kita-Chancenjahres bereits geplant.

Anmerkung: Die Studie hat Hinweise darauf, dass die Testmaterialien zur Sprachstandfeststellung nicht mehr den Lebensrealitäten der Kinder entsprechen. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sollte dies prüfen.

10.1.2 Qualifizierung und Personal

FÖRDERUNG EINER ARMUTSSENSIBLEN UND DISKRIMINIERUNGSKRITISCHEN AUS- RICHTUNG DER KITAS

Es liegen Hinweise darauf vor, dass Kitas bei der Mehrfachnachfrage von Kitaplätzen eine Auswahl treffen, die Kinder aus Familien in herausfordernden Lebenslagen tendenziell benachteiligt. Dies wird mit einem angenommenen oder tatsächlichen höheren Förderbedarf begründet, beispielsweise hinsichtlich Sprachförderung, oder weil das Kind oder die Familie aus Perspektive der Kita vermeintlich nicht zur Einrichtung „passt“. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familien sollte Kitaträger bzw. Kitaleitungen hinsichtlich dieser (subtilen) Ausschlussmechanismen sensibilisieren und sie bei der Entwicklung inklusiver und diversitätsorientierter Kitakonzepte unterstützen, z.B. im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit Kitaträgern und Senatsverwaltung. Dabei sollte auch eine trägerinterne Auseinandersetzung mit Aufnahmekriterien angeregt werden. Dies deckt sich auch mit den Handlungsbedarfen der befragten Fachkräfte, die sich u.a. mehr Fortbildungen und entsprechende Fachberatung zu diesen Themen wünschen. Vor dem Hintergrund, dass etwa ein Drittel der befragten Kitas (eher) davon ausgeht, dass eine fehlende Sensibilität für die Bedürfnisse von Familien eine Hürde im Kitazugang darstellt, erscheint es sinnvoll, dass die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Hinweise zur armutssensiblen und diskriminierungskritischen Kitaplatzvergabe entwickelt. Entsprechende diversitätsorientierte Konzepte und mehr Diversität in den Teams können außerdem das Vertrauen der Eltern in die Kita stärken und Ängste abbauen, sodass es den Eltern leichter fällt, das Kind bereits frühzeitig in die Kita zu geben.

ERHÖHUNG DER ATTRAKTIVITÄT FÜR DIE ZUSATZAUSBILDUNG ALS FACHERZIE- HER*IN FÜR TEILHABE UND INKLUSION

Wie sich im Werkstattgespräch gezeigt hat, wird ein Rückgang an Anmeldungen für die Ausbildung als Integrationserzieher*in beobachtet. Zugleich dient ein Mangel an Integrationserzieher*innen gegenüber Familien als Argument, dass Kindern mit besonderen Unterstützungsbedarfen kein Kitaplatz angeboten werden kann. Dies stellt für betroffene Familien in herausfordernden Lebenslagen ein großes Problem dar, weil sie dann häufig vor der Herausforderung stehen, das Kind selbst betreuen zu müssen, und ihnen dadurch die Zeit für Spracherwerb, berufliche Qualifizierung und Berufstätigkeit fehlt. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sollte prüfen, welche Gründe dafür vorliegen, dass die Ausbildung seltener absolviert wird, um darauf aufbauend gezielt Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität der Ausbildung ergreifen zu können. Ziel sollte es darüber hinaus sein, Kündigungen von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf aufgrund von Personalmangel in den Einrichtungen zu verhindern. Hier

sollte die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die Kitaträger dazu animieren, bei ihrem Personal stärker für die Ausbildung zu werben.

VERBESSERUNG DER PERSONELLEN SITUATION IN DEN KITAS

Fehlende Erzieher*innen führen dazu, dass Kitaplätze nicht besetzt werden können; dies schränkt die Verfügbarkeit von wohnortnahen Kitaplätzen für Familien in herausfordernden Lebenslagen ein. Der Krankenstand bei Erzieher*innen ist bundesweit sehr hoch; in Berlin sind Erzieher*innen besonders häufig krank. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sollte in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege prüfen, welche Ursachen dieser hohe Krankenstand hat, um basierend auf diesen Ergebnissen gezielte Maßnahmen zur Gesundheitsprävention für Erzieher*innen umzusetzen und Belastungsfaktoren in den Kitas zu minimieren.

Die Studie hat Hinweise darauf, dass bei erkranktem Personal vorrangig die Eltern, die nicht berufstätig sind, gebeten werden, ihre Kinder zu Hause zu lassen. Gleichzeitig sind dies häufig Familien in herausfordernden Lebenslagen, bei denen auf diese Weise die kontinuierliche frühkindliche Bildung in der Kita unterbrochen wird. Dem Land Berlin ist zu empfehlen, gesetzliche Ausfallregelungen – wie sie bereits in anderen Bundesländern existieren – zu treffen, um den Krankenstand durch qualifiziertes Personal aufzufangen. Um die Arbeitsbelastung zu reduzieren und eine bessere Betreuung zu gewährleisten, ist die geplante Erhöhung des Personalschlüssels ab 2026 ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

10.1.3 Sanierungsrückstau und wohnortnahe Planung

VERBESSERUNG DER RÄUMLICHEN SITUATION IN DEN KITAS UND RELEVANZ DER WOHNORTNÄHE BEI DER KITAPLANUNG

Die Studie gibt Hinweise darauf, dass viele Kitas einen Sanierungsrückstau haben und deshalb weniger Plätze anbieten als theoretisch möglich und/oder dass die vorhandenen Räumlichkeiten für Kinder mit besonderen Bedarfen (z.B. Kinder mit Einschränkungen) nicht geeignet sind. Hier besteht dringender Handlungsbedarf in Bezug auf die Sanierung und den zielgruppenspezifischen Ausbau der Räume in ausgewählten Kitas. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sollte in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen prüfen, ob Fördermittel aus dem Infrastrukturpaket des Bundes dafür genutzt werden können.

Der Befund, dass für Eltern eine wohnortnahe Kita ein wichtiges Kriterium für die Kitaauswahl ist und umgekehrt ein fehlendes wohnortnahes Angebot eine große Hürde für Familien in herausfordernden Lebenslagen darstellt, zeigt, wie wichtig der gezielte Ausbau bzw. die Bereitstellung wohnortnaher Betreuungsmöglichkeiten ist. Dies geschieht bereits, ist aber angesichts der Baukrise und des Flächenmangels immer noch eine städtebauliche Herausforderung. Hier ist insbesondere in Regionen, in denen die Lage immer noch angespannt ist (wie z.B. in Großwohnsiedlungen am Stadtrand), durch die bezirklichen Jugendämter zu prüfen, welche gegebenenfalls auch unkonventionellen räumlichen Möglichkeiten in Betracht gezogen werden können, um Kitas oder auch Großtagespflegestellen zu planen, z.B. durch Mehrfachnutzung sowie Kitas bzw. Großtagespflegestellen in Wohngebäuden. Zusätzlich können Angebote der Familienförderung in den Bezirken, wie z.B. Familienzentren und Stadtteilmütter, die Mobilität der Familien fördern, indem sie Wege zu Beginn gemeinsam gehen und/oder Familien miteinander vernetzen, sodass diese sich gegenseitig beim Bringen und Abholen der Kinder unterstützen können.

10.2 EMPFEHLUNGEN ZUM ABBAU VON FAMILIÄREN UND GESELLSCHAFTLICHEN HÜRDEN

10.2.1 Aufsuchende und begleitenden Angebote

GEZIELTE STÄRKUNG DES LANDESPROGRAMMS STADTTEILMÜTTER ZUR UNTER- STÜTZUNG DES KITAZUGANGS

Die Studie zeigt, dass Stadtteilmütter ein wichtiger Schlüssel sind, um Eltern bei der Suche nach einem Kitaplatz und bei der Beantragung eines Kita-Gutscheins zu unterstützen. Die Vermittlung und Begleitung durch Stadtteilmütter führt zu guten Ergebnissen, sodass es sinnvoll erscheint, dass die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie das Landesprogramm weiter ausbaut. Auch Fortbildungen von Stadtteilmüttern z.B. in Bezug auf das Kita-Chancenjahr und die Ziele der Berliner Bildungsstrategie sind sinnvoll. Aufsuchende, communityorientierte Angebote sind grundsätzlich sehr gut geeignet, um Familien in herausfordernden Lebenslagen zu erreichen. Hier sollte die Senatsverwaltung prüfen, welche weiteren Möglichkeiten außerhalb des Landesprogramms Stadtteilmütter es gibt, um Eltern in herausfordernden Lebenslagen als Multiplikator*innen auszubilden, die Zugänge in alle Communitys und Milieus (auch ohne Einwanderungsgeschichte) haben.

FÖRDERUNG DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN STADTTEILMÜTTERN UND KINDER- UND JUGENDGESUNDHEITSDIENST (KJGD)

Die Kooperation zwischen Gesundheit und Familienförderung gilt es auszubauen und z.B. für die Ersthausbesuche des KJGD einen einheitlichen Rahmen, Ziele und Strukturen zu definieren, um das Thema Kitazugang in den Ersthausbesuchen systematisch zu verankern. Dazu kann auch eine stärkere Zusammenarbeit von Stadtteilmüttern und dem KJGD entwickelt werden, die in einigen Bezirken bereits erfolgreich umgesetzt wird, in anderen Bezirken aber noch ausbaufähig ist. Es zeigt sich, dass im Rahmen von Hausbesuchen oder durch die Teilnahme an einer offenen Sprechstunde Familien gut erreicht werden. Diese Handlungsempfehlung richtet sich sowohl an die beiden zuständigen Senatsverwaltungen als auch an die bezirklichen Jugend- und Gesundheitsämter.

AUFBAU VON ELTERNGRUPPEN ZUM ÜBERGANG IN DIE KITA

Praxisbeispiele zeigen, dass der Besuch von (eher) informellen, niedrigschwelligen Elterngruppen, die z.B. von Stadtteilmüttern, Familienzentren oder Stadtteilzentren begleitet werden, den Übergang von Kindern von der Kita in die Schule gezielt stärken und verbessern kann. Ähnliche Gruppen könnten für den Übergang Familie–Kita aufgebaut werden, z.B. durch Stadtteilmütter, Familienzentren oder gegebenenfalls auch durch Kitasozialarbeit – wenn es hier gelingt, über Eltern, die bereits in der Kita sind, potenzielle Kita-Eltern zu erreichen. Auch Ehrenamtliche könnten hierzu fortgebildet werden; ein Beispiel dafür ist das Bildungsbotschafter*innen-Projekt¹⁴, das sich bislang vorrangig auf den Übergang Kita–Schule konzentriert. Die Vorbild- und Multiplikator*innenfunktion von Eltern für Eltern zu nutzen, ist eine zentrale Strategie, um Zugänge zu erleichtern, da die Studie gezeigt hat, dass Informationen oft von Eltern an andere Eltern weitergegeben werden, z.B. auf Spielplätzen, im Freundes- und Bekanntenkreis sowie bei nachbarschaftlichen Kontakten.

¹⁴ <https://bildungsbotschafter-berlin.de/>, 12.09.2025.

Elterngruppen können auch den Eltern Ängste und Unsicherheiten nehmen und noch vor Kita-eintritt durch Besuche in einzelnen Einrichtungen Hemmschwellen senken und erste Kontakte zwischen Familien und Kitas knüpfen. Die bezirklichen Jugendämter sollten prüfen, welche Möglichkeiten es zum Aufbau von Elterngruppen im Rahmen der umgesetzten Familienförderangebote gibt oder ob dafür gegebenenfalls noch zusätzliche Mittel bereitgestellt werden müssten. Ein besonderer Fokus sollte hier darauf liegen, Mütter in ihrer Selbständigkeit zu stärken und ihnen Ängste und Unsicherheiten im ÖPNV zu nehmen, z.B. durch gemeinsames Trainieren von Umstiegen oder die Begleitung von Eltern durch Ehrenamtliche.

10.2.2 Aufklärung und frühzeitige Ansprache

SICHTBARMACHUNG DER KITA ALS BILDUNGSORT

Die Studie zeigt, dass es bei Menschen mit Migrationsbiografie, die in anderen Bildungssystemen sozialisiert wurden, Missverständnisse in Bezug auf die Bedeutung von Kita als Bildungsort gibt. Anstelle einer Einrichtung der frühen Bildung wird sie von manchen Eltern als Ort des Spielens betrachtet. Die Bedeutung der Kita für die frühkindliche Bildung und Entwicklung sollte deswegen bekannter gemacht werden, z.B. mittels Kampagnen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie mit Multiplikator*innen aus unterschiedlichen Communitys. Dabei ist es zielführend, auf die Bedeutung der Kita für die Schulvorbereitung und auf den Erwerb von sprachlichen Kompetenzen zu verweisen, die für einen erfolgreichen Schulstart zentral sind.

Die „ElternMail Berlin“ ist ein wichtiges Instrument, um über den Stellenwert der Kita als frühkindlicher Bildungsort zu informieren. Hier sollte die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie prüfen, wer erreicht wird und ob die Informationen so aufbereitet sind, dass sie gelesen und gut verstanden werden.

FRÜHZEITIGE ANSPRACHE DURCH KOOPERATION MIT SCHWANGERSCHAFTSBERATUNG, KINDERÄRZT*INNEN UND FRÜHEN HILFEN

Entscheidend für einen gelingenden Bildungsverlauf ist es, Eltern frühzeitig Informationen zum Kitazugang zu vermitteln, sie bei der Bewerbung und Anmeldung zu unterstützen und auf die Bedeutung der Kita als Bildungsort zu verweisen. Neben der Kooperation mit dem KJGD und den Stadtteilmüttern (s.o.) eignen sich hier beispielsweise auch Kinderärzt*innen. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hat dazu bereits die Zusammenarbeit mit Kinderärzt*innen, z.B. bei der Verteilung von Infoflyern, gesucht. Das ELBA-Projekt¹⁵ bietet gute Ansätze der sozialpädagogischen Beratung und Begleitung von Familien in Kinderarztpraxen. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sollte prüfen, inwiefern das Programm hinsichtlich des Themas Kitazugänge erweitert werden kann und inwiefern Kinderärzt*innen (gegebenenfalls in Kooperation mit den ELBA-Berater*innen) dafür gewonnen werden können, gezielt für frühkindliche Bildung zu werben.

Auch die Schwangerschaftsberatung könnte ein Zugang zu (potenziellen) Eltern sein, da hier insbesondere auch Eltern in finanzieller Not angesprochen werden. Dabei handelt es sich um einen vertrauensvollen Beratungskontext, bei dem gut auf Unterstützungsangebote hingewiesen werden kann. Grundsätzlich bietet sich auch eine frühe Ansprache und Informationsvermittlung im Kontext der Frühen Hilfen an, z.B. durch Familienhebammen, Aufsuchende Elternhilfe und Ehrenamtsprojekte im Kontext der Frühen Hilfen. Hierzu sind der Dialog mit der Landeskoordinierungsstelle Frühe Hilfen und eine gemeinsame Strategieentwicklung zu empfehlen.

¹⁵ <https://www.pfh-berlin.de/de/artikelseite/elba>, 01.09.2025.

10.2.3 Strategische sozialräumliche Ansätze und Kooperationen

INTEGRATION DES THEMAS KITAZUGÄNGE IN DIE BILDUNGSVERBÜNDE UND IN DIE BEZIRKLICHEN STRATEGIEN GEGEN KINDERARMUT

Da das Thema Kitazugang ein Bildungsthema ist, ist es sinnvoll, dieses Thema stärker in die fachliche Arbeit und in die Vernetzungsarbeit der lokalen/regionalen Bildungsverbünde in den unterschiedlichen Berliner Bezirken zu integrieren (z.B. Landesprogramm „Bildungsverbünde nachhaltig sichern und stärken“, Modellprojekt Zukunftskieze). Bislang konzentrieren sich die Bildungsverbünde stärker auf die Übergänge Kita–Grundschule, Grundschule–weiterführende Schule und Schule–Beruf. Maßnahmen könnten z.B. die Einladung von Expert*innen zum Thema in die Gremien der Bildungsverbünde, die stärkere Vernetzung von Angeboten der Familienförderung (z.B. Familienzentren) und der frühkindlichen Bildung (Kitas) sowie die Weitergabe von Good-Practice-Beispielen umfassen. Diese Empfehlung richtet sich zum einen an die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, die in der Position ist, dieses Thema in die Vernetzungstreffen der Bildungsverbünde bzw. in die Kommunikation mit den Bildungsverbänden einzuspeisen, sodass dieses Thema von den Fachkräften aufgenommen wird. Zum anderen können auch die bezirklichen Jugendämter in Zusammenarbeit mit den Bildungsverbänden dafür sorgen, dass das Thema Kitazugänge in der lokalen/regionalen Vernetzungsarbeit stärker berücksichtigt wird.

Einen weiteren Ansatzpunkt bietet die Berliner Strategie gegen Kinderarmut, die eine gesamtstädtische Strategie zur Bekämpfung und Prävention von Armut(sfolgen) darstellt.¹⁶ Aktuell steht hier der Auf- und Ausbau von integrierten bezirklichen Strategien an, um armutsgefährdete Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Es ist zu empfehlen, dass die bezirklichen Koordinierenden und Kernteams das Thema Kitazugänge für Familien in herausfordernden Lebenslagen in die jeweilige bezirkliche Strategie integrieren.

STÄRKERE EINBINDUNG DER UNTERKÜNFTE FÜR GEFLÜCHTETE FAMILIEN

In Bezug auf die Unterkünfte für geflüchtete Familien gibt es Hinweise darauf, dass die Vermittlung der Kinder aus den Unterkünften in Kitas unterschiedlich gut funktioniert. Hier erscheint es sinnvoll, dass die bezirklichen Jugendämter die in den Unterkünften tätigen Sozialarbeiter*innen im Hinblick auf die Kitaplatzsuche und die Bedeutung der frühen Bildung umfassend und regelmäßig informieren, damit sie wiederum die Familien gut bei der Suche nach und der Bewerbung um einen Kitaplatz unterstützen können. Gute Erfahrungen wurden in einigen Bezirken auch mit der mobilen Beratung des Jugendamtes in Unterkünften gemacht sowie mit der gezielten Vernetzung zwischen Kitas und Unterkünften auf Initiative der Kitas, z.T. auch mit der vermittelnden Unterstützung durch das bezirkliche Jugendamt. Von diesen Erfahrungen können andere Bezirke profitieren.

FÖRDERUNG DER RÄUMLICHEN NÄHE VON UNTERSTÜTZUNGSLEISTUNGEN

Die Studie hat gezeigt, dass Familien in herausfordernden Lebenslagen ein hohes Interesse an frühkindlicher Förderung haben, aber es bestimmte Hürden gibt, diese in Anspruch zu nehmen, wie z.B. sprachliche Barrieren, fehlende Informationen und ein kompliziertes, mehrschrittiges Anmeldeverfahren. Die räumliche Nähe von Unterstützungsleistungen hat sich als ein förderlicher Faktor erwiesen, um Informationen möglichst einfach und unkompliziert weiterzugeben. Denn für Familien in herausfordernden Lebenslagen ist eine zusätzliche und wohnortnahe Unterstützung nötig. Die Familienservicebüros, die Familien in ganz verschiedenen Fragen rund um die Familie unterstützen, leisten einen wichtigen Beitrag zur Erleichterung des Kitazugangs. Sie sollten sichtbar und dezentral erreichbar sein, zum Beispiel durch mobile und aufsuchende Angebote, die in vielen Familienservicebüros bereits umgesetzt werden. Auch der Ausbau von

¹⁶ <https://www.berlin.de/sen/jugend/jugend-und-familienpolitik/kinder-und-familienarmut/>, 15.09.2025.

Wie gelingt ein früher Einstieg in die frühkindliche Bildung für alle Kinder in Berlin?

Familienservicebüros durch weitere lokale Standorte und die verstärkte Kooperation mit Quartiersmanagements und Einrichtungen der Familienförderung ist zu empfehlen.

11 LITERATUR

Alsago, Elke (2025): Die traurige Geschichte: Erfolge und Misserfolge in der frühkindlichen Bildung. In: Autor*innengruppe: Kita-Krisenbuch. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin, S. 13–15.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2019): Diskriminierung an Schulen erkennen und vermeiden. Praxisleitfaden zum Abbau von Diskriminierung an Schulen. Berlin. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Leitfaeden/leitfaden_diskriminierung_an_schulen_erkennen_u_vermeiden.pdf?__blob=publicationFile&v=6, 12.09.2025.

Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2022): Bildung in Deutschland. Ein indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zum Bildungspersonal. Bielefeld.

Berliner Beirat für Familienfragen (2025): Familien im Zeitenwandel stärken. Berliner Familienbericht 2025. Berlin.

Betz, Tanja/Bollig, Sabine (2023): Ungleichheiten in der frühen Bildungskindheit. Kindertages-einrichtungen als Hoffnungsträger?! In: Kanner am Fokus. spielen. entdecken. léieren, H. 1, S. 5–9.

Bostancı, Seyran/Biel, Christina/Neuhauser, Bastian (2022): „Ich habe lange gekämpft, aber dann sind wir doch gewechselt.“ Eine explorativ-qualitative Pilotstudie zum Umgang mit institutionellem Rassismus in Berliner Kitas. NaDiRa Working Papers 1: Forschungsergebnisse aus Kurzstudien des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa). Berlin.

Bostancı, Seyran/Wirth, Benedikt (2024): Institutioneller Rassismus in Kindertageseinrichtungen: Erscheinungsformen und Handlungsstrategien. In: Migration und Soziale Arbeit, H. 1, S. 56–62. https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/institutioneller-rassismus-in-kindertageseinrichtungen-erschenungsformen-und-handlungsstrategien/?utm_source=chatgpt.com, 28.11.2015.

Brilling, Julia/Gregull, Elisabeth (2012): Editorial. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Dossier Diversität und Kindheit – Frühkindliche Bildung, Vielfalt und Inklusion, S. 2f. <https://heimatkunde.boell.de/de/2012/08/18/editorial-diversitaet-und-kindheit-fruehkindliche-bildung-vielfalt-und-inklusion>, 01.04.2025.

Diermeier, Matthias/Engler, Jan Felix/Fremerey, Melinda/Wansleben, Leon (2025): Kita-Versorgungsungleichheiten – eine Analyse auf Stadtteilebene. IW-Kurzbericht, Nr. 41. Köln.

Dohmen, Dieter/Karrmann, Elena/Bayreuther, Tamara (2021): Entwicklung frühkindlicher Bildungsbedarfe in Berlin: Von der Anmeldung zur Zusage – ein Blick ins Nadelöhr. In Kooperation mit: Kita-Stimme Berlin. Berlin.

Eggers, Maisha M. (2012): Gleichheit und Differenz in der frühkindlichen Bildung – Was kann Diversität leisten? In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Dossier Diversität und Kindheit – Frühkindliche Bildung, Vielfalt und Inklusion, S. 8–18. <https://heimatkunde.boell.de/de/2012/08/01/gleichheit-und-differenz-der-fruehkindlichen-bildung-was-kann-diversitaet-leisten>, 06.12.2025.

El-Mafaalani, Aladin (2020): Mythos Bildung. Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft. Köln.

Europäische Kommission/EACEA/Eurydice (2025): Key data on early childhood education and care in Europe – 2025. Eurydice-Bericht. Europäische Bildungs- und Kultur-Exekutivagentur (EACEA). Brüssel. <https://eurydice.eacea.ec.europa.eu/publications/key-data-early-childhood-education-and-care-europe-2025>, 06.12.2025.

Ghirardi Gaia/Baier Tina/Kleinert Corinna/Triventi Moris (2023): Is early formal childcare an equalizer? How attending childcare and education centres affects children's cognitive and socio-emotional skills in Germany. In: European Sociological Review, Nr. 39, H. 5, S. 692–707.

Groos, Thomas/Jehles, Nora (2015): Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern. Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“, Band 3. Gütersloh.

Hermes, Henning/Lergetporer, Philipp/Mierisch, Fabian/Peter, Frauke/Wiederhold, Simon (2023): Discrimination on the Child Care Market: A Nationwide Field Experiment. IZA Discussion Paper Series No. 16082. <https://docs.iza.org/dp16082.pdf>, 11.09.2025.

Kayed, Theresia/Wieschke, Gustav Johannes/Kuger, Susanne (2025): FBBE: Elterlicher Bedarf und Ungleichheiten im Zugang. DJI-Kinderbetreuungsreport 2025. Studie 1 von 8. München.

Kayed, Theresia/Wieschke, Gustav Johannes/Kuger, Susanne (2024): Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung: Der elterliche Bedarf im U3- und U6-Bereich. DJI-Kinderbetreuungsreport 2024. München.

Kayed, Theresia/Wieschke, Gustav Johannes/Kuger, Susanne (2023): Der Betreuungsbedarf im U3- und U6-Bereich: Zugangsselektivität und bedarfsgerechte Angebote. DJI-Kinderbetreuungsreport 2023. Studie 1 von 7. München.

Kiesel, Robert (2024): Geburtenrate geht stark zurück. Tausende Kitaplätze in Berlin bleiben frei. In: Tagesspiegel, 07.10.2024. <https://archive.ph/jhtHT>, 06.12.2025.

Koch, Bernhard (2021): Diversitätskompetenz im Kindergarten – Eine internationale Perspektive. In: Martin R. Textor (Hg.): Kita-Handbuch. <https://www.kindergartenpaedagogik.de/fachartikel/kinder-mit-migrationshintergrund/diversitaetskompetenz-im-kindergarten-eine-internationale-perspektive/>, 10.09.2025.

Lippert, Kerstin/Hüsken, Katrin/Kuger, Susanne (2022): Weshalb nehmen Eltern keine Betreuungsangebote in Anspruch? DJI-Kinderbetreuungsreport 2020. Studie 4 von 8. München.

Olszenka, Ninja/Riedel, Birgit (2020): Früh gefördert oder abgehängt? In: DJI Impulse, H. 1, S. 20–24.

Richter-Kornweitz, Antje (2012): „... und raus bist du?“ – Armut und inklusive Frühpädagogik in Kindertagesstätten. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Dossier Diversität und Kindheit – Frühkindliche Bildung, Vielfalt und Inklusion, S. 118–131. <https://heimatkunde.boell.de/de/2012/07/01/und-raus-bist-du-armut-und-inklusive-fruehpaedagogik-kindertagesstaetten>, 01.04.2025.

Roth, Tobias/Klein, Oliver (2018): Effekte politischer Reformen auf die außerfamiliäre frühkindliche Betreuungsbeteiligung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 70, H. 3, S. 449–467.

Schieler, Andy/Menzel, Daniela (2024): Kitas 2. Klasse? – Mehrfachbelastungen von Kitas mit Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn. <https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/bildung/kitas-2-klasse>, 27.11.2025.

Schmitz, Sophia/Spiess, C. Katharina/Huebener, Mathias (2023): Weiterhin Ungleichheiten bei der Kita-Nutzung: größter ungedeckter Bedarf in grundsätzlich benachteiligten Familien. In: Bevölkerungsforschung Aktuell / Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Nr. 44, H. 2, S. 4–8. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bib-bfa0220237>, 10.09.2025.

Scholz, Antonia/Lochner, Susanne Patricia/Menzel, Britta (2023): Hindernisse auf dem Weg zum Kita-Platz. Wie Kommunen den Kita-Zugang für benachteiligte Familien verbessern können, zeigt eine international vergleichende Studie. In: DJI Impulse, H. 1, S. 29–34.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (Berlin) (2024): Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2023 (Langfassung MSS 2023).

https://www.berlin.de/sen/sbw/_assets/stadtdaten/stadtwissen/monitoring-soziale-stadtentwicklung/bericht-2023/langfassung_mss2023.pdf, 12.09.2025.

Vandenbroeck, Michel (2023): Genauer hinschauen und Stadtteile gezielt stärken. In: DJI Impulse, H. 1, S. 35–37. https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bulletin/d_bull_d/bull130-131_d/DJI_1_23_impulse_web.pdf, 01.04.2025.



**CAMINO
WERKSTATT FÜR FORTBILDUNG,
PRAXISBEGLEITUNG UND
FORSCHUNG IM SOZIALEN
BEREICH GGMBH**

MAHLOWER STR. 24 • 12049 BERLIN
TEL +49(0)30 610 73 72-0
FAX +49(0)30 610 73 72-29
MAIL@CAMINO-WERKSTATT.DE
WWW.CAMINO-WERKSTATT.DE